



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Arbeitskreis „Große Städte“ der Bundes-KPV:

Wachsende Lasten

Mit der Frage, wie die prekäre Finanzlage der Kommunen bewältigt werden kann, befasste sich in Berlin der „Arbeitskreis Große Städte“ der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Generalsekretär Hermann Gröhe tauschten sich mit den Vorsitzenden und den Geschäftsführern der CDU- und CSU-Frakturen der 40 größten Städte Deutschlands und der Landeshauptstädte aus.

Der Arbeitskreis forderte, dass die dazu eingesetzte Regierungskommission insbesondere die Folgekosten bestehender Leistungsgesetze abschätzt. Der Arbeitskreis hat angeboten, Vorschläge zu unterbreiten, wie grundsätzlich die Struktur der Aufgaben und Ausgaben verändert werden muss, um Schulden in der Zukunft verhindern zu können. Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich besorgt über die Situation der Kassenkredite der Kommunen: Die kommunale Selbstverwaltung sei in Gefahr, wenn vor Ort kaum noch entschieden und gestaltet werden könne.

Städte unter Kuratel

Auch die Zahl der Städte, die bereits unter Kuratel der Aufsichtsbehörden stehen, hat die dramatische Lage deutlich gemacht. Dies bedeutet, dass in den Städten nicht mehr die gewählten Ratsmitglieder über die Zukunft ent-

scheiden, sondern Sachbearbeiter in Behörden. Eindringlich wurden auch die wachsenden Lasten durch Bundes- und Landesgesetze geschildert, z. B. durch den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowie durch die Explosion der Kosten im Sozialbereich.

Die Mitglieder des Arbeitskreises begrüßten die von der Bundesregierung fraktionsübergreifend angestrebte Grundgesetzänderung zur Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Erwartet wird die Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für eine optimale Betreuung der Arbeitssuchenden und ihrer Familien vor Ort. Oberstes Ziel müsse weiterhin die Integration in Arbeit und die Unabhängigkeit von staatlicher Leistung sein. Die Städte müssten den Prozess der Betreuung maßgeblich gestalten. Ob in einer Arbeitsgemeinschaft oder als eigenverantwortlicher Träger: Die Kommunen

Aufruf zum Mitmachen:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Nazi-Bücherverbrennung am 10. Mai

Verbrannt, verboten, verbannt - die Namensliste der Autorinnen und Autoren ist lang. Unzählige Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler wurden ihrer Heimat und Arbeit beraubt, viele wurden ermordet oder in den Tod getrieben. Das darf nicht vergessen werden.

Deshalb finden alljährlich am 10. Mai zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. „Viele bayerische Kommunen unterstützen seit Jahren die Aktion Bücherlesung“, bedankt sich der Initiator, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel.

Zum 77. Jahrestag der Bücherverbrennung werden auch heuer zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis beschlossen hatten. Schmitt-Thiel konnte wieder viele prominente Mitstreiter gewinnen. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.buecherlesung.de

Wirtschaftsminister Zeil:

„Impulse für Energiekonzept aus Bayern“

In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle stellte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil Forderungen an das Energiekonzept der Bundesregierung, das im Herbst beschlossen werden soll.

„Mit den klaren energiepolitischen Forderungen des Freistaats möchte ich die wichtige Arbeit am Energiekonzept des Bundes einen großen Schritt voranbringen. Gleichzeitig ist mir wichtig, dass die bayerischen Interessen in Berlin frühzeitig gehört und berücksichtigt werden“, so Zeil. Das energiepolitische Ziel der Versorgungssicherheit müsse im neuen Konzept eine herausragende Stellung einnehmen. „Für den Industriestandort Deutschland ist es von entscheidender Bedeutung, dass Energie bedarfsgerecht zu jeder nachgefragten Zeit in ausreichender Menge bereitsteht. Der Bund muss mit dem Energiekonzept verlässliche politische Rahmenbedingungen für notwendige Investitionen in Kraftwerke, Netze und Speicher am Standort Deutschland schaffen,“ so der Minister.

Mehr Wettbewerb

Das Energiekonzept des Bundes müsse auch Wege zur Begren-

Deutscher Landkreistag:

Gleiche Chancen für Stadt und Land!

Positionspapier zur Tourismuspolitik

Dem Fremdenverkehr in den Landkreisen kommt volkswirtschaftlich und regionalpolitisch eine große Bedeutung zu. Dies geht aus einem Positionspapier hervor, das der Deutsche Landkreistag erarbeitet hat. So verbringen beispielsweise Gäste in kleineren Gemeinden mit durchschnittlich 3,3 Tagen deutlich mehr Zeit als in Städten über 100.000 Einwohnern, in denen sie nur durchschnittlich 1,9 Tage bleiben. Und auch die konjunkturelle Krise schlägt bei Gemeinden unter 100.000 Einwohner mit einem Rückgang der Übernachtungen im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum ersten Vorjahreshalbjahr von 1 Prozent nicht so stark durch wie auf den Städtetourismus mit einem Minus von 3 Prozent.

Die überwiegend ländlichen Tourismusdestinationen verfügen laut Landkreistag zudem über erhebliches Potenzial, das neben dem umsatzstarken Städte-, Kultur- und Geschäftstourismus, der sich primär auf größere Städte und Metropolen konzentriert, gleichberechtigt unterstützt werden muss. Gerade die ländlichen Räume böten die Möglichkeit, das touristische Potenzial einer Landschaft im Sinne einer unverwechselbaren Regionalität erkennbar werden zu lassen und verbunden mit Produkten aus regionalen Wertschöpfungsketten u. a. zur Marke zu entwickeln. In der Fläche und vor allem in strukturschwachen Gegenden sei die Tourismuswirtschaft vielfach die Leitökonomie mit einer Reihe von damit zusammenhängenden

Unternehmen. So seien etwa die ländlichen, sonst eher strukturschwachen Küsten der Nord- und Ostsee, die Mittelgebirge, die Voralpen sowie klassische Naherholungsgebiete im Flachland die tourismusintensivsten Gebiete Deutschlands.

Fläche im Blick

Um dieses Potenzial noch besser zur Entfaltung zu bringen, dürften Entwicklungsstrategien, Marketinganstrengungen und staatliche Fördermittel nicht ausschließlich auf das großstädtische Tourismussegment ausgerichtet sein, sondern sollten auch die Fläche Deutschlands in den Blick nehmen. Auch sollten ländliche Destinationen in der Marketingstrategie der Deutschen Zentrale

für Tourismus (DZT) mehr Beachtung finden. Im selben Zusammenhang sieht der Deutsche Landkreistag in der momentanen Diskussion um die Stärkung von Wachstumskernen und Metropolen die Gefahr, dass Ballungszentren und großstädtische Räume und mit ihnen der Städte- und Kulturtourismus zu Lasten der ländlichen Räume in einen einseitigen Fokus geraten. Stattdessen müssten gleichberechtigte Entwicklungschancen für städtische und ländliche Tourismusangebote bestehen.

Moderne Infrastruktur

Gerade vor dem Hintergrund der berechtigten Anforderungen des Tourismus an eine moderne verkehrliche Infrastruktur sieht der Deutsche Landkreistag auch künftig einen hohen Erneuerungs-, Ausbau- und Erhaltungsbedarf im Bereich des kommunalen Straßenbaus und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) erkennt im Ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



Seit Neuestem herrscht Leberkäse-Verbot bei uns im Rathausbüro. Der Bürgermeister ist nach seiner Nougat-Ostereier-Diät nun eher schlecht auf sein Gewicht zu sprechen und versucht deswegen, jede Versuchung aus seinem Umfeld zu verbannen. Doch eigentlich weiß er genau: Aufs Maßhalten kommt's an. Seite 19

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 24. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garching Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie sich den Termin schon heute vor.



Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

len eine echte Wahlfreiheit, um eine Hilfe aus einer Hand anbieten zu können. Eine zahlenmäßige Begrenzung der Anzahl kommunaler Träger im Grundgesetz lehnte der Arbeitskreis deshalb ab.

In Anbetracht der Notwendigkeit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zur Grundgesetzänderung haben die Mitglieder des Arbeitskreises Große Städte die SPD aufgefordert, konstruktiv an den Änderungen mitzuwirken. Auch die Sozialdemokraten sollten auf die Kommunen vertrauen und die Erweiterung der möglichen Option mittragen. Die Kommunen unterstützen die beabsichtigte Regelung, Bildungsaufwendungen für Kinder im SGB II als Sach- und Dienstleistungen vorzusehen und erwarten eine größere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Dies werde zu einer Entlastung der Kommunen führen. DK

Sie lesen in dieser Ausgabe

Primat des ländlichen Raumes	Seite 2
Festival der Mehrsprachigkeit	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Planen Sie noch oder bauen Sie schon?	3
Kommunale Kulturpolitik	3
Seniorenfreundliche Stadt	3
Edition Bayern würdigt Regionen	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik	5-13
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	14/15
Aus den bayerischen Kommunen	16-20

Primat des ländlichen Raumes

SPD stellt der Staatsregierung ein eigenes Zukunftsprogramm entgegen

Verbesserte Finanzausstattung der Kommunen, noch stärkere Regionalisierung der Förderpolitik und mehr Entscheidungskompetenzen in den Regionen - das sind die Kernpunkte der SPD-Landtagsfraktion in einem Programm für die Zukunft des ländlichen Raumes in Bayern, um die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Ballungs- und Landregionen allmählich wieder zu schließen. Das Zehnpunktekonzept wird der Politik der Staatsregierung entgegengesetzt, die derzeit an der Neufassung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) arbeitet, das auch für die Opposition wichtig bleibt.

Die „Abstimmung mit den Füßen“ zu Lasten der ländlichen Räume insbesondere in Nord- und Ostbayern könne nur gestoppt werden, wenn die Kommunen mehr Geld zur Verfügung haben, forderte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Annette Karl bei der Vorstellung des Konzept vor der Landtagspresse. Die Gewerbesteuer müsse erhalten bleiben und die Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich von derzeit 12% in Bayern jährlich um 0,5% auf 15% erhöht werden. Für eine wirksame regionale Strukturpolitik müssten Regionalbudgets eingerichtet werden. Dafür seien verantwortliche Managementstrukturen zu schaffen.

Vom Kopf auf die Füße

Die Verteilung der Mittel in der regionalen Wirtschaftsförderung müsse vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wo die Probleme am größten sind, gehöre das meiste Geld hin. Bagatellgrenzen der Förderung sollten zur Unterstützung des Mittelstands und Handwerks im ländlichen Raum von 500.000 auf 400.000 Euro gesenkt werden. Der Primat dieses Raumes müsse im LEP bleiben, wie er 2006 darin verankert wurde; ergänzt durch die Verpflichtung, interkommunale Entwicklungskonzepte zu beschließen, bevor Einzelhandelsprojekte verwirklicht werden.

Den Staatssekretärsausschuss (unter Leitung von Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel, FDP) für den ländlichen Raum hält die SPD für nicht effizient. Er sollte zunächst durch eine „Stabsstelle Ländlicher Raum“ in der Staatskanzlei und später durch ein eigenes Ministerium ersetzt werden. Zu revidieren ist laut SPD-Konzept auch der Kabinettsbeschluss vom März dieses Jahres, dass keine weiteren HAW's (Hochschulen für angewandte Wissenschaften/Fachhochschulen) mehr gebaut wer-

Kongress der bayerischen Volkshochschulen in München:

Festival der Mehrsprachigkeit

Mehrsprachigkeit ist eine Schlüsselqualifikation für die Zukunft. Dieser Herausforderung stellten sich Sprachkursleiter und Programmverantwortliche mit der Durchführung des ersten Sprachenkongresses der bayerischen Volkshochschulen in München. 650 Besucher verschafften sich an zwei Tagen einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Fremdsprachendidaktik.

In fast 70 Workshops und Präsentationen ging es um neue Akzente, Impulse, Anregungen – praxisnah und innovativ. Zudem fanden eine Sprachenmesse mit mehr als 20 Ausstellern und zwei kulturell-kulinarische Abende mit „The Voodoo Gang“ und Gerhard Polt statt.

In seiner Eröffnungsrede hob der Landesvorsitzende des Bayeri-

den dürfen. Für die Schulen wird ein Gesamtkonzept verlangt, vor allem müssten mehr Lehrer eingestellt werden. Der Kampf um jede Schule sei zu verhindern. Dem soll auch der Öffentliche Personen-Nahverkehr (OPNV) dienen, der keineswegs nur dazu da sein dürfe, Schulkinder von Ort zu Ort zu kutschieren.

Thema im Kabinett

Das SPD-Konzept wurde vom stellvertretenden CSU-Fraktionsvorsitzenden Alexander König postwendend zurückgewiesen. Die „populistischen Forderungen“ seien „in ihrer Schlichtheit billig, für den Steuerzahler aber sündhaft teuer“. Da helfe viel mehr, dass Ministerpräsident Horst Seehofer die ländlichen Räume in jedem Monat zum Thema in den Kabinettsitzungen mache. Aus den Ministerien kamen laufend Vorschläge diese Räume zu stärken. Doch allein könne die Staatsregierung die Wanderungsbewegung nicht stoppen. Hierzu brauche es auch das Engagement der Bundesregierung und der EU-Kommission. Die CSU-Fraktion setze darauf, die Eigeninitiativen vor Ort zu stärken, statt neue Institutionen zu schaffen. **rm**

Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Beherbergungsdienstleistungen:

„Ruck für die Branche und den Bayerntourismus“

Positive Zwischenbilanz

Bayerns Hotels und Pensionen nutzen die niedrigere Mehrwertsteuer seit Jahresbeginn für umfangreiche Investitionen. Einer Umfrage des Branchenverbandes DEHOGA zufolge planen die bayerischen Betriebe mit 371.000 Euro mehr als doppelt so viel zu investieren wie im bundesweiten Durchschnitt. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil und der Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes Siegfried Gallus zogen eine positive Zwischenbilanz nach 100 Tagen reduziertem Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsdienstleistungen.

Minister Martin Zeil: „Die Mehrwertsteuerreduzierung zeigt Wirkung. Sie sorgt quer durch alle Unternehmensgrößen im Übernachtungsgewerbe für einen Investitionsschub. Das verspricht einen weiteren großen Qualitätssprung im Bayerntourismus.“ Aus Sicht von Gallus ist mit der Entscheidung der Bundesregierung „ein signifikanter Ruck durch die Branche gegangen“. „Mit dem dadurch geschaffenen Handlungsspielraum können in den Unternehmen Zehntausende von vorher akut

gefährdeten Jobs gesichert werden. In vielen Fällen wird es sogar neu geschaffene Arbeits- und Ausstellungsverhältnisse geben“, so der Präsident.

Wichtiger Impuls

Minister Zeil bezeichnete die Mehrwertsteuerreduzierung für die Hotellerie als „wichtigen Impuls für mehr Wachstum und Beschäftigung“. „Es ist das effektivste Instrument des Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung. Ich bin überzeugt, wenn die Investitionsbereitschaft mit dieser Intensität anhält, können wir die Steuermindereinnahmen mittelfristig größtenteils kompensieren“, so Zeil.

Gallus zeigte sich stolz auf seine Branche: „Wir haben Wort gehalten. Gäste, Mitarbeiter, Handwerker, Zulieferer, Umwelt sowie letztlich auch Staat und Kommunen werden von dieser Maßnahme unterm Strich profitieren. Das macht Mut auch im Hinblick auf die noch ausstehende Reduzierung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie. Hier wird sich der BHG konstruktiv und intensiv in die Gespräche einbringen, um die ohne Zweifel bestehenden Benachteiligungen im eigenen Land schnellstmöglich zu beseitigen.“

Ausbau der Infrastruktur des Hotels

Exemplarisch für die Vielzahl der investierenden Übernachtungsbetriebe besuchten Zeil und Gallus das Parkhotel Bad Bayerseon im Grenzlandkreis Gar-

misch-Partenkirchen. In diesem 4-Sterne-Hotel nahe Oberammergau investiert die Inhaberfamilie Fehle-Friedel 2,3 Millionen Euro in den Ausbau der Hotelinfrastruktur. Darüber hinaus gibt es Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter sowie Preisnachlässe für die Gäste. „Gerade für uns an der Grenze zu Österreich ist der reduzierte Mehrwertsteuersatz Gold wert. Hohe Qualität anzubieten und gleichzeitig unternehmerischen Erfolg zu haben, war im Vergleich zu unseren Konkurrenten jenseits der Grenze aufgrund des jahrzehntelangen Mehrwertsteuergelbes ungleich schwieriger“, erklärte Parkhotel-Besitzer Wolfgang Friedel.

Konkurrent Österreich

Österreich wendet bei der Hotellerie und Gastronomie bereits seit langem den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 10 Prozent an. In Deutschland waren es bis Ende 2009 in beiden Bereichen 19 Prozent, mit Jahresbeginn gilt nach Verabschiedung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes für Beherbergungsdienstleistungen der reduzierte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent.

Laut der vom DEHOGA jüngst durchgeführten bundesweiten Umfrage bei 2 800 Hotels wollen 98,4 Prozent der bayerischen Hotels und Pensionen die ersparte Mehrwertsteuer für Neuanschaffungen, Modernisierungen und Umbauten nutzen. Das sind nochmals deutlich mehr als die bundesweiten 90,6 Prozent. Die außergewöhnlich starke Fokussierung auf investive Maßnahmen erklärt auch, warum bei den anderen Maßnahmenfeldern der Bundeswert höher liegt.

Zusätzliche Arbeitsplätze

Zusätzliche Vollzeitkräfte einstellen wollen in Deutschland 36,6 Prozent der Betriebe, in Bayern 28,7 Prozent. Bei den neuen Teilzeitarbeitern liegt das Verhältnis bei 33,7 Prozent zu 32,8 Prozent, bei den Auszubildenden bei 33,5 Prozent zu 28,7 Prozent. Mehr Lohn wollen bundesweit 39,6 Prozent der Befragten zahlen, in zusätzliche Mitarbeiterqualifizierung investieren 34,1 Prozent. Für Bayern liegen diese Anteile bei 36,9 Prozent bzw. 32 Prozent. Preissenkungen wollen bundesweit 33,6 Prozent aufgrund des reduzierten Mehrwertsteuersatzes anbieten, während es zwischen Aschaffenburg und Berchtesgaden 27 Prozent umsetzen.

Hohes Investitionsvolumen

Der niedrige Wert lässt sich auch durch die unterschiedliche Verteilung der Hoteltypen innerhalb Deutschlands erklären. Länder, die prozentual mehr Geschäftshotels als das Tourismusland Bayern aufweisen, mussten einen dementsprechend größeren Anteil der Steuererleichterungen an Firmenkunden durchreichen. Denn für diese bedeutet die Senkung der Mehrwertsteuer indirekt eine Erhöhung der Zimmerpreise. Die geringste Relevanz hat die Verbesserung des Betriebsergebnisses. Hierzu verwenden im Bundesgebiet 25,7 Prozent der Unternehmen die ersparte Mehrwertsteuer, im Freistaat 24,6 Prozent. Allein das bei der Umfrage ermittelte zusätzliche Investitionsvolumen durch die bayerischen Betriebe lag bei über 100 Millionen Euro. □

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Josef Thalhammer
94557 Nierental
am 3.5.

Bürgermeister Gerhard Forstmeier
83567 Unterreit
am 30.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Stefan Sunkler
83487 Marktschellenberg
am 1.5.

Bürgermeister Theodor Schuster
94529 Aicha vorm Wald
am 2.5.

Bürgermeister Karl Seitle
86668 Karlshuld
am 20.4.

Bürgermeister Max Schadenfroh
94428 Eichendorf
am 22.4.

Bürgermeister Joachim Bieber
63897 Miltenberg
am 29.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Michael Weber
97230 Estenfeld
am 3.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeisterin Ilse Thanopoulos
86519 Wiesenbach
am 27.4.

Bürgermeister Harald Mild
95473 Creußen
am 29.4.

Bürgermeister Reiner Pistner
63825 Schöllkrippen
am 30.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Josef Pellkofer
84130 Dingolfing
am 1.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Oberbürgermeister Thomas Thumann
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 20.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG
Landrat Martin Sailer
86150 Augsburg
am 22.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

sehen Volkshochschulverbandes K. Heinz Eisfeld hervor, dass das Tagungsmotto „Mehrsprachig ist die Zukunft sehr gut gewählt sei, da es die internationale Kommunikationsfähigkeit als individuelle und als gesellschaftliche Herausforderungen auf den Punkt bringe. Nur zwei- und mehrsprachige Menschen könnten eine mehrsprachige Gemeinschaft entstehen lassen – und hierzu solle sich Europa entwickeln. Politisch beheimatet sei dieses Anliegen zudem bei der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, weshalb auch Dr. Gabriele Stauner, die Amtschefin dieses Ministeriums, bei ihrem Grußwort auf die besondere Bedeutung der Sprach- und damit Kulturvermittlung hinwies.

Zusammenhalt

Prof. Dr. Jürgen Trabant, Berliner Sprachwissenschaftler und Inhaber eines eigenen Lehrstuhls für Mehrsprachigkeit in Europa an der Jacobs University in Bremen (Conrad Naber Chair for European Plurilingualism) brach in seinem Eröffnungsvortrag „Mehrsprachigkeit bildet“ eine Lanze für das nicht unmittelbar auf kommunikative Zwecke ausgerichtete Sprachenlernen. Prof. Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der Münchner Volkshochschule, griff dieses Bildungsverständnis in seinem Vortrag „Veränderungen in der Erwachsenenbildung“ auf und spann es weiter.

Volkshochschulen seien eigentlich die wichtigste Bastion für den Zusammenhalt der Gesellschaft, für die allgemeine Bildung der Menschen, für Integration und interkulturelle Öffnung. Entsprechend müssten Volkshochschulen mit viel mehr Selbstbewusstsein in der Öffentlichkeit auftreten, so Meisel. Dafür allerdings sei dieses Format, der erste Sprachenkongress der bayerischen Volkshochschulen, genial.

Workshopangebot

So vielfältig und lebendig wie das Sprachenangebot der bayerischen Volkshochschulen war das Workshopangebot. Es ermöglichte die Beschäftigung mit Themen,

Trends und Methoden entlang der ganzen Bandbreite des Fremdsprachenunterrichts heute und morgen. Immer wieder kamen laut Volkshochschulverband Kongressbesucher nach den Workshops begeistert zum bvv-Messestand und fragten nach spezifischen Fortbildungsseminaren im Programm.

Tatsächlich werden viele Workshop-Themen in bvv-Fortbildungen aufgegriffen und weitergeführt. Dazu zählen die Zusatzqualifizierung für Integrationskursleiter, das Veranlassen von Prüfertrainings und die Ausbildung von Online-Trainern. Außerdem kann man lernen, wie man Lernspiele im Türkisch-Unterricht einsetzt, Techniken des interkulturellen Umgangs im Sprachunterricht trainiert und den Teilnehmern Mut zum Sprechen macht. **DK**

Kassenärztliche Vereinigung und Landkreistag:

Erneutes Spitzengespräch

Jüngst kam es zu einem weiteren Spitzengespräch zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) und dem Bayerischen Landkreistag in Grafenwiesen, Landkreis Cham.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Chamer Landrat Theo Zellner, trug die in Einzelfällen vorgebrachte Kritik der Landräte an der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung vor: „Gerade bei Ermächtigungsfragen wird vor Ort den Landkreisen bei der Weiterentwicklung der Krankenhäuser zum Teil aus sachfremden Erwägungen häufiger ein Strich durch die Rechnung gemacht.“

Exklusiver Zugang

Der Vorstand der KVB schloss manche Eigenmächtigkeiten in Form einer zu partikularen Interessensvertretung der Position der niedergelassenen Ärzte nicht aus. „Um damit künftig besser umgehen zu können, bieten wir den Landräten einen unmittelbaren exklusiven Zugang zur Hauptgeschäftsführung der KVB an. Regionale Probleme sollen so weiter verschlicht und möglichst einer für beide Seiten verträglichen Lösung zugeführt werden“, stellte Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der KVB, zusammen mit seinen Vorstandskollegen Dr. Gabriel Schmidt und Rudi Bittner in Aussicht. Da auch Kommunikationsprobleme zwischen den Kreiskrankenhäusern und den

niedergelassenen Ärzten bestehen, sollen die Bezirksverbände des Bayerischen Landkreistags die Regionalen Vorstandsbeauftragten der KVB zu Gesprächen einladen.

Die Spitzen von KVB und Landkreistag bekräftigten erneut ihr gemeinsames Interesse an der Fortführung der im Herbst 2007 geschlossenen Kooperationsvereinbarung zur Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum. „Die Zusammenarbeit zwischen ambulante und stationärem Sektor bietet gerade im ländlichen Raum ein enormes Potential zum Erhalt und zur Verbesserung der Versorgung. Es muss uns gelingen, die Kooperation über die vor Ort zum Teil belasteten Befindlichkeiten hinaus fortzuführen“, bekräftigte Landrat Zellner. Gemeinsame Themen gebe es genug, ergänzte Munte: „Eine bessere Kooperation bei der Geräteausnutzung, die Etablierung von gemeinsamen Weiterbildungsverbänden oder abgestimmte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Landpraxen gerade im Hinblick auf die zunehmende Feminisierung des Arztberufes sind nur einige Beispiele, bei denen Kreiskrankenhäuser und den

Positionsbestimmung des Deutschen Städtetags:

Kommunale Kulturpolitik

Seit Jahren steht die kommunale Kulturpolitik vor erheblichen Problemen der Finanzierung. Zum einen geht es darum, die vielfältige kulturelle Infrastruktur über die Zeit der Krise zu sichern, zum anderen ist aber auch ein Nachdenken über neue Wege der Zusammenarbeit und zukunftsfähige Strukturen in der Kultur notwendig. Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetags hat auf Grundlage des Berichts einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und seinen umfangreichen Handlungsempfehlungen eine intensive kulturpolitische Diskussion geführt und eine Positionsbestimmung erarbeitet.

Kultur ist seit jeher integraler Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Ihre Förderung ist in den Gemeindeordnungen respektive Landesverfassungen als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe geregelt, so der Deutsche Städtetag in seinem Papier. Daraus ergibt sich ein eigenständiger Gestaltungsauftrag der Städte und Gemeinden. Dem Ansatz der Enquete-Kommission, Kultur als „pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe“ zu regeln, könne solange nicht gefolgt werden, wie sich daraus keine konkreten Finanzierungsansprüche für die Kommunen ergeben. Kultur in der Stadt sei wesentlich mehr als Kultur von der Stadt. Die Aufgabe der Sicherung der kulturellen Infrastruktur beschränke sich deshalb nicht auf die Bereitstellung durch die öffentlichen Hände, sondern umfasse auch Aktivitäten Dritter, insbesondere des bürgerschaftlichen Engagements und der Wirtschaft.

Zunehmender Druck

Die öffentliche Finanzierung von Kunst und Kultur gerät angesichts der prekären Haushaltssituation in vielen Städten unter zunehmenden Druck. Nach Auffassung des Städtetags müssen Bund und Länder die Finanzausstattung der Städte als Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben durch eine auskömmliche Gemeindefinanzierung sicherstellen. Die Länder seien darüber hinaus aufgefordert, einen größeren Beitrag als bisher zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur zu leisten. Bei notwendigen kommunalen Einsparungen sollte von überproportionalen Kürzungen im Kulturbereich allein unter Hinweis auf den rechtlich freiwilligen Aufgabencharakter abgesehen werden.

Gemeinsames Ziel sollte sein, die kulturelle Infrastruktur und die Vielfalt der Kulturlandschaft auch bei schwieriger Finanzlage zu erhalten. Ungeachtet der derzeit fehlenden politischen Umsetzbarkeit befürwortet der Hauptausschuss die Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission, Kultur als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen.

Verzahnung von Bildung

Eine hohe Bedeutung misst der Deutsche Städtetag der kulturellen Bildung zu. Dies gilt insbesondere für die Verzahnung von schulischer und kultureller Bildung. Befürwortet wird, dass der Bund dort weiterhin in Maßnahmen der kulturellen Bildung eingebunden wird, wo er bereits jetzt tätig ist.

Die Erweiterung der Bundeszentrale für politische Bildung um Aufgaben der kulturellen Bildung sollte geprüft werden.

Handlungsempfehlungen

Den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission, eine gesetzliche Verankerung von Bibliotheksaufgaben und weiteren Aufgaben der kulturellen Bildung als kommunale Pflichtaufgabe vorzusehen, könne nicht gefolgt werden, so das Papier. Um die Gleichwertigkeit der (pflichtigen) schulischen und der außerschulischen kulturellen Bildung zu gewährleisten, sollten auf Länderebene rechtliche Regelungen zur Förderung kultureller Bildung geprüft werden. Diese seien so zu gestalten, dass auch Städten und Gemeinden in prekärer Haushaltssituation ein Engagement ermöglicht wird.

Kulturelle Vielfalt

Kulturelle Vielfalt sollte als Gewinn und Bereicherung für das städtische Leben anerkannt und genutzt werden. Die Städte könnten maßgeblich dazu beitragen, dass sich diese Vielfalt in einem ebenso offenen wie aufgeschlossenen Klima entfalten kann. Vielfalt bedeute aber nicht, individuelle oder kollektive Entwicklungsprozesse im kulturellen Raum schrankenlos sich selbst zu überlassen. Vielmehr bedürfe es einer zentralen normativen Grundlage für ein dauerhaftes gesellschaftliches und kulturelles Miteinander. Zentraler Orientierungsrahmen für das friedliche Zusammenleben, den interkulturellen Dialog und Toleranz sei das Grundgesetz.

Netzwerke

Wenn die Organisation von Kulturförderung in Deutschland unter Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren stattfinden kann, so kommt der Frage der Kooperationen und der Bildung von Netzwerken eine große Bedeutung zu. Es ist auch die Frage zu klären, welche Aufgaben eher zentral wahrgenommen werden können und sollten. Gerade in einem föderal gegliederten Staatswesen sei den Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Städten, möglicherweise auch der EU, ein großes Augenmerk zu widmen. Hinzu kommt, dass auch auf den örtlichen Ebenen durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern Abstimmungen zu leisten sind. Die Enquete-Kom-

mission macht diesbezüglich in ihren Ausführungen zu den einzelnen Kultursparten, aber auch bei Querschnittsthemen eine Fülle von Vorschlägen.

Im Bereich der Theater empfiehlt die Enquete-Kommission regionale Theaterentwicklungspläne zu erstellen und langfristig die Förderung darauf auszurichten, inwieweit Theater, Kulturorchester und Opern auch Kulturvermittlung betreiben, um möglichst breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. Solche übergreifenden Abstimmungen finden in der Praxis bereits statt, sind gleichwohl weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sollte nach Ansicht des Deutschen Städtetags insbesondere die regionale Zusammenarbeit im Hinblick auf Qualitätsentwicklung aber auch zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur intensiviert werden.

Zusammenarbeit der Theaterformen

Zur Theaterentwicklungsplanung gehört ebenfalls die Zusammenarbeit der öffentlichen Theaterbetriebe mit den freien Theatern, um so die Vielfalt der Produktionsformen nutzen und gewährleisten zu können (Ensemble und Repertoire bei öffentlichen Theaterbetrieben, Produktionen für den Ensemble-Betrieb bei freien Theatern). Schwierig ist es jedoch, die gewünschten Strukturen auch finanzieren zu können. Einen Zwang zur Abstimmung könne es deshalb nicht geben. Deshalb werden auch Handlungsempfehlungen kritisch gesehen, die Mittelzuweisungen von

Stiftungspreis 2010:

Seniorenfreundliche Stadt

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ hat alle europäischen Städte und Kommunen aufgefordert, sich für den Stiftungspreis 2010 zu bewerben. Gesucht wird die „seniorenfreundlichste Stadt“.

Preiswürdig sind Konzepte, die die Teilnahme von Senioren am öffentlichen Leben verbessern, altersgerechte Angebote machen, ihnen im Alltag Unterstützung geben und zum generationenübergreifenden Miteinander beitragen. Gesucht werden Konzepte und Vorhaben, die bereits realisiert worden sind oder in naher Zukunft umgesetzt werden. Dem Grundgedanken der Stiftung folgend, Best-practice-Beispiele zu fördern, die für andere Kommunen Vorbild sein können, kommen innovativen und zugleich wirtschaftlichen Lösungen, die dauerhaft zu mehr Seniorenfreundlichkeit in unseren Städten und Kommunen beitragen, eine besondere Bedeutung zu.

Teilnahmemöglichkeiten

Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“: „Wir werden nicht nur immer älter, sondern sind im fortgeschrittenen Alter auch immer vitaler. Lebendigkeit unserer Städte muss daher die Teilnahme älterer Mitmenschen am urbanen Leben implizieren. Das reicht von seniorengerechten Kulturangeboten, der seniorenfreundlichen Gestaltung von Infrastruktur bis hin zu seniorenspezifischen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung. Mit unserem diesjährigen Stiftungspreis suchen wir genau solche Konzepte, die sich zur Nachahmung in anderen Städten eignen.“

Landtagsvizepräsident Jörg Rohde (FDP) hat diese Preisausrichtung außerordentlich begrüßt und rief alle Kommunen, Institutionen, Vereine, Betreiber von Seniorenwohnanlagen und ver-

Liebe Leserinnen und Leser,

planen Sie noch oder bauen Sie schon?

Die Diskussion um die Zukunft des Landesentwicklungsplanes bzw. der Regionalpläne reicht von einem Extrem zum Anderen: „Bei uns in Deutschland herrscht die Planeritis und macht uns bei Genehmigungsverfahren zu langsam“, sagen die Einen. „Ohne Landesentwicklungs- und Regionalplanung wären unsere Städte, Märkte und Gemeinden nicht so attraktiv, wie sie sind“, meinen die Anderen.

Ministerpräsident Horst Seehofer hat angekündigt, die Landesentwicklungsplanung deutlich zu entrümpeln und sogar komplett auf

Planen Sie noch oder bauen Sie schon?

den Prüfstand zu stellen. Die KPV der CSU kam nach langer Diskussion zum Ergebnis, dass eine über die Grenzen der Gebietskörperschaften wirkende kommunale Planungsebene weiterhin erforderlich ist, das bestehende Ausmaß der Regional- und Landesentwicklungsplanung aber deutlich zurückgefahren werden kann.

Es gibt Themen, die eine breit angelegte Planung erfordern. So machen z. B. viele Infrastrukturmaßnahmen, Hochwasserschutz- und Umweltmaßnahmen an den Gemeinde- und

der Kooperation bzw. Koproduktion zwischen Stadt-/Staatstheatern und freien Theatern abhängig zu machen.

Langzeitkooperationen

Nach Darstellung des Städtetags ist es im Bereich der Museen



Kolumne Stefan Rößle

Landkreisgrenzen nicht Halt und haben nur bei überregionaler Betrachtung und Abstimmung Sinn. Die Überprüfung der Stadt-Umland-Problematik in einer überregionalen Planung ist mit Sicherheit auch von Vorteil und fördert die Chancengleichheit von Ballungsräumen und ländlichen Räumen. Dass die Auswirkungen von Einzelhandels-großprojekten über die Gebietskörperschaften hinaus zu prüfen sind, findet ebenfalls viel Zustimmung.

Dass aber die Planungen eine Kategorisierung aller Gemeinden, Märkte, Städte und Landkreise enthalten und bis ins letzte Detail die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen beschreiben müssen, ist wohl ein Beispiel für eine Fehlentwicklung dieser Planungsinstrumente und sollte an die Fachplanung, die ja dadurch nicht ersetzt wird, rückübertragen werden.

Es wird noch einige Diskussionen erfordern, bis über die Zukunft des LEP und der Regionalplanung entschieden werden kann – hoffentlich sachlich und fundiert von allen Beteiligten.

Für mich stehen als Eckpunkte fest, dass eine Landesentwicklungsplanung auch in Zukunft erforderlich ist, aber durchaus verschlankt werden kann, dass nach dem Subsidiaritätsprinzip alles bei der niedrigeren Ebene bleiben soll, was dort auch geregelt werden kann und dass Bezirke oder auch die Landkreise nicht geeignet sind, diese Planungsinstrumente zu ersetzen.

Ihr Stefan Rößle

(bildende Kunst) seit Jahrzehnten üblich, dichte Verbindungen zu Sponsoren und Mäzenen zu suchen. Es wird aber nach einschlägigen Erfahrungen als problematisch angesehen, wenn sich öffentliche Sammlungen aufgrund von Finanzierungsproblemen von Sponsoren und Mäzenen un-

kritisch abhängig machen. Hier seien Langzeitkooperationen angezeigt, die möglichst nach dem angelsächsischen Modell (d.h. mit Eigentumsübertragung) erfolgen sollten.

Im übrigen bedauere der Hauptausschuss, dass die Enquete-Kommission auf Aussagen zur Sicherung des baulichen Erbes (Denkmalschutz und Denkmalpflege) und des schriftlichen Erbes (Archive) verzichtet. Schließlich seien Denkmalschutz und das Archivwesen konstitutiver Bestandteil kommunaler Kulturarbeit. **DK**

Meldung in GZ/Ausgabe 7: Entwarnung für die Verkehrsbetriebe

Dem Erscheinungstag der Ausgabe Nr. 7 der Gemeindezeitung (1. April 2010) verdankt die Meldung über die neu eingeführte Ansnallpflicht für Kinder im ÖPNV (S. 3) ihre Existenz, nicht Brüsseler Bürokratenhirnen. Aber Europa traut man offensichtlich einiges zu, weshalb der als Nachricht getarnte Aprilscherz doch einige Gemüter erregte. **□**



Auch Tanzveranstaltungen werden gefördert. Im Bild eine Flamencotänzerin. Foto: Andrea Balducci (Flickr.com)



Energie und Kommunale Entwicklung

Erneuerbare Energien als Standortvorteil



Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietsererschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Haus der Bayerischen Geschichte:

Edition Bayern würdigt Regionen

Neue Ausstellungsreihe

Das Haus der Bayerischen Geschichte hat im Auftrag des Bayerischen Landtags vergangenes Jahr eine neue Reihe von Ausstellungen und Veröffentlichungen zu den bayerischen Regionen konzipiert. Die Reihen Bayern-Ausstellung und Edition Bayern wurden in Zusammenarbeit mit zahlreichen Fachleuten ins Leben gerufen.

In loser Folge werden in der Edition Bayern die historischen Wurzeln und die Besonderheiten einzelner Regionen vom Berchtesgadener Land bis zu den Hassbergen, vom Unterallgäu bis zum Passauer Land vorgestellt. Die etwa 80-seitigen, reich bebilderten Magazine sind von Kennern des vorgestellten Landstrichs verfasst.

Aufmerksamkeit für den Landkreis

Mit der Ausgabe „Passauer Land“ startete die „Edition Bayern“, es folgte ein Magazin über die Hassberge. Die neueste Publikation ist der Region Unterallgäu und Memmingen gewidmet. Bei der Präsentation im Memminger Rathaus freute sich Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger über die Aufmerksamkeit, die der Landkreis Unterallgäu und Memmingen im aktuellen Band der Edition Bayern erfahren: „Mein Dank gilt dem Haus der Bayerischen Geschichte und allen Autoren aus unserer Region, die entscheidend dazu beigetragen haben, die ehemals freie Reichsstadt Memmingen und den Landkreis Unterallgäu vorzustellen.“

Attraktives Hilfsmittel für die Einwohner

Landrat Hans-Joachim Weirather betonte: „Das Heft zeigt, wie wechselvoll unsere Geschichte, wie vielfältig unsere Landschaft und wie reichhaltig unser kulturelles Angebot ist.“ Ziel sei es, den Bewohnern der vorgestellten Regionen ein attraktives Hilfsmittel an die Hand zu geben, das ihnen einen schnellen Zugang zur Geschichte und Kultur ihrer Heimat ermöglicht. Gleichzeitig würden dem Kulturtouristen übersichtliche, aber fundierte Informationen zur Verfügung gestellt. „Auch für den dritten Band der Edition Bayern arbeiten Historiker und Journalisten, aber auch ein Sprachwissenschaftler und ein Kabarettist zusammen, deren Expertenwissen hier gebündelt wird“, erläuterte Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte.

Kulturgeschichtliche Besonderheiten

Themenschwerpunkte der Edition Bayern sind unter anderem die geografische Lage, der Naturraum und vor allem die kulturgeschichtlichen Besonderheiten der Landschaften. Der Landkreis Unterallgäu bietet hier besonders spannende Fragen: Landschaftlich ist das Allgäu relativ klar definiert. Wie lässt es sich aber heute fassen, nachdem es teilweise zum Freistaat Bayern, teilweise zu Baden-Württemberg gehört? Wirken die alten historischen Verbindungen und Gemeinsamkeiten über die Staatsgrenzen hinweg? Oder sind neue Regionen entstanden? Der Frage, inwiefern lebendige Traditionen von der Reichsstadt Memmingen und ihrem Stadtraum zum Landkreis Unterallgäu mit dem Zentralort Mindelheim führen oder die Gebietsreform von 1972 einen unüberbrückbaren Einschnitt mit einer zukunftsfähigen Neuschöpfung

bildete, gehen Autoren aus der Region nach.

Alle bereits erschienenen Hefte stehen im Internet unter <http://www.hdbg.de/magazin/> in einer digitalen Ausgabe zur Verfügung; dort kann der Besucher außerdem mit einer interaktiven Karte virtuell Unterallgäu und Memmingen erkunden. Abgerundet wird der Band von einem touristischen Serviceteil. Weitere Regionen werden folgen.

Dezentralisierung und Regionalisierung

Laut Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch „fügt sich das regionale Konzept nahtlos in unsere Kulturpolitik im Freistaat ein. Denn einer unserer wichtigsten Grundsätze lautet: Dezentralisierung und Regionalisierung des Kulturbereichs. Wir wollen, dass auch abseits der großen Zentren wie München und Nürnberg das kulturelle Leben blüht.“

Das Haus der Bayerischen Geschichte leiste hier schon lange wertvolle Arbeit: „Die Bayern-Ausstellungen werden dieses Angebot weiter bereichern“, zeigte sich Heubisch überzeugt. Sie ergänzen in idealer Weise die jährlichen großen Landesausstellungen des Hauses der Bayerischen Geschichte. **DK**

Schwieriger Start ins Leben

Immer mehr Jugendliche haben Schulden

Bundesweit verfügten junge Leute im Jahr 2009 über so viel Geld wie nie zuvor. Da hiermit jedoch die Gefahr verbunden ist, sich zu verschulden, ist es wichtig, schon früh genug über den richtigen Umgang mit Geld aufzuklären.

Kinder und Jugendliche in Deutschland sehen im Monat rund 900 Werbespots. Ihr Alltag wird zunehmend von Werbung und Konsumwünschen geprägt. Im Jahr 2009 verfügten die sechs bis 19-Jährigen über eine Kaufkraft von etwa 22,86 Milliarden Euro - soviel wie nie zuvor. Die Schattenseite dieser Entwicklung ist, dass viele der Jugendlichen überschuldet sind. Jährlich erhalten etwa 250.000 junge Erwachsene ihren ersten negativen Schufa-Eintrag, weil Zahlungsschwierigkeiten bei Telekommunikationsunternehmen aufgetreten sind. 76 Prozent der überschuldeten jungen Leute haben durchschnittlich 1.834 Euro Schulden bei Telefongesellschaften. „Die Probleme im Umgang mit Geld werden schon in der Kindheit festgelegt“, weiß Thomas Krug, Jugendschutzbeauftragter des Landkreises München.

Nur eine finanzielle Allgemeinbildung sowie frühe Prävention bereits im Kindesalter können helfen, dass sich Probleme durch den falschen Umgang mit Geld erst gar nicht entwickeln. Krug plädiert daher dafür, Konsumpädagogik schon im Kindergarten zu betreiben. **□**

Bund der Steuerzahler:

Kreativpreis an Landrat Bernreiter

Der überparteilich zusammengesetzte Verleihungsausschuss fasste die Entscheidung einstimmig. Der Preis wurde im Festsaal der Benediktinerabtei Metten vergeben. Der Vorsitzende des Verleihungsausschusses, gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Paul Stefan, fasste die Verleihungsbegründung zusammen.

Landrat Christian Bernreiter habe in vorbildlicher Weise organisatorische und strukturelle Voraussetzungen geschaffen, die Krankenhäuser des Landkreises sowohl in Bezug auf die finanzielle Situation als auch ihre Leistungsfähigkeit im Sinne der Patienten in einen auszeichnungswürdigen, anerkanntesten Zustand zu versetzen. Dabei habe der Bund der Steuerzahler vor allem die Entwicklung der letzten Jahre in die Prüfung einbezogen.

Vorbildlicher Sparkurs

Dabei seien die Rahmenbedingungen des Landkreises Deggendorf mit denen anderer bayerischer Landkreise vergleichbar negativ gewesen. Im Landkreis Deggendorf sei es jedoch gelungen, erhebliche Betriebsdefizite abzubauen. Preisträger Landrat Bernreiter habe dabei auch unpopuläre, als unverzichtbar erkannte Maßnahmen durch- und umgesetzt. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Rolf von Hohenhau, wertete den strikten Sparkurs, verbunden mit notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen als praktikabel und nachahmenswert für zahlreiche bayerische Landkreise mit der gleichen Ausgangslage. In Deggendorf habe es der aus der Wirtschaft kommende Landrat neben positiven Betriebsergebnissen gleichzeitig erreicht, die Landkreiskliniken me-

dizinisch innovativ mit modernen Konzepten fortzuentwickeln. In



Von links: Peter Eggen, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Dr. Inge Wolff, Werkleiterin des Klinikums Deggendorf, Landrat Christian Bernreiter, Dr. Paul Stefan, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Finanzminister Georg Fahrenschon, Wolfgang Eidel, Atelier Eidel Schmuck & Form, Erschaffer des Kreativpreises. **□**

SPD-Landtagsfraktion:

Landarztquote reicht nicht aus

Die SPD-Gesundheitspolitikerin Sabine Dittmar hält die von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler vorgeschlagene und von Bayerns Gesundheitsminister Söder unterstützte Landarztquote für nicht Ziel führend. „Mit einer Landarztquote allein werden wir das Problem nicht lösen können. Wir müssen zugleich die Arbeitsbedingungen verbessern und für eine bessere Bezahlung der Landärzte sorgen“, erklärte die Ärztin.

Das Problem des Ärztemangels in ländlichen Gebieten und wenig prosperierenden Städten sei nicht erst seit gestern bekannt. Die bayerische Staatsregierung habe hier einiges versäumt. „Wenn sich diese Frage nicht zentralistisch beantworten lässt, soll Söder wenigstens regional handeln“, so die Gesundheitspolitikerin.

Dittmar fordert vereinfachte und sachgerechtere Zugangsbedingungen zum Medizinstudium mit ausreichenden Studienplätzen für Medizin, Lehrstühle für Allgemeinmedizin, Stipendien und Investitionshilfen für die Niederlassung. „Dies alles muss auf Länderebene geregelt werden“, sagte die Ärztin, die die Situation aus eigener Erfahrung bei der Suche nach einem Praxisnachfolger kennt. **□**

Gleiche Chancen...

(Fortsetzung von Seite 1)

kehrbereich sogar die größte Investitionslücke. Der Bund sei daher aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern über 2013 hinaus zur Sicherung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kommunen auskömmliche Finanzmittel bereitzustellen und dabei auch dem wachsenden Erhaltungsbedarf Rechnung zu tragen. Pauschalisierte Weiterleitungen der Länder an die Kommunen dienen in diesem Zusammenhang der Verwaltungsvereinfachung, stärken die örtliche Verantwortung und die Effizienz der Mittelverwendung.

Umsetzungsinstrumente

Der Landkreistag plädiert dafür, den Landkreisen neben der Aufgabenverantwortung auch die notwendigen rechtlichen Umsetzungsinstrumente an die Hand zu geben, um eigenverantwortlich entscheiden zu können, welche Verkehrsunternehmen die Verkehre vor Ort durchführen. Hierzu sei insbesondere erforderlich, dass die Durchführung notwendiger Verfahren in der Verantwortung der Aufgabenträger als zuständige örtliche Behörden liegt. Den Aufgabenträgern müssten die Kompetenzen für die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen und, soweit noch erforderlich, auch für die bestätigten Konzessionserteilungen zugesprochen werden.

Rückzug der Bahn

Darüber hinaus sei eine Politik des Rückzuges der Bahn aus der Fläche weder akzeptabel noch verkraftbar, auch vor dem Hintergrund einer möglichen Bahnprivatisierung. Von daher sollte der Bund gegenüber Bundesländern, aber auch gegenüber der Deut-

schen Bahn AG sowie privaten Anbietern des öffentlichen Personennahverkehrs durchsetzen, dass ländliche Regionen für Touristen schnell und mit möglichst wenigen Umsteigestationen erreichbar sind und die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder verbessert werden.

Zudem führe kein Weg daran vorbei, dass die Kommunalfinanzen nachhaltig saniert werden und die Landkreise eine ihren vielfältigen Aufgaben entsprechende Finanzausstattung - etwa durch Beteiligung an der Umsatzsteuer - erhalten müssen. Nur leistungsstarke Landkreise, Städte und Gemeinden könnten den Strukturwandel vor Ort aktiv mitgestalten, tragfähige Lösungen für die vielschichtigen Problemstellungen entwickeln und zu einer gedeihlichen touristischen Entwicklung beitragen.

Zukunftsfestes Fundament

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen müsse daher strukturell und quantitativ auf ein zukunftsfestes Fundament gestellt werden. Zu einem solchen kommunalen Einnahmesystem zählt nach Ansicht des Landkreistags auch eine demografiefeste Ausgestaltung der kommunalen Finanzausgleichssysteme in den Bundesländern. Dies sei unbedingt erforderlich, um wichtige Infrastruktureinrichtungen gerade in den demografischen Wandel besonders betroffenen Gebieten auch im Interesse des Tourismus aufrechterhalten zu können.

Konkrete Maßnahmen

Als weitere Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen, „die bereits mit vergleichsweise geringem Aufwand und innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens

umgesetzt werden könnten“, führt der Deutsche Landkreistag u. a. die tourismusfreundlichere Ausgestaltung der Rundfunkgebühren an. Der Rundfunkgebührenstaatsvertrag sieht derzeit im Rahmen des sog. Hotelprivilegs die Möglichkeit vor, bei Beherbergungsbetrieben für das zweite bis 50. Objekt einen reduzierten Gebührensatz von 50 Prozent der normalen Jahresgebühr zu veranschlagen. Dies führe gerade bei Vermietern mit geringer Auslastung und geringer Bettenzahl zu erheblichen Kostensteigerungen. Zudem würden Privatzimmer und Ferienwohnungen/häuser getrennt betrachtet, sodass kleine Vermieter mit einer Ferienwohnung und einem Fremdenzimmer zwei volle Gebühren zahlen müssten. Dadurch würden kleine Betriebe unangemessen belastet, was den Kreisbereich besonders betreffe. Der reduzierte Rundfunkgebührensatz sollte deshalb bereits ab dem ersten Ferienobjekt gelten, schlägt der Verband vor.

Sommerferienkorridor

Weiterhin setzt sich der Deutsche Landkreistag für die mittelfristige Ausweitung des Sommerferienkorridors auf ca. 90 Tage (15.6. bis 15.9.) und eine Teilnahme aller Bundesländer am rollierenden System ein. Die derzeit von den Kultusministern der Länder beschlossene Sommerferienregelung für den Zeitraum von 2011 bis 2017 entspreche dem in keiner Weise. Daneben sollten auch die übrigen Ferienzeiten (Oster-, Pfingst- und Herbstferien) entzerrt werden. Insbesondere sei darauf zu achten, dass die Überschneidung der Ferienzeiten von benachbarten Bundesländern eine möglichst kurze Zeitspanne umfasst. **DK**

Impulse für...

(Fortsetzung von Seite 1)

telt werden. „Um das Ziel einer maßgeblich auf erneuerbare Energien gestützten Stromversorgung zu erreichen, brauchen wir gute Antworten auf drängende Fragen. Wie können wir die erneuerbaren Energien intelligent in unsere Netze integrieren? Welche Zukunftslösungen gibt es für die Speicherung großer Strommengen?“, so Zeil. Die Energiespeicherung sei deshalb ein besonders wichtiges Feld der Energieforschung. Auch die weitere Kostenentwicklung der erneuerbaren Energien müsse im Energiekonzept der Bundesregierung beachtet werden. „Gerade darum ist es mir ein Anliegen, dass mit der aktuellen EEG-Novelle nicht ausgerechnet diejenigen Anlagen mit vergleichsweise günstigen Kosten, also Freiflächenanlagen, weitgehend aus der Vergütung herausfallen“, erläutert der Minister.

Erzeugerdefizit vermeiden

Der Strombedarf in Deutschland und Bayern müsse auch künftig aus eigener Erzeugung gedeckt werden. „Speziell für Süddeutschland muss ein ein Kraftwerksmangel resultierendes Erzeugerdefizit unbedingt vermieden werden. Es würde Deutschland insgesamt schaden, wenn sein wirtschaftlicher Motor durch eine verfehlte Energiepolitik abgewürgt würde“, sagt Zeil. Dies sei auch das Hauptargument für die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Zeil: „Ich appelliere an die Bundesre-

den Jahren 2006 bis 2009 seien positive Betriebsergebnisse der Landkreiskliniken von jeweils über einer Million Euro erwirtschaftet worden. Das zeitgemäße Klinikmanagement führe darüber hinaus zur überdurchschnittlich hohen Auslastung des Klinikums Deggendorf.

Dieser vorbildliche Unternehmenserfolg des Landkreises Deggendorf unter der Leitung des Preisträgers, Landrat Christian Bernreiter, verdiene, so Präsident Rolf von Hohenhau, Anerkennung und Würdigung durch den Bund der Steuerzahler. **□**

Sicherung der Gasversorgung

Die Sicherung der Gasversorgung sei eine entscheidende Zukunftsaufgabe. „Wir brauchen eine stärkere Diversifizierung der Bezugsquellen und der Transportwege. Die Gasspeicherkapazität innerhalb Europas muss weiter ausgebaut werden. Wir brauchen eine engagierte Energieaußenpolitik und langfristige Strategien für die Versorgung mit Importenergien. Die EU muss die gaspolitischen Interessen der Mitgliedstaaten bündeln und gegenüber den großen Gasproduzenten geschlossen vertreten“, fordert Zeil.

Insgesamt müssten Bürokratie und verzichtbare Vorschriften, die die Energieverbraucher bevormunden, abgebaut werden. „Auch beim Umgang mit Energie können und müssen wir künftig wieder mehr auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger setzen“, so der Minister abschließend. **□**

Bayern ist das Eldorado der Photovoltaik

Explosionsartiger Anstieg der Anschluss-Anträge auf täglich 300

Edgenfelden. (osr) „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist eine eindeutige Erfolgsgeschichte.“ Der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Thomas Barth, sprach in einem Pressegespräch von einem „explosionsartigen Anstieg“ der Anschlussbegehren seit 2008. Und auch 2010 setze sich der Photovoltaik-Boom in Bayern fort.

„10 000 neu installierte Anlagen in 2007, 17.000 im Jahr 2008, 35.000 Neuanlagen im letzten Jahr und allein in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 17.000 Anträge. Diese Zahlen sprechen für sich“, berichtete Barth. Wenn sich dieser Trend fortsetze würde sich das für heuer im E.ON Bayern-Netz auf bis zu 70.000 Anträge summieren. Rund 40 Prozent der bundesweiten Photovoltaik-Leistung seien in Bayern installiert, mit starker Konzentration auf Niederbayern und die Oberpfalz. „Bayern ist damit das Eldorado der Photovoltaik.“

Vier Wochen Bearbeitungszeit

Neben den im Gesetz definierten politischen Rahmenbedingungen und den seit letztem Jahr gesunkenen Modulpreisen nennt Barth die Sonneneinstrahlung, die in Bayern deutlich höher ist als im Bundesdurchschnitt, als spezifische Ursache dafür, dass sich Bayern als „Weltmeister beim Anschluss von Solaranlagen“ bezeichnen könne. Die rasante Verbreitung, die aus ökologischer Sicht erfolgreich sei, stelle das Unternehmen aber in Hinblick auf die Strominfrastruktur vor erhebliche Probleme. Barth: „Wir wollen unseren Beitrag zur

Nutzung regenerativer Energien leisten und geben unser Möglichstes. Was die Anträge für Photovoltaik-Neuanlagen betrifft, werden wir aber derzeit schlichtweg überannt.“ Kunden müssten mit einer Bearbeitungszeit von vier Wochen rechnen.

Maßnahmenpaket

„Bereits im letzten Jahr sahen sich unsere Mitarbeiter mit rund

150 Anträgen pro Tag konfrontiert“, ergänzte der Technische Vorstand von E.ON Bayern, Hermann Wagenhäuser. Um die Bearbeitungszeit zu verkürzen, habe das Unternehmen ein Maßnahmenpaket umgesetzt, das von verstärktem Personaleinsatz über verlängerte Arbeitszeiten bis hin zu einem vereinfachten Anschlussverfahren reiche. „Heute kämpfen wir mit 300 Anträgen pro Tag“, brachte Wagenhäuser die Antragsflut auf den Punkt.

Neben der Bearbeitung der Antragsflut sehe man sich auch im Hinblick auf erforderliche Netzausbauten vor Probleme gestellt.

„Das regionale Mittelspannungsnetz wurde über hundert Jahre hinweg zur sicheren Stromverteilung, nicht etwa zur Aufnahme von großen Strommengen konzipiert“, machte der Technikvorstand deutlich. Zudem entstünden große Photovoltaik-Anlagen oft weitab der Verbrauchszentren. Dort sei die Netzkapazität entsprechend gering.

Schwankende Einspeisung

„Wir müssen unser Netz laufend ausbauen und investieren allein für die Solar-Einspeisung jährlich 30 Millionen Euro“, verwies er auf die damit verbundenen Kosten. Eine weitere große Herausforderung entstehe aus der stark schwankenden Einspeisung aus Photovoltaik-Anlagen.

E.ON Bayern gibt vom Umsatz im Jahr rund 1,2 Milliarden Euro für Einspeisevergütungen weiter, informierte Barth. Auf der Rechnung der Stromkunden habe sich



Mit verstärktem Personaleinsatz und verlängerten Arbeitszeiten kämpft E.ON Bayern mit täglich 300 Anträgen für neue Photovoltaik-Anlagen. Vorstandsvorsitzender Thomas Barth (2. v. l.) und Technikvorstand Hermann Wagenhäuser (r.) sichten mit Mitarbeitern des Netzcenters Edgenfelden die Antragsflut. Bild: osr

der EEG-Anteil zum Jahreswechsel von 1,1 auf 2,2 Cent pro Kilowattstunde verdoppelt. Das bedeute, dass die deutschen Strom-

kunden mit zehn Milliarden Euro im Jahr zur Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)-Förderung beitragen. □

Straßenbeleuchtung:

E.ON Bayern startet Förderprogramm für Kommunen

Mit 1,5 Millionen Euro fördert E.ON Bayern die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf energieeffizientes Gelblicht. Rund 100.000 kommunale Straßenleuchten können hiermit bis 2012 auf umweltschonenden Betrieb umgestellt werden. Das Regensburger Energieunternehmen betreibt die Straßenbeleuchtung in rund 1.250 bayerischen Kommunen und zählt damit zu den größten Anbietern in diesem Geschäftsfeld.

„Eine im April vergangenen Jahres in Kraft getretene EU-Verordnung fordert die Umrüstung auf energieeffiziente Leuchtmittel im Lauf der kommenden Jahre. Um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen, haben wir uns zu der Auflage eines Förderprogramms entschieden“, erklärte der Vorsitzende des Vorstands der E.ON Bayern AG, Thomas Barth.

Das Unternehmen unterstreiche damit seine Partnerschaft mit den bayerischen Kommunen. Zudem sei das Förderprogramm auch Teil des ökologischen Engagements. In den letzten Jahren sei zwar schon bei zahlreichen Kommunen die Umrüstung auf Gelblicht erfolgt, es gebe aber noch in mehreren hundert Kommunen Umrüstungsbedarf, der angesichts der neuen EU-Verordnung und aus ökologischen Gesichtspunkten an Brisanz gewinne.

„Hier wollen wir helfen“, erläuterte Thomas Barth. Zudem biete die Umrüstung von Quecksilberdampf Lampen auf energieeffizientes Gelblicht erhebliche Kosteneinsparpotentiale. □



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 ct pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen können abweichende Preise gelten.

e-on | Bayern

Argumentationspapier der Bundes-SGK:

Kommunalisierung von Strom- und Gasverteilnetzen

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen laufen in den nächsten Jahren die vertraglichen Bindungen mit den Unternehmen in verschiedenen Sparten der kommunalen Daseinsvorsorge aus. Dabei handelt es sich insbesondere um auslaufende Konzessionsverträge im Bereich der Verteilnetze der Energieversorgung. Daraus resultiert in vielen Kommunen eine Diskussion darüber, welche Vorteile eine Kommunalisierung der Aufgabenerledigung mit einem eigenen kommunalen Unternehmen oder in Partnerschaft mit anderen kommunalen oder privaten Unternehmen bietet. Hilfestellung soll ein Argumentationspapier zur Kommunalisierung von Strom- und Gasverteilnetzen bieten, das die Bundes-SGK nunmehr vorgelegt hat.

In der Vorbemerkung heißt es, dass im Einzelfall abgewogen werden müsse, welcher Weg für die Bürgerinnen und Bürger sowie regionalen Unternehmen am besten ist, damit in ihrem Interesse günstige Preise, eine sichere Ver- und Entsorgung, die Berücksichtigung des Erhalts einer intakten Umwelt, die Ressourcenschonung und der notwendige Umbau der Energieversorgung im Sinne der Anforderungen des Klimaschutzes erfüllt werden können. „Wir fordern die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker dazu auf, sich dieser Aufgabe zu stellen und entsprechende Abwägungsprozesse in ihren Gemeinden, Städten und Kreisen anzustoßen.“

Stärkung der regionalen Wertschöpfung

Wie im Papier dargestellt, sprechen für eine Kommunalisierung mehrere Punkte: Kommunale Gesellschafter verfügen über die Möglichkeit, Gemeinwohlinteressen gegenüber Gewinnmaximierungsabsichten zu verwirklichen, solange das kommunale Unternehmen im Wettbewerb hinreichend effizient wirtschaftet. Für eine Kommunalisierung spreche auch die Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung neuer standortrelevanter Geschäftsfelder durch kommunale Unternehmen sowie durch die überwiegende Vergabe von Aufträgen der Kommunalwirtschaft an lokale und regionale Zulieferer, Handwerker und Dienstleister. Zudem könnten kommunale Gesellschafter auf eine arbeitnehmerfreundliche Politik in den Unternehmen einwirken.

Auch seien wirtschaftlich erfolgreiche kommunale Betriebe bes-

ser in gemeinsame Strategien zur Umsetzung kommunalpolitischer Konzepte, wie z. B. einem lokalen oder regionalen Energie- und Klimaschutzprogramm einzubinden. Die erwirtschafteten Renditen könnten Zuführungen zu den kommunalen Haushalten ermöglichen und seien somit wichtige Beiträge zur Finanzierung anderer kommunaler Aufgaben.

Kundennähe

Für eine Kommunalisierung sprächen außerdem die Kundennähe und das vielfältige gesellschaftliche Engagement kommunaler Unternehmen. Sowohl durch das eigentliche operative Geschäft als auch durch verschiedene Elemente freiwilligen gesellschaftlichen Engagements zeigten die Unternehmen der Kommunalwirtschaft zwei Seiten einer gesellschaftlichen Verantwortung (Corporate Social Responsibility: CSR).

Der Wettbewerb entscheidet

Mit der Einführung des Wettbewerbs in den Strom- und Gasnetzen durch das Energiewirtschaftsgesetz von 1998 und seiner Novellierung in 2005 mit den verschärften Trennungsvorschriften von Energieerzeugung und Netzbetrieb beinhaltet eine Konzession nicht mehr das Recht der Versorgung der Kunden mit Strom oder Gas, sondern lediglich das Recht des Verlegens von Leitungen in den öffentlichen Wegen und somit den Betrieb des Verteilnetzes. Die Frage, wer die Kunden letztendlich mit Strom und Gas beliefert, entscheidet sich im Wettbewerb.

Läuft ein Konzessionsvertrag aus, ergeben sich für Kommunen laut Bundes-SGK grundsätzlich folgende drei Möglichkeiten:

Neuabschluss mit dem bisherigen Netzbetreiber, Neuabschluss mit einem Dritten (kommunalwirtschaftlichen) Netzbetreiber im Rahmen einer horizontalen Kooperation oder der Neuabschluss mit neu gegründeten oder bereits bestehenden eigenen kommunalen Werken.

Sorgfältige Analyse

„Wer die Kommunalisierungsvarianten ernsthaft erwägt, sollte dieses mit einer Machbarkeitsstudie verbinden“, so der Ratschlag der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Darin sollte geprüft werden, unter welchen konkreten Bedingungen das Netz übernommen werden kann und welche Ressourcen dafür erforderlich sind. Die strategischen, wirtschaftlichen und strukturellen Effekte einer Kommunalisierungsvariante sollten über alle Geschäftsfelder hinweg unter Berücksichtigung der vorhandenen kommunalwirtschaftlichen Strukturen sorgfältig analysiert werden.

In einer solchen Machbarkeitsstudie seien möglichst alle Fragen zu klären, die Voraussetzung für eine erfolgreiche Kommunalisierung darstellen. Als wichtige Aspekte werden genannt: Lässt sich das Netz vom jetzigen Betreiber kaufen? Was ist ein angemessener Preis? Wie soll der künftige Netzbetrieb gestaltet werden? Welches Geschäftsmodell wird gewählt? Welche Rolle spielt die Kommunalaufsicht? Welche Partner sind erforderlich? Welches ökonomische Risiko ist mit dem Netzbetrieb verbunden? Und: Welche weiteren Aktivitäten können mit der Kommunalisierung des Netzbetriebs verbunden werden?

Chancen und Risiken

Eine erfolgreiche Kommunalisierung sollte laut SGK-Papier auf verschiedenen Ebenen vorbereitet und kommuniziert werden. Im Rat sollten die Fraktionen frühzeitig die damit verbundenen Chancen und Risiken erörtern. Dabei könne die Gründung eines interfraktionellen Arbeitskreises sinnvoll sein. Eine überparteiliche Mehrheit sei anzustreben. Auch

sei eine Rückkoppelung der verschiedenen Entscheidungen in den einzelnen Stadien des Kommunalisierungsprozesses zwischen Rat und Verwaltung sicherzustellen.

Chefsache

„Auf Ebene der Verwaltung sollte die Kommunalisierung nach Möglichkeit zu einer Chefsache werden.“ Die Verwaltung müsse den notwendigen externen Sachverstand in technischer, rechtlicher und kaufmännischer Hinsicht hinzuziehen. In den Prozess seien bereits vorhandene eigene kommunale Unternehmen mit einzubeziehen. Gegenüber der Bürgerschaft und der örtlichen Wirtschaft sollten möglichst frühzeitig die Handlungsalternativen und Abwägungsgründe dargestellt werden. Der Prozess der Kommunalisierung sollte durch eine intensive sachbetonte Öffentlichkeits-

arbeit begleitet werden. Es gelte, sich von den Gegenstrategien interessierter Privater nicht verunsichern zu lassen.

Wichtige Unterstützerrolle

„Die Kommunalisierung reicht auch über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinaus. Sie ist Anlass für eine Intensivierung der interkommunalen regionalen Zusammenarbeit in der Energie- und Klimaschutzpolitik“, so das Argumentationspapier. Der Schlüssel für eine flächendeckende Neuausrichtung der Energie- und Klimaschutzpolitik liege in der Vertiefung der Kommunikation über gemeinsam verfolgte Strategien auf Kreis- und Regionsebene. Dabei könnten die bestehenden Stadtwerke und die sich weiter entwickelnden Verbände kommunaler Unternehmen eine wichtige Unterstützerrolle für die Kommunen übernehmen. **DK**

Frequenzumrichtertechnik verbessert Wasserkraftwerke

Forschungsprojekt am Biolandhof Kernmühle wird von N-ERGIE unterstützt

Auch wenn oft etwas anderes behauptet wird: Deutschlands Wasserkraftwerke sind noch nicht am Ende ihrer Leistungskraft angekommen. Ein Team des Nürnberger Ohm-Hochschul-Instituts ELSYS hat bewiesen: Zwölf Prozent mehr Strom sind aus einer kleinen Flussturbine schon mal drin.

Wenn Kunden für Ökostrom etwas mehr bezahlen, dann können sie gleichzeitig etwas für die Erneuerbaren Energien tun: So funktioniert es beispielsweise beim Nürnberger N-ERGIE-Konzern. So bezahlten die Ex-Stadtwerke aus den Mehreinnahmen ihres Wasserkraftstrom-Produkts „Purnatur“ ein halbjähriges Forschungsprojekt mit, das die beiden Ohm-ELSYS-Professoren Norbert Graß und Armin Dietz auf den Weg brachten.

Generatorleistung

Der Ort des Geschehens: Das seit 1960 Strom produzierende Wasserkraftwerk „Kernmühle“ bei Roßtal im Landkreis Fürth. Zehn Kilowatt (kW) bei 750 Umdrehungen pro Minute leistet der Generator, mit dem die Turbine hinter dem Bibert-Wehr verbunden ist.

Früher wurde in der Kernmühle Korn gemahlen, weshalb der Mühlbach schon vorhanden war. Heute ist im Mühlengarten unter anderem ein ökologi-

sches Tagungszentrum untergebracht; der Landwirtschaftsbetrieb läuft seit 1984 unter dem „Bioland“-Siegel nach ebenfalls ökologischen Grundsätzen. Das Bayerische Landwirtschaftsministerium zeichnete Inhaberin Jutta Horneber im vergangenen Jahr als „Bäuerliche Unternehmerin des Jahres 2008“ aus.

Das Problem vieler Kleinwasserkraftanlagen: die dort eingesetzten Asynchrongeneratoren sind – anders als die Synchronstromerzeuger größerer Kraftwerke – in ihrer Leistung kaum variabel. Die Konsequenz: fließt (zu) wenig Wasser den Bach herunter, muss die Stromerzeugung abgeschaltet werden. Vor allem im Sommer gibt es an der Kernmühle öfters Niedrigwasser – und damit keine Stromeinspeisung.

Projektansatz

Hier setzten die Ohm-Professoren ihr Projekt an. Wobei sie eigentlich keine wirklich neue Technik verwenden, sondern einen Frequenzumrichter, wie er in der elektrischen Antriebstechnik seit Jahrzehnten prinzipiell Gang und Gäbe ist. Neu ist nur der Einsatzfall: Die Drehzahl des Kraftwerksgenerators muss verändert werden, um auch geringere Wassermengen auszunutzen zu können. Die Leistung wird reduziert, aber nicht auf Null gefahren wie bisher üblich.

12 Prozent mehr Stromproduktion

Das Ergebnis zahlreicher intensiver Messtage mit einem Frequenzumrichter-Prototypen wurde vor Kurzem verkündet: Zwölf Prozent mehr Stromproduktion. Doch das Projektteam schätzt das Steigerungspotenzial für „Kleinstwasserkraftwerke mit höheren Stillstandszeiten bzw. höheren Teillastbetriebsstunden“ noch größer ein: „Den mittleren Wirkungsgrad um bis zu 20 Prozent steigern“ könnten solche Maschinen – was auch 20 Prozent mehr Einnahmen bedeutet.

Aber: „Die Elektronik bringt erst etwas bei weniger als 70 Prozent Nennlast“, hat Dipl.-Ing. (FH) Michael Hausmann herausgefunden. Er ist Mitarbeiter am „Institut für Elektronische Systeme“ der Ohm-Hochschule – kurz ELSYS – und oft vor Ort im Ge-

Energieversorgung:

EU schnürt Rekord-Förderpaket

Die EU-Kommission hat ein Rekord-Förderpaket für eine bessere Energieinfrastruktur bewilligt. Deutschland profitiert von Geld für die Gasleitung Nabucco und für die Stromverbindung zwischen Halle/Saale und Schweinfurt. Europaweit werden mit 2,3 Milliarden Euro 31 Gas- und 12 Stromprojekte gefördert, die für mehr Sicherheit bei der Energieversorgung sorgen sollen. Der zweite Teil des insgesamt 4 Milliarden Euro schweren Energiepakets aus dem EU-Konjunkturprogramm wird damit an 43 Großprojekte vergeben.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger erklärte: „Wir haben wichtige Schlüsselvorhaben ausgewählt, die helfen werden, ein besser integriertes Energieversorgungsnetz in Europa aufzubauen, in dem die Energie flexibel über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg fließen kann. Die Energie- und Klimaziele Europas machen große und risikoreiche Infrastrukturinvestitionen mit langen Amortisierungszeiten erforderlich. Das Problem ist, dass angesichts des derzeitigen Wirtschaftsklimas solche Vorhaben heute verschoben werden könnten.“

Konkret will die EU-Kommission 910 Millionen Euro für 12 Stromverbundprojekte und 1,39 Milliarden Euro für 31 Gasleitungsprojekte bereitstellen. Durch die Finanzierung dieser Projekte in Höhe von 50 Prozent wird der Beitrag der EU helfen, Investitionsmittel von bis zu 22 Milliarden Euro aus dem privaten Sektor zu mobilisieren. Die 2,3 Milliarden Euro werden in den kommenden 18 Monaten an Projektentwickler vergeben. Für Nabucco stehen bis zu 200 Millionen Euro bereit, für das Projekt Halle-Schweinfurt (Vattenfall Europe und Transpower) bis zu 100 Millionen Euro. **□**

neratorraum der Kernmühle.

Die Forscher haben zwar ihren Frequenzumrichter als flexiblen Prototypen in einem eingebaut. Doch sie haben bei dessen Konstruktion auf das professionelle Wissen eines Leistungselektronik-Herstellers aus Berg in der Oberpfalz zurückgegriffen. Dort hat man mit großem Interesse auf die Ergebnisse der Forschungen im Landkreis Fürth gewartet.

Hohes Marktpotenzial

Und auch „weitere namhafte Unternehmen signalisierten bereits ihr Interesse an einer Weiterentwicklung des Prototypen bis zur Serienreife“, heißt es seitens N-ERGIE: Das Unternehmen stuft „das Marktpotenzial für die Neuentwicklung mit derzeit ca. 2.000 Kleinstwasserkraftwerken in Deutschland hoch“ ein. Unabhängige Studien gehen gar von einer wesentlich höheren Zahl bestehender kleiner Wasserkraftwerke aus.

„Das Serienprodukt könnte möglicherweise 2011 auf den Markt kommen“, sagt der N-ERGIE-Konzern voraus: Allein in dessen fränkisches Stromnetz speisten im Jahr 2008 „139 Anlagen rund 123.000 Megawattstunden Wasserkraftstrom ein“. In vielen davon wäre die Innovation nachträglich einzubauen. **Heinz Wraneschtz**

LEW

Lechwerke



Lechmuseum Langweid

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Voller Energie sind die Lechwerke seit mehr als 100 Jahren der zuverlässige und sichere Partner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern und Teilen Baden-Württembergs. Als Arbeitgeber, Ausbildungsbetrieb und einer der großen Auftraggeber für Unternehmen aus der Region trägt LEW zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Weitere Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

Thüga-Gruppe:

Strategie und Wachstum

Der Kauf der Thüga AG von der E.ON AG durch das kommunale Erwerberkonsortium Integra/KOM9 ist vollzogen. Ewald Woste, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, äußert sich nachstehend über den Gesellschafterwechsel, Wachstum in der Thüga-Gruppe, Strategie, Rollenverteilung und Selbstverständnis sowie erneuerbare Energien und KKW-Laufzeitverlängerung.

Frage: Der Thüga-Verkauf war 2009 eine der größten Finanzmarkttransaktionen im Energiebereich in Deutschland – wie ist die Resonanz?

Woste: Das Feedback, das wir bekommen, ist durchweg positiv, und zwar von allen Seiten: Die Politik betrachtet das Thüga-Geschäftsmodell als tragfähiges Erfolgsmodell für eine dezentrale, nachhaltige, wettbewerbsfähige Energiepolitik. Unsere Partnerunternehmen sehen darin eine Stärkung des Thüga-Netzwerks und damit ihrer eigenen Position. Außerhalb der Thüga-Gruppe haben eine Reihe von Kommunen und Stadtwerke Interesse an einer Kooperation mit uns signalisiert.

Frage: Und die erste Beteiligung haben Sie ja nun schon erworben....

Woste: Genau. Das bestätigt - trotz jahrelangem Stillstands - ist das Interesse Partner der Thüga-Gruppe zu werden, nach wie vor groß. Aus kartellrechtlichen Gründen war es uns ab 2003 verwehrt, neue Partner aufzunehmen. Die neue Geschäftsstruktur ermöglicht uns wieder zu wachsen. Das haben wir nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern bei der WEMAG gespürt, sondern auch in vielen anderen Städten weiß man, dass Thüga wieder im Markt ist.

Die Stadt Kaiserslautern und Thüga haben beschlossen, die Technischen Werke und die Gasanstalt Kaiserslautern, an der Thüga mit 42,2 Prozent beteiligt ist, zusammen zu führen. Ein anderes Beispiel ist Chemnitz: Hier haben die Räte der Stadt und der Zweckverband der Erdgas Südsachsen aktuell eine Prüfung der Zusammenführung der Stadtwerke Chemnitz und der Erdgas Südsachsen beauftragt. Durch eine solche Vereinigung würde sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen deutlich steigern lassen. Darüber hinaus gibt es auch Gespräche im Rheinlössischen. All diese Gespräche werden durch den neuen Gesellschafterkreis der Thüga ermöglicht beziehungsweise erheblich erleichtert.

Frage: Ist das jetzt erst der Anfang?

Woste: Tatsache ist, dass eine Vielzahl von Oberbürgermeistern und Geschäftsführern von Stadtwerken eine Konsolidierungswelle auf die Stadtwerklandschaft zukommen sehen. Und sie erkennen in der Thüga einen strategischen Partner, um ihrem Stadtwerk eine nachhaltige Zukunftsperspektive zu geben. Verständlicherweise ist der neue Gesellschafterkreis der Thüga hier sehr interessiert aufgenommen worden. Dafür sprechen im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen bieten wir die erfolgreichste kom-

munale Zusammenarbeitsplattform in Deutschland und zum anderen ist Thüga jetzt auch in der deutschen Kommunalwirtschaft kapital- und gesellschaftsrechtlich verankert.

Frage: Stichwort Rekommunalisierung: Bedeutet das Wachstum für die Thüga-Gruppe?

Woste: Rekommunalisierung alleine bringt uns keine neuen Partner. Es kommt darauf an, welche Strategien die Städte und Gemeinden damit verbinden. Wollen sie sich dem Wettbewerb stellen und den Markt aktiv bearbeiten? Suchen sie nach unternehmerischen Lösungen, die gleichzeitig kommunale Ziele beinhalten? Sind sie bereit in einem Netzwerk mit anderen Partnern zu kooperieren, wo das Sinn macht? Wenn die Kommunen das so verstehen, dann ist unser Geschäftsmodell das Richtige!

Frage: Was hat sich durch den Gesellschafterwechsel geändert?

Woste: Zum einen ist Thüga in ihrer Rolle als Plattform der Zusammenarbeit noch attraktiver, weil wir nicht mehr in fremden Händen sind, sondern in kommunalen und damit sicher für die Partnerunternehmen. Zum anderen fließen Erträge die bei Thüga entstehen, nicht mehr an Dritte ab, sondern bleiben in der Thüga-Gruppe.

Frage: Und wie sieht die künftige Strategie der Thüga aus?

Woste: Es gibt noch kein fertiges Strategie-Konzept, aber klare Handlungsfelder. Erstens: Beteiligungsmanagement. Als Kapitalpartner haben wir das gleiche Interesse wie der Mehrheitseigner Stadt: Kommunales Vermögen sichern und weiterentwickeln. Dazu beraten wir unsere Gesellschaften und sorgen für Transparenz. Zweitens: Wachstum. Das Netzwerk soll durch gezielte Akquisition weiterer kommunaler Unternehmen ausgebaut werden. Drittens: Stärkung des Netzwerks durch Kooperationen und engere Zusammenarbeit der Partner.

Frage: Können Sie uns einige Kooperationsfelder nennen?

Woste: Die derzeit laufenden Strategiegelänge mit den Gesellschaftern beschäftigen sich mit den Ertrags- und Kostenhebeln in der Thüga-Gruppe. Hier legen wir gemeinsam fest, an welchen Stellen wir in den nächsten Jahren Lösungen vorantreiben, beziehungsweise, wo wir bestehende Gruppenlösungen weiterentwickeln können. Ein zentrales Thema ist, wie wir uns im Bereich Beschaffung und Handel aufstellen werden. Hier wird die Syneco - unsere Energiehandelsgesellschaft - eine wichtige Rolle spie-

len. Aber auch der Ausbau regenerativer Erzeugung ist eines der wichtigen Themen. Im Netzbereich gibt es Überlegungen, dass Thüga Dienstleistungen im Bereich des strategischen Regulierungsmanagements übernimmt.

Frage: Aufgaben an Thüga abgeben - wie sehen Ihre Partnerunternehmen das?

Woste: Klar ist es nicht immer einfach Kompetenzen abzugeben. Zur Rolle der Thüga gehört jedoch, immer wieder zu prüfen, ob eine Zusammenführung von Aufgaben aus Sicht der Gesellschafter Vorteile bringt. Überall dort, wo Skaleneffekte genutzt werden können, sind die jeweiligen Stadtwerke gehalten, diese Effekte zu heben und so die wirtschaftliche und marktgerechte Umsetzung zu sichern. Dabei gilt es dezentrale Eigenständigkeit - aus Verantwortung gegenüber den Kapitalgebern - und Kooperationsfähigkeit - wenn Umsetzung in einer Kooperation wirtschaftlicher ist - mit einander auszutarieren. Dieser Abwägungsprozess ist in der Thüga-Gruppe systemimmanent und so gewollt. Denn diese ständige Optimierung sorgt für hohe Effizienz und Bewirtschaftung des eingesetzten Kapitals.

Frage: Bedeutet das, dass Corporate Governance auch in kommunal geführten Unternehmen funktioniert?

Woste: Die Thüga-Gruppe ist das beste Beispiel dafür, dass es funktioniert. In den Aufsichtsratsgremien unserer Partnerunternehmen sitzen kommunale Vertreter und Fachexperten der Thüga. Dieser Kreis nimmt die Abwägung der Interessen der Stakeholder wahr. Die kommunalen Vertreter sind die Experten vor Ort. Sie wissen, was für die Verwurzelung und Akzeptanz des Unternehmens wichtig ist, beziehungsweise diese beeinflusst. Flankiert wird dieses Wissen durch das Fachwissen der Thüga-Experten. Wichtig ist, dass das gemeinsame Ziel stimmt: den langfristigen, wirtschaftlichen Erfolg sichern, denn nur so haben die Kommunen und wir etwas von dem Unternehmen.

Frage: Apropos langfristigen wirtschaftlichen Erfolg sichern. Ihre Anteilseigner sind hohe Verpflichtungen eingegangen, um die Thüga zu kaufen. Rechnen sich das für sie auch?

Woste: Ich bin mir der Verantwortung durchaus bewusst. Und ich bin überzeugt, dass wir - und damit meine ich die gesamte Thüga-Gruppe - es schaffen werden, unseren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, damit unsere Anteilseigner ihre Verbindlichkeiten erfüllen können. Bereits vom ersten Jahr an werden wir für positive Erträge sorgen, die über die Finanzierungskosten unserer Gesellschafter hinaus gehen.

Frage: Sie erwähnten den Ausbau regenerativer Energien. Welche Rolle spielen diese künftig in der Thüga-Gruppe?

Woste: Ausbau der Erzeugung auf Basis erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung ist richtig und wichtig. Die Unternehmen der Thüga-Gruppe haben die Anforderungen von Politik und Kunden an eine nachhaltige und ökologisch effiziente Energieversorgung in ihre Strategie integriert, um sowohl der gesellschaftlichen Verantwortung der Gruppe gerecht zu werden, als auch die wirtschaftlichen Chancen, die Investitionen in eine ökologische Energieerzeugung bieten, nutzen zu können. Insbesondere im Bereich überregionaler Projekte - z. B. der On- und Offshore-Windkraft - sehen sich viele Thüga-Partner mit denselben Herausforderungen wie hohen Investitionssummen und -risiken, (Fortsetzung auf Seite 9)

Was sind Ideale ohne Taten?

Wie viel Unterstützung brauchen Unterstützer?

In einer Gemeinschaft gibt man seine Energie an andere.



Alle Partner des Thüga-Netzwerks engagieren sich in ihrer Region für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Wärme. Doch die 19.200 Mitarbeiter leisten noch mehr: Viele von ihnen investieren ihre persönliche Energie in ein soziales Projekt in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Das unterstützen wir mit der Initiative „EFA – Energie für andere“. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.thuega.de

thüga
DIE ENERGIEGRUPPE

www.solarprojekt24.com

Wir zahlen für Ihr Dach!*

Sagen Sie „JA“ zu Photovoltaik - Ein Gewinn für die Umwelt & für Ihr Dach!

- Solarmodule schützen vor Witterungseinflüssen
- Ihr Dach wärmt sich weniger auf
- Dachziegel/Folienächer halten länger
- Der Ertragswert Ihrer Immobilie steigt
- Sie haben einen positiven Imagegewinn
- Sichere Pachteinnahmen über 20 Jahre

* Ab 200 qm - Ausrichtung Süd-Ost bis Süd-West - Pacht auch im Voraus möglich.

Vereinbaren Sie einen kostenlosen Beratungstermin mit uns!

Solarprojekt 24 GmbH & Co. KG | Schlesische Str. 235 | 94315 Straubing | Tel. 09421/1805640

Spatenstich für die 4. erdgas schwaben Bio-Erdgas-Anlage

Es ist möglich, vor Ort auf umweltfreundliche, klimaschonende und sehr wirtschaftliche Art Energie zu gewinnen. Aus heimischen Rohstoffen vor Ort gewonnene Bio-Energie schafft Arbeitsplätze in der Region, garantiert mehr Unabhängigkeit von Importen und kommt unserer Umwelt zugute. erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Millionen Euro in den Bereich erneuerbarer Energien.

In Arnschwang im Landkreis Cham entsteht die 4. Bio-Erdgas-Anlage des Energieversorgers aus Schwaben; Spatenstich war am 14. April. Die Anlage in Arnschwang

ist ein Gemeinschaftsprojekt von erdgas schwaben und der Grüngas GmbH, die derzeit die Anlage im Sinnrgie-Verfahren errichtet. Voraussichtlich wird Herbst 2010



DWW-Anlage zur Bio-Erdgasproduktion (Druckwasserwäschanlage).

Energie sparen vor Ort prämiert

Bamberg OB Starke zeichnete innovative Lösungen aus Stadt lobt auch 2010 wieder einen Energiepreis aus

Oberbürgermeister Andreas Starke hat im Rahmen des Wettbewerbs „Energiepreis der Stadt Bamberg 2009“ zwei Anerkennungspreise überreicht. Die Bamberger Familie Ulrich und Kirchenvorstand Waldemar Hans, stellvertretend für Pfarrer Günther Schardt von der Erlöserkirche, erhielten Urkunden sowie jeweils einen Geldpreis in Höhe von 500 Euro, den Sponsoren zur Verfügung gestellt haben.

Familie Ulrich überzeugte die Jury mit der energetischen Sanierung eines Siedlerhauses in der Gartenstadt. Für die Erlöserkirche hatte sich Pfarrer Schardt erfolgreich mit einem neuen, mit Pflanzenöl betriebenen Blockheizkraftwerk beworben. Der OB unterstrich bei der Preisverleihung den hohen Stellenwert, den die Themen Energiesparen und Klimaschutz innerhalb der Stadtverwaltung einnehmen. Er hob zudem die Vorbildfunktion des Energiepreises hervor. „Die Erfahrung zeigt“, sagte Starke, „dass konkrete Beispiele vor Ort viel anschaulicher sind und eher nachgeahmt werden.“

Die Idee, einen Innovationspreis für Energieeffizienz und erneuerbare Energien auszuloben, stammt vom Agenda21-Fachforum „Energie & Umweltschutz“. Der Preis soll dazu beitragen, sich

kritisch mit der Energiethematik auseinanderzusetzen und motivieren, auf effiziente und innovative Lösungen zu setzen.

Auch 2010 soll mit dieser Auszeichnung bedacht werden, wer beispielhafte Aktivitäten auf dem Gebiet der Energieeinsparung, der Energieeffizienz, beim Einsatz regenerativer Energien und bei der Anwendung neuer Technologien oder Optimierung zeigt, z. B. bei Immobilien oder auch im Bereich der Mobilität. Die Auszeichnung ist mit einem Geldpreis verbunden, den die Stadtwerke Bamberg, die Sparkasse Bamberg und das Umweltamt der Stadt Bamberg als Sponsoren ermöglichen.

Bewerben können sich private Haushalte und Gewerbetreibende oder Schulen, die innerhalb der Stadt Bamberg ansässig sind. Einsendeschluss ist der 30. September 2010.

das Arnschwanger Bio-Erdgas in das bestehende Erdgasnetz eingespeist.

Mit Arnschwang ist erdgas schwaben Deutschlands erster Versorger mit vier laufenden Anlagen zur Produktion von Bio-Erdgas und kann dann über 15.000 Haushalte mit Bio-Erdgas versorgen.

CO₂-Neutralität

Bio-Erdgas ist Energie aus nachwachsenden Rohstoffen oder biogenen Abfällen. Bei deren Vergärung entsteht Biogas. Nach einem Reinigungsprozess ist es Bio-Erdgas. Bio-Erdgas ist CO₂ neutral. Das bedeutet, bei der Verbrennung wird nur soviel CO₂ freigesetzt, wie bei

Neues E.ON-Angebot für mehr Klimaschutz:

Bioerdgas für Privat- und Gewerbekunden

Seit dem 1. März bietet die E.ON Bayern Vertrieb GmbH ihren Kunden ein neues Bioerdgas-Produkt an. Es heißt „E.ON Bio-Erdgas 10+“ und hat einen überdurchschnittlich hohen aus Biomasse gewonnenen Gas-Anteil von mindestens 10 Prozent. Das bestätigt ein vom TÜV-Nord ausgestelltes Zertifikat.

E.ON BioErdgas 10+ ist für alle ökologisch interessierte Kunden eine preislich attraktive Alternative zu den herkömmlichen Erdgas-Angeboten. Gegenüber dem Grundversorgungstarif ist E.ON BioErdgas 10+ für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden nur circa 34 Euro teurer. Es zählt damit zu den preiswertesten Bioerdgas- oder Klimatarifen im Markt. Zudem erhält jeder Neukunde einen Klimabonus in Höhe von einmalig 50 Euro als Gutschrift auf die Jahresrechnung.

Kooperation mit Naturefund e.V.

Mit Bioerdgas von E.ON leisten Kunden durch den hohen Anteil regenerativ gewonnenen Gases einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Darüber hinaus hat das Unternehmen zusammen mit der renommierten Naturschutzorganisation Naturefund eine bundesweite Baumpflanzaktion gestartet. Alle Kunden, die sich für E.ON BioErdgas 10+ entscheiden, erhalten eine Patenurkunde mit dem Ort und Pflanzdatum „ihres“ Baumes. Bäume entziehen der Atmosphäre nachhaltig CO₂ und binden es über viele Jahrzehnte in ihren Stämmen und Ästen.

„Kunden, die unser BioErdgas

der Entstehung aus der Umgebung aufgenommen wurde.

Jede Erdgas-Technik ist sofort mit Bio-Erdgas kombinierbar - ganz ohne Umrüsten. Ökologisch unschlagbar ist die Kombination BHKW und Bio-Erdgas im Mehrfamilienhaus.

60.000 Tonnen Einsparung

Mit der Bio-Erdgasproduktion und dem Engagement für Bio-Wärme und Bio-Strom von erdgas schwaben werden schon jetzt jährlich ca. 60.000 Tonnen des Klimakillers CO₂ eingespart.

erdgas schwaben setzt konsequent auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energie aus der Region: Bis zum Jahr 2020 wird mit Bio-Energie, effizienter Technik und nachhaltiger Einsparung der Erdgasverbrauch um bis zu 30 Prozent reduziert werden.

Mehr Information auch unter www.erdgas-schwaben.de.

Schluss mit langen Wartezeiten an der Tanke

Jetzt ist Schluss mit langen Wartezeiten an Tankstellen! Dank der Phill-Heimbetankungsanlage können Erdgasfahrer bald in der eigenen Garage auftanken. erdgas schwaben testet aktuell die Anlagen der Firma Fuel Maker. Laufen die Tests erfolgreich, sollen sie so schnell wie möglich auf den Markt gebracht werden.

Die Handhabung der Phillis, wie sie liebevoll genannt werden, ist absolut unkompliziert. Einmal ans Auto angeschlossen, macht die Anlage den Tank voll. Gestoppt wird vollautomatisch. Für die Installation sind keine Umbauarbeiten notwendig. Kaum größer als ein Erste-Hilfe-Kasten, passen die Phillis in jede Garage.

Seit Anfang des Jahres sind auch erdgas schwaben Mitarbei-

ter fit für die Anlagen. Während eines sechsstündigen technischen Trainings haben neun davon alles über die Phillis erfahren. „Wir waren überrascht, wie leicht diese Anlagen zu bedienen sind. Sie sind absolut selbständig und sehr leise. Damit werden unsere Kunden viel Freude haben“, so Hans-Günther Habenicht, Leiter technische Dienstleistungen erdgas schwaben.

erdgas schwaben in Russland?

Nein, aber mit Mini-BHKW auf der Augsburger Frühjahrsausstellung afa

Am Stand von erdgas schwaben auf der afa, die vom 10. bis 18. April stattfindet, bieten die Energiesparprofis umfassende Beratung und zeigen, was an Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in Schwaben heute schon alles machbar ist. Vom individuell zugeschnittenen Energiesparkonzept bis hin zu Fördermöglichkeiten. Wichtig ist der Einsatz der individuell optimierten Technik: von moderner Erdgasbrennwerttechnik bis hin zu erdgas-Mini-BHKWs.

„Unser Unternehmen setzt auf Bio-Erdgas, Bio-Wärme und Bio-Strom aus der Region“, so Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer erdgas schwaben. „Wir geben damit ein sichtbares Signal für den Klimaschutz.“

Die Infrarotbilder sind ein zuverlässiges Verfahren, um an Gebäuden Wärmeverluste und Wärmebrücken aufzudecken. erdgas schwaben bietet Besuchern an, mit einer Infrarotkamera Wärmebilder von ihrem Haus zu machen, zeigt Schwachstellen auf und gibt Tipps zu deren Beseitigung. Nicht zum Fenster rausheizen, Wärmeverluste aufspüren und Geld und Energie sparen.

Erstmals können die Energiesparprofis in Augsburgs größter und modernster Messehalle zum Thema Mini-BHKW, Bio-Erdgas und energetische Gebäudesanierung sowie zu allen anderen Innovationen rund ums Energiesparen beraten. Auch die Fachinformation zu Fördermöglichkeiten sind gefragt - „die Kunden, die mir Löcher in Bauch fragen“, lacht Helmut Kaumeier, Vertriebsleiter Mitte, „sind mir die liebsten. Denn sie haben sich mit dem Thema gründlich beschäftigt und wollen etwas ändern.“

TURBO-Erdgasfahrzeuge auf den Münchner Autotagen:

Leistungsstark und umweltschonend

Bei den diesjährigen Münchner Autotagen präsentierte der Initiativkreis Erdgas als Kraftstoff in Bayern (IEK Bayern) die neue Generation von leistungsstarken und verbraucherfreundlichen Serien-Erdgasfahrzeugen mit CNG-Turbo-Fahrzeugen (CNG = Compressed Natural Gas, Erdgas mit 200 bar).

Turbomotoren haben den Erdgasantrieb revolutioniert. Das Fahren mit Erdgas ist umweltschonend und günstig. Die Hersteller OPEL mit dem Zafira Turbo 1.6 CNG und Volkswagen mit dem Passat Variant 1.4 TSI EcoFuel zeigen eindrucksvoll, wie motoroptimiert Erdgas mit 130 Oktan eingesetzt werden können.

„Erdgasoptimierte Fahrzeuge haben ein großes Potential bei der Schadstoffeinsparung, da Erdgas deutlich sauberer verbrennt als herkömmliche Kraftstoffe. Darüber hinaus kann auch gereinigtes und erneuerbares Biogas als Kraftstoff genutzt werden, was die Schadstoffbilanz zusätzlich verbessert“, erklärt Jörn-Helge Möller, Geschäftsführer des IEK Bayern.

Erdgas als Kraftstoff (CNG) kostet in München an den sieben Erdgastankstellen durchschnittlich 0,989 Euro pro Kilogramm. In einem Kilogramm steckt die Energie von rund 1,5 Liter Super-Benzin. Damit fährt der Autofahrer für umgerechnet 66 Cent pro Liter auf den Münchner Straßen.

Der neue Erdgas-Turbo (150 PS/110 kW) im OPEL Zafira ist in der Anschaffung ca. 780 Euro günstiger als das vergleichbare 1.9 CD-TI-Diesel-Aggregat. Damit wird das Fahren mit Erdgas vom ersten Tag an günstiger als mit Diesel. Bei einer Laufleistung von rund 15.000 km/Jahr spart der OPEL-Erdgas-Turbo über 1.000 Euro gegenüber einem vergleichbaren Benziner. „Moderne Erdgasfahrzeuge wie von OPEL und Volkswagen zeigen neben ihrer Wirtschaftlichkeit und ihrem aktiven Beitrag zum Umweltschutz, wie durchzugsstark diese Fahrzeuge unterwegs sind“, so Thomas Wöber von gigas aus München.

Am 14. April war Spatenstich für unsere vierte Bio-Erdgasanlage in Arnschwang!

- CO₂-neutral
- regional produziert
- stärkt die heimische Wirtschaft
- rund um die Uhr verfügbar

Noch Fragen? Wir beraten Sie gerne
Telefon 0821 9002-459
www.erdgas-schwaben.de

Kennst Du schon unser Bio-Erdgas?

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

ERDGAS

Unterwegs mit dem Erdgas-Sparmobil

Diesel für 1,19 Euro, Super für 1,35 Euro, Super Plus für 1,44 Euro: Konventioneller Sprit frisst immer größere Löcher in den Geldbeutel. Erdgas oder auch CNG (Compressed Natural Gas) kostet etwa die Hälfte. Nicht nur Vielfahrer können damit ihre Kraftstoffkosten deutlich senken. Erdgas Südbayern gibt die wichtigsten Fakten zum Fahren mit Erdgas.

So macht Tanken noch Spaß: An der Zapfsäule zahlen Erdgasfahrer gegenüber Benzinern rund 50 Prozent und gegenüber Dieselfahrzeugen rund 30 Prozent weniger. Ein Kilogramm CNG – dies entspricht der Energie von etwa 1,5 Litern Sprit – gibt es für

unter einem Euro! Der Preisvorteil entsteht auch dadurch, dass für Erdgas als Kraftstoff noch bis zum Jahr 2018 weniger Steuer bezahlt werden muss: Nur rund zehn Cent statt 95 Cent bei Benzin.

Erdgas ist der günstigste Kraft-

stoff, den es heute gibt. Dies zeigt auch eine Berechnung von Erdgas. Dabei wurde ermittelt, wie weit man aktuell mit einer Tankfüllung für 20 Euro kommt. Testauto ist ein VW Passat TSI EcoFuel (110 kW, 210 km/h Spitze, Verbrauch ca. 4,5 kg Erdgas bzw. 7,0 Liter Super / 100 km), der sowohl mit Erdgas als auch mit Super fährt.

Reisekasse wird geschont

Im Erdgas-Modus wird die Reisekasse besonders geschont. 20 Euro reichen für die Strecke von München bis Kassel (480 km). Im Benzin-Modus wäre der erste Tankstopp bereits nach 190 Kilometern kurz nach Nürnberg fällig.

Kaufargumente

Neben einem geringen Verbrauch sind ein niedriger CO₂-Ausstoß und wenige Emissionen in den Abgasen heute wichtige Kaufargumente für ein Auto. Auf der „ESB-Testfahrt“ von Bayern nach Hessen liegt der Schadstoffausstoß sowohl während des Benzin- als auch während des Erdgasbetriebs nicht bei Null. Doch statt rund 73 Kilogramm als Benzin, stößt der Erdgas-Antrieb nur etwa 53 Kilogramm CO₂ aus. Diese Werte sind übrigens unabhängig vom Wagentyp. Erdgas verbrennt immer mit bis zu 30 Prozent weniger CO₂ und sogar 80 Prozent weniger Stickoxiden (NO_x) als konventionelle Kraftstoffe. Rußpartikel und Feinstaub sind nahezu vollständig reduziert.

CNG-Fahrzeuge punkten

Zu den gesundheitsschädlichen Emissionen beim Auto gehören aber nicht nur CO₂ und CO, sondern ebenso der Lärm. Auch hier punkten CNG-Fahrzeuge. Denn Erdgas-Motoren laufen im Vergleich zu Benzin-Motoren leiser. Daher werden Erdgas-Fahrzeuge gerne in dicht bewohnten Gebieten, zum Beispiel im Stadtbusbetrieb, eingesetzt.

Berechnung im Internet

Ab wann sich ein Erdgas-Modell rechnet, können Verbraucher selbst im Internet berechnen. Im Portal <http://www.tanke-erdgas.de> gibt es einen Wirtschaftlichkeitsrechner, der nahezu alle aktuellen Erdgas-Modelle mit Preis und Verbrauch aufführt.

Nach der Eingabe von Daten wie gewünschter Kilometerleistung, Wohnort oder Förderprogrammen stellt der Rechner einen ausführlichen Vergleich auf und zeigt, wie viel sich pro Jahr sparen lässt und wann sich die Anschaffung amortisiert hat.

abgeschriebener Kernkraftwerke unwirtschaftlich gemacht werden.

Frage: Was fordern Sie konkret?

Woste: Sondergewinne im Rahmen der Restlaufzeitverlängerung müssen weitestgehend abgeschöpft und einem staatlichen Fonds zugeführt werden. Der so entstehende „Energie- und Klimafonds“ sollte für gezielte Maßnahmen zur Umsetzung der IEKP-Ziele der Bundesregierung zur Verfügung stehen. Ziel sollte es sein, z. B. durch zinsvergünstigte Darlehen und weitere Fördermaßnahmen nachhaltige Investitionsanreize zu setzen für den Ausbau der dezentralen Stromerzeugung auf Basis der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland. (Stand Februar 2010).

Gasabsatz von Bayerngas auf Rekordhöhe

Die kommunale Gas-Beschaffungsgesellschaft Bayerngas hat 2009 erstmals die 70-Milliarden-kWh-Grenze durchbrochen. Der Gasabsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Prozent auf das Rekordniveau von 70,2 Mrd. kWh (2008: 65,8 Mrd. kWh). Dazu haben sowohl das Handels- als auch das Industriekundengeschäft beigetragen. Beide Geschäftsfelder hat das kommunale Unternehmen 2009 gestärkt.

„Die Ungleichgewichte zwischen den kurz- und langfristigen Gasmärkten fordern Beschaffung und Vertrieb der Gasunternehmen seit eineinhalb Jahren in bisher nicht bekanntem Ausmaß. Bayerngas hat 2009 in der Beschaffung die Balance zwischen erhöhten Tradingaktivitäten und gesicherten Langfristverträgen gefunden. Unseren Gasvertrieb haben wir neu positioniert. Dazu zählt der erfolgreiche Aufbau eines Industriekundenvertriebs mit Standort Düsseldorf. Das waren die Voraussetzungen für dieses Rekordergebnis“, betont Marc Hall, Geschäftsführer Bayerngas. Über den Standort Düsseldorf hat Bayerngas annähernd 20 neue Industriekunden in den nördlicheren Bundesländern gewonnen.

Speicherkapazitäten von Bayerngas erfolgreich vermarktet:

Handelsprodukt „Trader’s Pack“ trifft Marktbedürfnisse

Bayerngas hat einen Teil der Speicherkapazitäten seines Untergrundspeichers Wolfersberg erfolgreich vermarktet. Das neugeschaffene Speicher-Handelsprodukt „Trader’s Pack“ wurde vom Markt positiv aufgenommen.

Maximale Leistung

Alle zwölf Lose zu je 21.600 MWh wurden im Rahmen der Auktion über store-x an mehrere

Kunden verkauft. Der erfolgreiche Verlauf der Auktion ist ein Beleg dafür, dass Bayerngas mit „Trader’s Pack“ die Bedürfnisse der Händler nach einer kennlinienunabhängigen Fahrweise abbilden konnte.

Trader’s Pack beinhaltet eine maximale Ein- beziehungsweise Ausspeicherleistung von 10 MW. Das Angebot hatte ein Gesamtvolumen von 259.200 MWh und einer Laufzeit von einem Jahr.

Strategie und ...

(Fortsetzung von Seite 7)

Erfahrungsdefiziten und mangelnder Markttransparenz konfrontiert. Hier möchte die Thüga ansetzen und den Partnern ein gemeinsames Vorgehen vorschlagen.

Frage: Sie haben von überregionalem Engagement gesprochen. Wie sieht es mit Investitionen in regionale Erzeugungsanlagen von erneuerbaren Energien aus?

Woste: Natürlich ist uns der Ausbau erneuerbarer Energien in den Regionen sehr wichtig. Bereits heute sind zahlreiche Stadtwerke mit kleineren, dezentralen Anlagen im Bereich der Energieerzeugung tätig. Neben der Förderung von regenerativen Energien sind die Nähe zum Kunden und die damit verbundenen, verlustarmen kurzen Übertragungswege entscheidende Vorteile von dezentralen Energiesystemen. Unser Ziel ist es deshalb, die Unternehmen, bei denen es sich anbietet vor Ort zu investieren - zum Beispiel in den Ausbau von Biogasanlagen - Unterstützung im Bereich der Planung und des Baus zu geben. Auch hier werden gegenwärtig Strategien geprüft und erarbeitet.

Frage: Wie stehen Sie zu der politischen Diskussion um die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken gerade vor dem Hintergrund Ihrer Investi-

tionen in alternative Energien?

Woste: Politische Entscheidungen haben wir als Unternehmen zu akzeptieren. Wenn die politische Entscheidung für eine Verlängerung von Laufzeiten bei Kernkraftwerken ausfällt, dann ist für uns die Konditionierung entscheidend.

Frage: Wie muss die Konditionierung Ihrer Ansicht nach gestaltet sein?

Woste: Erstens: Investitionen in dezentrale umweltfreundliche Stromversorgung, die gerade kommunale Unternehmen im Vertrauen auf den Atomausstieg gemacht haben, dürfen durch eine Laufzeitverlängerung in ihrer Wirtschaftlichkeit nicht bedroht sein. Zweitens: Eine Verlängerung der Laufzeiten darf nicht dazu führen, dass die Bemühungen der Stadtwerke für mehr Wettbewerb im Erzeugungsmarkt konterkariert und damit das Erzeugungsoligopol der vier Großen Konzerne gestärkt wird.

Drittens: Die Klimaschutzziele der deutschen Politik dürfen mittel- und langfristig nicht gefährdet werden, indem bereits realisierte und geplante Investitionen in klimafreundliche KWK-Erzeugungskapazitäten oder in Erneuerbare Energien durch Strompreisbildung auf Basis von Grenzkosten weitgehend



Weiter als Sie denken!

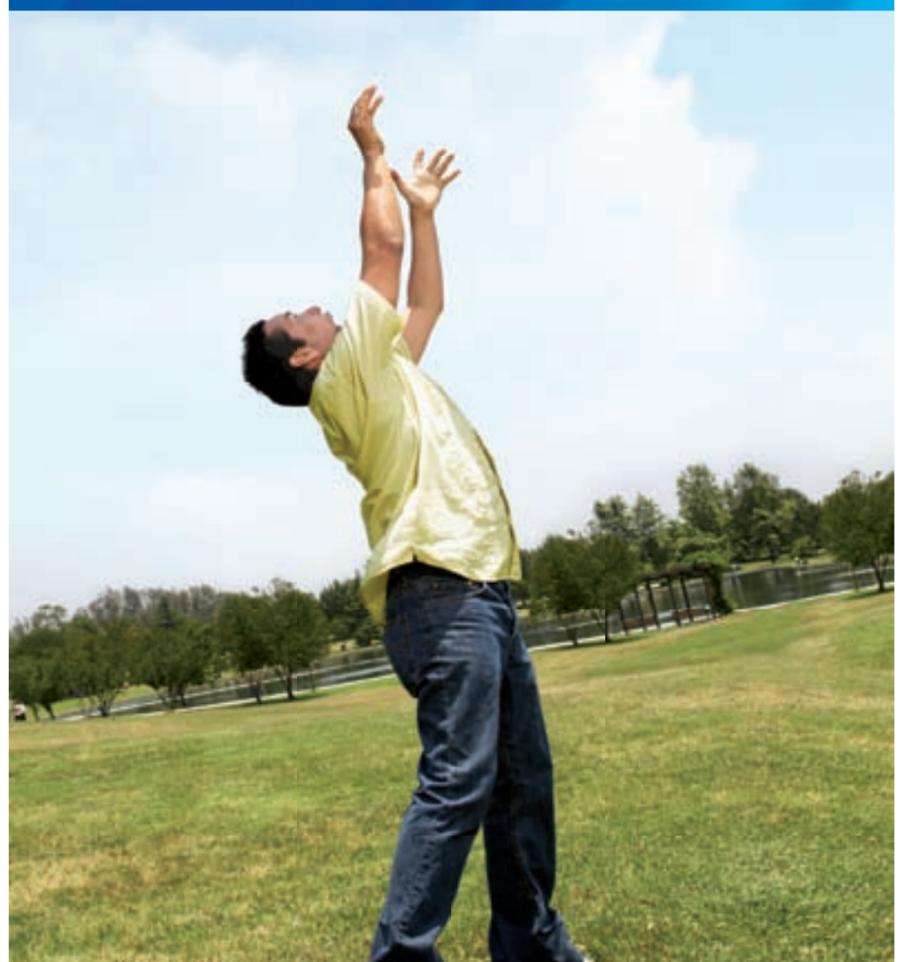
Wir bringen Sie näher an die Gasquelle.

Bayerngas kauft Gas über alle Beschaffungsebenen und ist im Explorations- und Produktionsgeschäft aktiv. Für Sie.



bayerngas
Energiepartnerschaft mit Zukunft

www.bayerngas.de



Erstes Bayreuther Bioenergiesymposium:

Umdenken in Energiefragen

Multitalent Bioenergie: Dass die Chancen überwiegen, jedoch große Anstrengungen und kreative Lösungen nötig sind, um eine komplette Energieversorgung mit erneuerbaren Energien zu sichern, lautete das Fazit des ersten Bayreuther Bioenergiesymposiums an der Universität Bayreuth. Mehr als 100 Bürgermeister, Kreis- und Stadträte, Vertreter von Initiativen und Verbänden sowie Wissenschaftler und Repräsentanten der Universität Bayreuth waren zu der Veranstaltung gekommen, die das Regionalmanagement von Stadt und Landkreis Bayreuth in Kooperation mit der Universität organisiert hatte.

Mit der Kunstperformance „Die Energie bin ich“ des Holzkünstlers Thomas Zimmermann wurde bereits zu Beginn des Symposiums ein kreativer Akzent gesetzt.

Bernd Rothammel, Regionalmanager der Bioenergieregion, erläuterte in seinem Vortrag, dass die Strategie der Bioenergieregion Bayreuth bewusst auch auf Energiekunstprojekte

setzt, um eine größere öffentliche Aufmerksamkeit für die sieben regionalen Bioenergiefachverbände und die generelle Notwendigkeit eines Umdenkens in Energiefragen zu erreichen. „Die Kombination von Fachvorhaben und Kunstprojekten ist der Clou unseres Konzeptes. Damit erreichen wir neue Zielgruppen und erschließen schöpferisches Potenzial zur Lösung

der anstehenden Probleme.“

Mögliche 100 Prozent

Die Möglichkeiten und Grenzen der Bioenergie verdeutlichte Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich in seinem Einführungsreferat. Faulstich ist Vorsitzender des Sachverständigenrates für Umweltfragen und als Berater der Bundesregierung einer der renommiertesten Experten auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2050 auf hundert Prozent erneuerbare Energien zu kommen, sei möglich, betonte Faulstich. Der Bau neuer Kohle- und Atomkraftwerke stehe allerdings diesem Ziel entgegen.

Ökonomisch bedeutsam

Laut Dr. Rainer Gießbübel vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz macht Bioenergie etwa 70 Prozent des Aufkommens erneuerbarer Energie in Deutschland aus. Biomasse steht für etwa 38 Prozent des Umsatzes mit erneuerbaren Energien sowie für deutschlandweit fast 100.000 Arbeitsplätze. Die Anbaufläche beträgt etwa zwei Millionen Hektar. „Bioenergie hat also längst auch ökonomische Bedeutung“, bemerkte Gießbübel. Zudem sei sie in der Lage, über den Klimaeffekt hinaus in den Regionen weitere ökonomische Impulse zu setzen.

Die politischen Ziele jedenfalls ließen weiteres Wachstum und weiteren Bedeutungszugewinn erwarten: Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien soll in Deutschland bis zum Jahr 2020 auf 30 Prozent steigen, bei der Wärme sollen 14 Prozent und im gesamten Energieverbrauch 18 Prozent aus regenerativen Quellen stammen.

Tatsächlich, so der Ministeriumssprecher weiter, wachse aber auch das Konfliktbewusst-

sein. In Regionen mit intensiver landwirtschaftlicher Flächennutzung sei die Konkurrenz um Flächen und deren Nutzungen bereits spürbar. Gießbübel erwartet einen interessanten Diskurs, an dessen Ende „ein verträgliches Einbauen der Bioenergie“ stehen solle, d. h.: Bei Kraftstoffen werde Deutschland wohl auf Importe abzielen, bei Strom auf Biogas und bei Wärme auf Holz und Biogaserzeugung.

In Themenrunden am Nachmittag ging es um den künftigen Beitrag der Bioenergie zur Energieversorgung der Region, um Nahwärmenetze und kommunale Bioenergieprojekte sowie um Bioenergie in den Forschungsprojekten der Universität Bayreuth. Dabei stellte Professor Dr.-Ing. Dieter Brüggemann, Inhaber des Lehrstuhls für Technische Thermodynamik und Transportprozesse, die Arbeiten seines Teams zur Steigerung der Effizienz bei der Bioenergieerzeugung vor.

Diplom-Biologin Yelva Larsen präsentierte ihr Projekt, Bioenergie in spannende Unterrichtskonzepte für Schüler zu bringen. Dr. Pedro Gerstberger berichtete über seine vielversprechende Erforschung von rasch wachsenden Energiepflanzen, die eine Alternative zum Mais und seinen agrarökologischen Problemen sein können.

Klimawandel in der Region

Dr. Camilla Wellstein, wissenschaftliche Koordinatorin im Forschungsverbund Forkast, gab eine Einschätzung zum Klimawandel in der Region. Privat-Dozent Dr. Bruno Glaser von der Abteilung Bodenphysik der Universität Bayreuth berichtete schließlich von seiner Forschung an der Terra Preta – einem erstaunlichen Bodentyp, der im Amazonas Tiefland vorkommt und der sog. Biokohle enthält. Dadurch wird der eigentliche nährstoffarme Boden extrem fruchtbar. Aber Biokohle kann noch mehr: Da sie Kohlenstoff für Jahrtausende stabil speichert, hat sie auch einen Klimaschutzeffekt. **DK**

Seit Montag schweigt das Radio

Stadtwerke sind immer häufiger mit dem Thema „Energiearmut“ konfrontiert

Würzburg. Sonst dudelt das Radio bei Rudolf Berg (Name geändert) den ganzen Tag. Doch seit kurzem schweigt es. Dem Langzeitarbeitslosen aus Würzburg wurde der Strom abgestellt. Was immer mehr Menschen passiert. „Im Durchschnitt kommt es ein- bis zweimal täglich vor, dass wir den Strom abstellen müssen“, bestätigt Dieter Gerlach, Geschäftsführer der Aschaffener Versorgungs-GmbH.

Bei der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) ist die Problematik der Energiearmut noch gravierender, da ein noch größeres Gebiet mit Strom versorgt wird als von den Aschaffener Stadtwerken. Tausende Mahnbriefe werden laut WVV-Pressesprecherin Ulrike Stöcker jedes Jahr an Kunden mit offenen Rechnungen verschickt. Nach der dritten Mahnung ist die Geduld des Stromlieferanten zu Ende. Der nächste Schritt lautet: „Sperraufruf“. 2009 wurden rund 4.200 Sperraufrufe erteilt.

Meist glücklicher Ausgang

Die meisten Verfahren nahmen letztlich einen glücklichen Ausgang, in nur etwa jedem fünften Fall musste tatsächlich gesperrt werden. Dennoch: 800 Bürgern wurde von der WVV der Strom im vergangenen Jahr abgedreht. Damit waren Stöcker zufolge 0,5 Prozent aller Kunden von einer Sperrung betroffen.

In den vergangenen kalten Monaten agierte der Versorger zurückhaltend. Zumal, wenn die Energie aus der Dose auch noch zum Heizen von Küche, Wohnzimmer und Bad diene. Die Kulanz bedeutete am Ende jedoch, dass sich der Stromschuldenberg bei eisigen Temperaturen nur weiter auftürmte. Am Ende müssen die Energieschulden abgestottert werden.

Moralisches Gebot

Die Aschaffener Versorgungs-GmbH erachtet es angesichts der wachsenden Armut als moralisches Gebot, gegen die Not hinter den Energieschulden zu schauen. Unbezahlte Rechnungen sind laut Gerlach ein „sozialer Aufschrei“. Viele der Betroffenen befänden sich in einer durch und durch schwierigen Lebenslage, was jedoch erst dann entdeckt wird, wenn es zum letzten Druckmittel des Stromabstellers kommt. Dass es so weit kommen musste, liege daran, dass die Hilfsangebote unbekannt sind.

Verstärkte Aufmerksamkeit

Manchmal müsste nur ein Formular ausgefüllt werden, und schon wären die drückenden finanziellen Sorgen zumindest zum Teil behoben. Auf Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort will die Aschaffener Versorgungs-GmbH zusammen mit den Sozialverbänden künftig verstärkt aufmerksam machen. Mit der dritten Mahnung, die ausstehende Stromrechnung zu bezahlen, flattert den Stromkunden deshalb seit kurzem ein Faltblatt der Sozialeinrichtung „Café Oase“ ins Haus. Reagiert der säumige Zahler immer noch nicht, erhält er Besuch vom Sperrkassier - der neuerlich auf das Beratungsangebot in der Aschaffener Treibgasse hinweist.

Laut Adelheid Maskow vom Caritasverband Aschaffenburg müssen Hartz IV-Empfänger bei gleich bleibendem Regelsatz immer mehr Geld für Strom ausgeben. In Not kommen sie vor allem dann, wenn die Stromjahresabrechnung im

Briefkasten landet. Auf einen Schlag müssen sowohl die Nachzahlung als auch die Monatspauschale berappt werden: „Mit diesem Problem kommen die Menschen zu uns.“ Sollte der Strom bereits abgedreht sein, verhandelt die Caritas mit der Arge um ein Darlehen für die Stromschulden.

Stromfresser

Problematisch ist für Maskow der niedrige ökologische Level der elektrischen Geräte in Hartz IV-Haushalten. Die alte Waschmaschine und der im Sozialkaufhaus entstandene Staubsauger entpuppen sich oft als Stromfresser. „Doch was nützt es, dass dies durch Energieberater des Cafés Oase aufgedeckt wird?“, fragt sich die Caritas-Frau: „Die Anschaffung von energiesparenden Neugeräten ist nicht zu finanzieren. Der im Regelsatz vorgesehene Ansparbeitrag für Kühl- und Gefrierschränke, Waschmaschine oder Herd beträgt bei einem Alleinstehenden monatlich rund drei Euro.“

Sozialrabatt und höhere Hartz IV-Regelsätze

Deshalb plädiert ihre Kollegin Jutta Hackel vom Allgemeinen Sozialen Beratungsdienst (ASBD) des Kreischaritasverbandes in Würzburg für höhere Hartz IV-Regelsätze. Weil das Arbeitslosengeld 2 hinten und vorne nicht reicht, kommt mindestens dreimal pro Woche ein „Energiearm“ aus Stadt und Kreis Würzburg in die Caritas-Sozialberatung. Um energiearmen Menschen zu helfen, wäre es nach Hackels Ansicht auch gut, würde der Sozialrabatt des Stromversorgers E.ON Bayern Schule machen. Bereits seit September 2006 erhalten von Rundfunkgebühren befreite Bezieher von Hilfeleistungen bei E.ON einen Stromrabatt.

Aschaffener Programm

Für Dieter Gerlach aus Aschaffenburg ist eben dies nicht der richtige Weg, denn durch die Gewährung eines Sozialrabatts würde ignoriert, dass Energiearme von vielfältigen Problemen geplagt werden. Mit dem Aschaffener Programm sei es hingegen gelungen, Menschen, die aufgrund unbezahlter Stromrechnungen erstmals öffentlich als arm auffielen, dem sozialen Unterstützungssystem zuzuführen.

Energiearme in Kitzingen

Dass es auch in Kitzingen Energiearme gibt, will Vertriebs- und Marketingleiterin Silke Sycha von den Kitzinger Licht-, Kraft- und Wasserwerken zwar nicht leugnen. Mit konkreten Zahlen rückt sie jedoch im Gegensatz zu ihren Kollegen aus Aschaffenburg und Würzburg nicht heraus. Dies würde dem Datenschutz im Wege stehen und für Unmut bei den Kunden sorgen, so ihr Argument. „Wir halten uns an die gesetzlichen Vorgaben“, betonte die Energieexpertin: „Wir behandeln jeden Kunden gleich und sind vor Ort für jeden Kunden erreichbar.“ **Pat Christ**

Seit 2009 wird die Region Bayreuth mit Bundesmitteln als eine von 25 Bioenergie-Modellregionen gefördert. Die Auswahl erfolgte über einen Wettbewerb, an dem sich bundesweit 210 Regionen beteiligt hatten. Mit 89 Prozent Land- und Forstwirtschaftsfläche sind optimale Voraussetzungen für die Nutzung der Bioenergie vorhanden. Allerdings wird das Potenzial momentan nur zu einem Drittel abgeschöpft. Damit sich dies ändert, werden sieben Fachvorhaben und ein künstlerisches Dachprojekt in Angriff genommen.

Die Region will damit die Nachfrage nach Bioenergie steigern, die Bioenergieerzeugung umweltfreundlicher gestalten und den Informationsgrad zum Thema erhöhen. Die Projekte können den Anteil der Bioenergie am Energieverbrauch der Privathaushalte von aktuell 18 auf über 50 Prozent erhöhen. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und eine Wertschöpfung von mindestens 50 Mio. Euro jährlich erschlossen. In der Region Bayreuth sollen beim Ausbau der Bioenergie die Belange des Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit und der Sozialverträglichkeit berücksichtigt werden. **DK**

Zirndorfer Grundversorgung:

Erstmals vollständig in kommunaler Hand

Die städtische Tochter Stadtwerke Zirndorf GmbH hat kürzlich von der N-ERGIE AG einen 50-prozentigen Anteil am Gemeinschaftsunternehmen Gasversorgung Zirndorf GmbH & Co. KG übernommen. Die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme in Zirndorf liegt damit erstmals vollständig in kommunaler Hand. Die notarielle Beurkundung erfolgte im Beisein von Stadtwerkechef Reiner Gagel, Bürgermeister Thomas Zwingel und Vertretern der N-ERGIE.

Der Stadtrat Zirndorf hatte die Übernahme der N-ERGIE-Anteile an der Gasversorgung Zirndorf GmbH & Co. KG, die rückwirkend zum 1. Januar 2010 gilt, bereits am 30. Januar 2008 beschlossen. Nach langwierigen Verhandlungen war es nun soweit. „Die Gasversorgung wird in die Stadtwerke Zirndorf integriert“, sagt Diplom-Ingenieur Reiner Gagel, Geschäftsführer der Stadtwerke Zirndorf. Für die Bürger der Stadt bedeute das einen weiteren Schritt zur Zukunftssicherung der Energieversorgung. Sie können sicher sein, so Gagel, dass sie zuverlässig beliefert werden. Die Stadtwerke Zirndorf würden durch den Kauf gestärkt, da die Kosten der laufenden Verwaltung gesenkt werden.

Herausragende Position

„Zirndorf hat jetzt eine herausragende Stellung unter den deutschen Kommunen. Der Stadt Zirndorf, und damit den Bürgern, gehören ihre Stadtwerke zu 100 Prozent. Das gibt es in fast keiner weiteren Stadt“, betont Gagel. Den Kaufpreis kann der Geschäftsführer noch nicht genau beziffern. Er steht erst nach dem Jahresabschluss der Gasversorgung Zirndorf GmbH & Co. KG fest, wird aber deutlich unter vier Millionen Euro liegen.

Das bisherige Gemeinschaftsunternehmen von Stadtwerke Zirndorf und N-ERGIE war 1995 an den Start gegangen. Die damalige EWAG, Vorläufergesellschaft der N-ERGIE, hatte ihr technisches Potenzial einge-

bracht, die Stadtwerke Zirndorf ihr Wissen über die örtlichen Gegebenheiten.

Vorkaufsrecht

Beim Abschluss des Vertrags hatten die Stadtwerke ein Vorkaufsrecht für 2010 auf die N-ERGIE-Anteile vereinbart, das sie nun wahrgenommen haben. Anfang des vergangenen Jahres hatten die Stadtwerke Zirndorf bereits Stromnetze von der N-ERGIE übernommen und damit die Stromversorgung auf die Stadtteile Banderbach, Bronnberg, Weiherhof und Weinzierlein erweitert. Zum gleichen Zeitpunkt war das Zirndorfer Bibert-Bad aus dem Verantwortungsbereich der Stadtwerke entlassen und kommunalisiert worden.

Einer wird das Konzept, alle Versorgungsleistungen aus kommunaler Hand anzubieten, sicherlich mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen: der 90-jährige Walter Müller, Chef der Stadtwerke von 1946 bis 1982. Als er in den Nachkriegsjahren die Stadtwerke wieder aufbaute, hatte er sich stets für diese Unabhängigkeit der Kommune eingesetzt. Eine weitere wichtige Weichenstellung erfolgte durch dessen Nachfolger und späteren Ersten Bürgermeister der Stadt Zirndorf, Altbürgermeister Gert Kohl, der durch seine Verhandlungsführung damals das Vorkaufsrecht sicherte. „Sonst wäre die jetzige Übernahme vielleicht nicht möglich gewesen“, meint Geschäftsführer Gagel. **□**

Röhrmoos 100 Jahre elektrifiziert

Röhrmoos verfügt seit dem 8. April 1910 offiziell über eine elektrische Stromversorgung. Damit steht die Gemeinde jetzt genau 100 Jahre unter Strom. Die Betriebsspannung für den Lichtstrom betrug damals noch 110 Volt, für Drehstrom 190 Volt. Mit der Unterzeichnung des ersten Konzessionsvertrages stellte Bürgermeister Mathias Schmidt am 27. Februar 1909 die Weichen für den Anschluss der Gemeinde an das Stromnetz der damaligen Amperwerke Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (AWAG), den Rechtsvorgängern der Isar-Amperwerke (IAW) und der heutigen E.ON Bayern AG.

Der Konzessionsvertrag hatte eine Laufzeit von 30 Jahren, der sich jeweils automatisch um fünf Jahre verlängerte, wenn er nicht zwölf Monate „vor seinem jeweiligen Ablauf“ von einer Seite gekündigt wird. Darin räumte die Gemeinde für das vom Netzbetreiber versorgte Gemeindegebiet ein Wegerecht ein; das heißt die Kommune gestattete dem Netzbetreiber auf gemeindlichem Grund Versorgungsanlagen und Leitungen für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der örtlichen Wirtschaft zu errichten und zu betreiben.

Historische Anmerkung

In einer handschriftlichen Ergänzung zum Konzessionsvertrag vom 10. Oktober 1911 findet sich folgende Anmerkung: „Die zwischen den Ortschaften Röhrmoos und Kleininzemoos sich befindliche Bahnunterführung soll zur Vermeidung von Unfällen mit zwei elektrischen Glühlampen mit 16 Kerzenstärken um die jährliche Pauschalsumme von 40 Mark beleuchtet werden.“

Neuer Vertrag

Die drei im Rahmen der bayerischen Gebietsreform eingemeindeten Ortsschaften Großinzemoos, Sigmertshausen und Schönbrunn hatten bis dahin eigene Verträge mit der Amperwerke Elektrizitäts-Aktiengesellschaft bzw. den Isar-Amperwerken. Danach wurden diese in einem neuen Vertrag mit Röhrmoos zusammengeführt. Als offizielles Elektrifizierungsdatum steht für Großinzemoos der 3. Oktober 1910 in den Akten; für Sigmertshausen und Schönbrunn finden sich in den noch erhaltenen Unterlagen keine offiziellen Elektrifizierungstermine. Die Unterschriften unter die Konzessionsverträge leisteten die Bürgermeister am 19. September 1910 bzw. am 25. Juni 1937. **□**

Bilanzpressekonferenz der Lechwerke AG (LEW):

Stabilisierende Impulse für die Region

„Wir haben alles daran gesetzt, die Risiken im Griff zu behalten und gleichzeitig die sich bietenden Chancen zu nutzen“, fasste der kaufmännische LEW-Vorstand Dr. Markus Litpher das vergangene Geschäftsjahr der LEW zusammen. Die Tochter des Essener Energieriesen RWE steigerte ihren Umsatz 2009 um 26 Prozent auf 1,47 Millionen Euro. Der Grund hierfür liegt unter anderem in der erfolgreichen Neugewinnung von Geschäfts- und Industriekunden sowie eine damit einhergehende Steigerung des Stromabsatzes in diesem Kundensegment.

Auch im Geschäft mit anderen Energieversorgungsunternehmen konnte LEW den Absatz steigern. Insgesamt erhöhte sich der Stromabsatz von 8,2 Terawattstunden (TWh) auf 10,5 TWh. Die Ausweitung des Geschäfts führte bei LEW auch zu steigenden Mitarbeiterzahlen. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 3 Prozent auf 1.704 Vollzeitstellen.

Das betriebliche Ergebnis erhöhte sich im Vergleich zum Umsatz um nur fünf Prozent. Das Nettoergebnis ist allerdings unter anderem wegen höherer Ertragssteuern auf 86 Millionen Euro gesunken. Damit liegt es um rund acht Millionen Euro unter dem Vorjahresergebnis. Das Finanzergebnis der RWE-Tochter entwickelte sich 2009 aufgrund von Wertpapierverkäufen positiv.

Erfolgreicher Einstieg ins Gasgeschäft

Mit zum Anstieg der Umsatzerlöse beigetragen haben die Ausweitung der Aktivitäten im Gasgeschäft und der erfolgreiche Einstieg in den Gasverkauf an Privatkunden. So konnten die Lechwerke den Gasabsatz auf 398 Millionen Kilowattstunden (kWh) gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppeln. „Seit zwei Jahren sind wir hier ein ernst zu nehmender Konkurrent im Geschäftskundenbereich und seit 2009 auch im Privatkundensegment. Wir stellen fest, dass vor allem Kunden, die uns im Strombezug vertrauen, auch für unser Gasangebot Interesse zeigen“, freute sich der technische LEW-Vorstand Paul Waning. Allerdings trägt die Sparte nach wie vor nur einen sehr geringen Anteil zum Gesamtergebnis bei.

Höhere Dividende aufgrund positivem Finanzergebnis

Das für die Dividendenzahlung ausschlaggebende handelsrechtliche Ergebnis stieg aufgrund von geringerer Risikovorsorge und der positiven Entwicklung der Finanzanlagen durch Wertpapierverkäufe um 21 auf rund 64 Millionen Euro. Die Aktionäre dürfen sich deshalb auf eine höhere Dividende freuen. Sie soll um 30 Cent auf 1,80 Euro pro Aktie steigen.

Schwieriges Geschäftsjahr auch in 2010

Im Energiesektor steigt der Marktdruck durch die wachsende Anbieterzahl. Waning zeigte sich mit der Kundenbilanz dennoch zufrieden: „Trotz des massiven Wettbewerbs haben wir im Segment der Privat- und Gewerkekunden nur rund 0,8 Prozent der Gesamtkundenzahl im Saldo verloren. Das gesamte Geschäftsjahr 2009 sei für die LEW-Gruppe durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. „Die Nachfrage unserer Kunden hat noch nicht das Niveau vor der Krise erreicht. Daher rechne ich damit, dass 2010 für uns noch einmal ein schwieriges und anspruchsvolles Jahr im Vertrieb wird.“

Netzinfrastuktur bleibt Kerngeschäft

2009 investierte die LEW-

Gruppe die Rekordsumme von 66 Millionen Euro. Mehr als drei Viertel der Investitionen flossen in den Ausbau und die Erneuerung des Stromnetzes. Dazu gehören unter anderem Neubauten und Erneuerungen von Umspannwerken, Neuanschlüsse von Häusern und Gewerbegebäuden sowie der Netzanschluss dezentraler Einspeiseanlagen. „Das Netz ist und bleibt unser Kerngeschäft. Wir werden unser Stromnetz aufgrund des massiven Zubaus z. B. der Fotovoltaik verstärken. Dazu sind weitere erhebliche Investitionen erforderlich“, so Dr. Litpher.

Investitionen in die Region

„Unsere Investitionen haben wie in den vergangenen Jahren einen positiven regionalen Effekt“, fuhr Litpher fort. Für rund 52 Millionen Euro seien Aufträge an die heimische Wirtschaft gegangen. Insgesamt fließt mehr als jeder dritte Euro des Umsatzes kaufkraftwirksam in die Region zurück, sichert Arbeitsplätze und trägt auch zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben bei. Die Lechwerke werden die Netzinfrastruktur der Region auch in den kommenden Jahren ausbauen und mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologie modernisieren.

Telnet wichtiger Bestandteil der Unternehmensaktivitäten

Im Bereich der Telekommunikation treiben die Lechwerke über ihr Tochterunternehmen LEW TelNet den Ausbau der Glasfaserverkabelung voran. So kommen schnelle DSL-Verbindungen auch in die ländlichen Gebiete und ermöglichen Haushalten, Industrie und Gewerbe den schnellen Datentransfer. „LEW steigert damit die Attraktivität der Region. Außerdem sichern wir hier Arbeitsplätze und Beschäftigung, weil wir den größten Teil der Aufträge an Firmen in der Region vergeben“, so Dr. Litpher.

Erfolgreiche Fortsetzung des Energieeffizienz-Programms

2009 hat das Unternehmen das zwei Jahre zuvor gestartete Energieeffizienzprogramm erfolgreich fortgesetzt. „Der sorgsame und verantwortungsvolle Umgang mit Energie ist uns als Energieversorger ein wesentliches Anliegen. Wir bieten unseren Kunden umfangreiche Beratung zum Energiesparen und stellen über das Internetportal www.energie-welt.de zahlreiche Informationen zur Verfügung“, erläuterte Paul Waning das Engagement.

CO2-neutrale Fußballarena

Ein Beispiel für Energieeffizienz ist die energetische Versorgung der neuen Fußballarena des FC Augsburg. Durch das LEW-Konzept gelang es, die Arena zum ersten CO2-neutralen Fußballstadion dieser Größenordnung zu machen. „Unsere Ideen für Energieeffizienz umfassen große und kleine Projekte vom Stadionneubau über den Einbau energieeffizienter Straßenbeleuchtung bis zur Erstellung von

Energieausweisen. Dies ist für uns vielfach der Einstieg in das Geschäft mit Energiedienstleistungen, das wir weiter ausbauen werden“, so Waning weiter.

Verbesserung der Energieeffizienz hat Priorität

„Der heutige Schlüssel zu Klimaschutz und bewusstem Umgang mit Energie liegt in der Verbesserung der Energieeffizienz“, hob Paul Waning hervor und verwies beispielsweise auf das Thema Elektromobilität. „Es ist ein wenig visionär, was da aktuell diskutiert wird. Wichtigstes Thema ist und bleibt die ungelöste

Frage größerer Stromspeicher.“ Er prognostizierte, dass entweder kleine, leichter zu entwickelnde und damit billige Fahrzeuge auf den Markt kommen oder dass die kleinen und mittleren Fahrzeuge an den Entwicklungen der Oberklasse partizipieren. Die heutigen Prototypen könnten zwar noch nicht mit den Marktpreisen herkömmlicher Fahrzeuge konkurrieren, in ein bis zwei Jahren dürfte sich das aber voraussichtlich ändern. Ein weiteres Thema sind die erfolgreichen Förderprogramme der LEW zur Energieeinsparung bei der Straßenbeleuchtung. Im Bereich der Straßenbeleuchtung waren die Lechwerke mit ihrem Förderprogramm erfolgreich.

Moderne Beleuchtung

200 Gemeinden haben sich bei heute an der Umrüstung auf moderne energieeffiziente Beleuchtung beteiligt. Über 26.000 Leucht-

stellen wurden umgerüstet und energiesparende Lampen eingebaut. Damit konnten 6,7 Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr eingespart und 4216 Tonnen CO2 vermieden werden. Außerdem ist der Energieversorger eines der ersten Unternehmen, die mit einer LED-Straßenbeleuchtung Erfahrung sammeln. In Kissing bei Augsburg wird beispielsweise ein ganzes Baugebiet mit dieser modernen Technik ausgerüstet.

Visualisierung des Energieverbrauchs

Waning stellte den „Smart Meter“ vor, der Kunden eine effizientere Energienutzung ermöglicht. Dieser Zähler, bisher nur Prototyp, soll die Sensibilität des Verbrauchers für die Möglichkeiten des Energiesparens schärfen, indem er den aktuellen Stromverbrauch zu jeder Zeit visualisiert.

Daniel Speinle

Unverzichtbare Stromspeicher

Wirtschaftsminister Martin Zeil begrüßt, dass das Gemeinschaftsunternehmen Donaukraftwerk Jochenstein AG konkrete Planungen für den Bau eines Pumpspeicherwerks nahe Passau aufnehmen will. „Wenn wir für unsere Stromversorgung verstärkt auf erneuerbare Energien setzen, brauchen wir dringend Investitionen in große Stromspeicher. Wind- und Sonnenstrom werden dann erzeugt, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Damit Haushalten und Betrieben Strom zur Verfügung gestellt werden kann, wenn sie ihn brauchen, muss er gespeichert werden“, so Zeil. Nach heutigem Stand der Technik seien Pumpspeicher die effizienteste Lösung zur Speicherung großer Strommengen. □

Neu!

Die 6 Natur-Wunder, die die Gesundheit der Prostata unterstützt

Telefonisch geht's am bequemsten!

0800 - 1 827 298 gebührenfrei

ANZEIGE



Müssen Sie immer wieder ... und immer wieder ... und wieder? Endlich wieder unbeschwert pinkeln

Nur 11 Tage gültig! Zum 50. Katalog fast geschenkt!



Jeder 2. Mann über 45 und praktisch jeder Achtziger hat Prostata-Probleme. Wehren Sie sich dagegen: Vergessen Sie die Sorgen mit einer geschwollenen Prostata. Schlafen Sie nachts wieder durch und wachen Sie lieber gut gelaunt auf! Doch die meisten Männer hoffen, dass das Raubtier von selbst verschwindet.

Testosteron ist das Hormon, das Männer macht

Nur freies Testosteron ist das aktive Hormon, das Männer macht.

Je älter Sie werden, desto mehr gerät das Enzym Aromatase außer Kontrolle. Wandelt dann Ihr männliches Testosteron in weibliches Östrogen um. Weibliche Brüste wachsen.

Die Apotheke von Mutter Natur weiß das Rezept

Nutzen Sie diese 6 Natur-Wunder
Natur-Wunder Nr. 1: Das rote Wunder Lycopin! Je älter Sie werden, desto mehr Lycopin fehlt Ihrem Körper.

Natur-Wunder Nr. 2: Phytosterole mit natürlichen Sterolen der Palmfrüchte.

Natur-Wunder Nr. 3: MUP Pollen-Extrakt das Supernahrungsmittel entspannt den Harntrakt und sorgt so für bequemes Wasserlassen.

Natur-Wunder Nr. 4: Im Darm wandeln Bakterien die Lignane in Aromatase-Hemmer um. Die Umwandlung von Testosteron in Östrogen wird blockiert.

Natur-Wunder Nr. 5: Luteolin stoppt Entzündungen, die Schwellungen fördern. Unbemerkte Entzündungen sind ganz normale Vorgänge auch in einem gesunden Körper, gehören aber zum Altern.

Natur-Wunder Nr. 6: Myricetin übernimmt die Aufgaben von Quercetin, dass vom Körper wenig aufgenommen wird. Eine Humanstudie aus Finnland beweist, dass Myricetin die Prostata gesund hält.

Eine gesunde Prostata heißt mehr Lebens-Qualität!

- unbeschwert pinkeln statt lästiges „Harnstottern“
- männliche Muskulatur statt Schmerbauch
- Liebes-Lust statt Liebes-Frust

Blieben Sie Mann!



Sagen Sie Ja! Zu neuer Lebens-Qualität ohne geschwollene

Prostata erleben. Machen Sie es anders als 90 % der Männer, die denken: „Das kann mir nicht passieren!“

Leser-Tipp!

EXTRA 4 Monatspackungen GRATIS geschenkt

Prosta-Kraft Pro, sonst € 39,70, erhalten Sie jetzt direkt ab Entwickler und Hersteller für nur € 29,70! Sie lesen richtig! Im Jubiläums-Jahr „50. Katalog“ gibt es zusätzlich kurze Zeit vier (4!) Monatspackungen GRATIS geschenkt, wenn Sie innerhalb von 10 Tagen 3+3 gratis bestellen!

Sichern Sie sich jetzt sofort eines der besten Mittel der Welt für nur 42 Cent pro Tag!

Nur solange Vorrat reicht.

12-Monats-Garantie!

100 % zufrieden oder Geld zurück! Probieren geht über Studieren! Überzeugen Sie sich persönlich. Einzigartige Garantie von Dr. Hittich. „Oder tauscht Ihre Apotheke Ihre Medizin noch nach 12 Monaten um?“



Lieber Leser!

„Ich bin von meinem Natur-Mittel 100 % überzeugt und nehme es selbst täglich. Auch Sie werden begeistert sein. Bei mir gibt es kein „Kleingedrucktes“. Zu diesem Angebot können Sie nur „Ja!“ sagen.“

Herzlichst

Dr. Reinhard Hittich

0800 - 1 827 298 gebührenfrei!

Ohne peinliche Apothekenbesuche!

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken!

GRATIS Kennenlern-GUTSCHEIN

Ja! Schicken Sie mir sofort die Menge meiner Wahl mit Ihrer 12-Monats-Garantie frei Haus:

Meine Wahl	Ersparnis	Mein Preis
Prosta-Kraft Pro 30 Kapseln = 1 Monat statt € 39,70 nur € 29,70		
3+3 3 Monate + 3 GRATIS	Nur 42 Cent pro Tag!	€ 89,10 € 89,10
2+1 2 Monate + 1 GRATIS		€ 29,70 € 59,40
1 1 Monat		€ 10,00 € 29,70

Wenn ich innerhalb von 10 Tagen bestelle, erhalte ich zusätzlich 1 Packung GRATIS!

Frau Herr Kein Vertreterbesuch!

Name

Vorname

Str. Nr.

PLZ, Ort

Dr. Hittich Gesundheits-Mittel, Postfach 500 462, 52088 Aachen

Telefon 0800 - 1 827 298 (gebührenfrei)

GRATIS Fax 0800 - 310 32 36

www.DrHittich.de

Aktions-Nr. N05A0798-2



Intersolar Europe in München:

Perspektiven der Solarwärme

Knapp 40 Prozent der gesamten Endenergie werden in Europa in Gebäuden verbraucht. Die Solarthermie, also die Umwandlung der Sonnenenergie in Wärme, wird künftig eine Schlüsselrolle bei der Deckung des Energiebedarfs von Gebäuden spielen, denn Solarwärme kann dort sowohl zur Warmwasserbereitung und Raumheizung als auch zur Kühlung genutzt werden. Die Potentiale und Perspektiven des internationalen Solarthermiemarktes sind wichtige Schwerpunkte der Intersolar Europe, der weltweit größten Fachmesse der Solarwirtschaft, die vom 9. bis zum 11. Juni auf der Neuen Messe München stattfindet. Auf 130.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche werden mehr als 60.000 Besucher und über 1.500 Aussteller in zwölf Hallen erwartet.

Durch energiepolitische Vorgaben der EU sowie schärfere Umweltschutzanforderungen gewinnt energieeffizientes und solares Bauen und Sanieren zunehmend an Bedeutung. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien in

Europa auf 20 Prozent steigen. Nach Einschätzung der European Solar Thermal Industry Federation (ESTIF) wird die Solarthermie 12 Prozent des angezielten Wachstums abdecken.

Nach den neuen Plänen der EU-Kommission sollen bis zum

31. Dezember 2020 alle Neubauten als „Fast-Nullenergiegebäude“ („nearly zero energy buildings“) gebaut werden. Die energieeffiziente Sanierung des Baubestands soll von allen Mitgliedstaaten angestrebt werden. Öffentliche Gebäude sollen dabei eine exemplarische Rolle spielen. Um den Anteil der erneuerbaren Energie in Europa gemäß den Vorgaben der Europäischen Union zu steigern, ist neben dem Bau von Niedrigenergiehäusern die solare Sanierung bestehender Gebäude notwendig. Dies bedeutet, dass bis 2020 ein Großteil der veralteten Heizungsanlagen in Europa durch neue Systeme ersetzt werden müssen, die Energieeffizienz einerseits und die Nutzung erneuerbarer Energien andererseits optimal verbinden.

Kosten reduzieren

Voraussetzung für das Wachstum ist aber, dass die verbreitete Investitionszurückhaltung überwunden und jetzt in Solarthermie investiert wird. Zusätzlich ist es notwendig, die Technologien zur Nutzung der Solarwärme laufend weiterzuentwickeln. Große Entwicklungspotentiale sehen Forscher und Hersteller vor allem bei der solaren Beheizung von Gebäuden, der Erzeugung von Prozesswärme für gewerbliche Anwendungen und in der solaren Kühlung. Außerdem sollen die Anlagenkosten zukünftig deutlich reduziert werden.

Intensive Erforschung

Auch eine bessere Integration in die Gebäudehülle und die Entwicklung neuer Technologien für Solarkollektoren stehen im Fokus der Branche. Kollektortypen mit bislang untergeordneter Bedeutung, aber viel versprechenden Perspektiven sollen verstärkt weiterentwickelt werden, wie z. B. Luftkollektoren. Auch Prozesswärmekollektoren, die Wasser auf bis zu 250 Grad Celsius aufheizen können, werden intensiv erforscht und weiter für den Markt erschlossen.

Bislang können von heizungsunterstützten Solarwärmeanlagen etwa 20 bis 30 Prozent des Wärmebedarfs eines Gebäudes mit relativ geringem Aufwand solar gedeckt werden. Deutlich höhere solare Deckungsanteile können dann einfach erreicht werden, wenn effektivere Wärmespeicher zur Verfügung stehen. Die Entwickler der techno-

logischen und sozial verträglichen Betrieb der Biogasanlagen. Der Fachverband Biogas unterstützt diese Forderungen nach einem naturverträglichen Anbau von Energiepflanzen in vielen Punkten und geht mit seiner neu gestarteten Image-Kampagne auf potenzielle Bedenken seitens der Bevölkerung und der Anwohner ein. Die Nutzung von Biogas ist sowohl für das Weltklima als auch für eine sichere dezentrale Energieversorgung unverzichtbar.

Das Messeangebot auf der größten reinen Biogas-Fachmesse Europas war umfassend wie nie zuvor. Die 285 Aussteller setzten sich schwerpunktmäßig aus Herstellern und Anbietern von Anlagenkomponenten sowie Planern und Herstellern von Biogasanlagen zusammen. Darüber hinaus waren Unternehmen zu den Fachangeboten nachwachsende Rohstoffe, Dienstleistung und Informationen vertreten.

PS: Die 20. Jahrestagung des Fachverband Biogas e.V. mit Biogas-Fachmesse findet vom 11. bis 13. Januar 2011 turnusgemäß in Nürnberg statt. **DK**



Automation und Robotik auch in der Fertigung von Solarzellen. □

Biogas Jahrestagung 2010 in Leipzig:

Branche spürt deutlichen Aufwind

Erfolgreiche Premiere für Parallelveranstaltung „Biogas für Kommunen“

Mit über 3.600 Fachbesuchern und Tagungsteilnehmern strömten mehr Besucher als je zuvor zur 19. Jahrestagung des Fachverband Biogas e.V. mit Biogas-Fachmesse. Das Messegelände in Leipzig bildete das zentrale Forum der europäischen Biogas-Branche. Tagung und Fachmesse boten Besuchern ein breites Spektrum, um sich über die politische, technische und wirtschaftliche Zukunft der Biogas-Branche zu informieren und auszutauschen.

„Für das Jahr 2010 rechnen wir mit einem Zubau von 600 bis 800 Biogasanlagen und mindestens 1.000 neuen Arbeitsplätzen, vor allem in den strukturschwachen ländlichen Räumen. Bis zum Jahr 2020 können mit einem sicheren Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem von uns geforderten Erneuerbare-Gas-Einspeisegesetz (EGE) rund 10.000 weitere Arbeitsplätze hinzukommen“, erläuterte Josef Pellmeyer, Präsident des Fachverband Biogas e.V.

Vorbildliche Praxisbeispiele

Neben der Jahrestagung und der Fachmesse war die Parallelveranstaltung „Biogas für Kommunen“, die im vergangenen Jahr ihre erfolgreiche Premiere feierte, auch 2010 ein Highlight für Vertreter der Städte und Gemeinden. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die wichtigsten Eckpunkte bei der Realisierung erneuerbarer Energieprojekte thematisiert. Nach einem ersten eher rechtlich und organisatorisch geprägten Teil ging es in der zweiten Hälfte der Veranstaltung um vorbildliche Beispiele aus der Praxis. Dazu zählten die Gemeinde Merkenhof, die Klimaschutzkommune 2009 Wildpoldsried sowie die Bioenergiedörfer im Göttinger Land.

Die Leitveranstaltung der deutschen Biogas-Branche bot an drei Tagen in zahlreichen

Fachvorträgen und Workshops umfassende Informationen über aktuelle Themen rund um die energetische Nutzung von Biogas. Die Themenblöcke der Plenarvorträge reichten von der Technik der Biogasanlagen über das novellierte EEG bis hin zu Trends im Anlagenmanagement. Als Schwerpunkt der 19. Jahrestagung fand sich die Gas-einspeisung in vielen Vortragsteilen wieder.

Auch die Workshopthemen waren breit gefächert: von „Rechtsvorgaben bei der Gärproduktverwertung“ bis hin zu „Erfolgsfaktor Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“. Mit über 80 Teilnehmern war der Workshop „Vermeidung von Schäden und Planungsfehlern bei Biogasanlagen“ der meistbesuchte. Einen Höhepunkt der Jahrestagung bildete die Podiumsdiskussion am zweiten Veranstaltungstag. Vertreter der fünf Bundestagsfraktionen erörterten mit Experten die Chancen und Probleme mit der Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz.

Image-Kampagne

Die Diskussionen am Rande der Vorträge drehten sich vor allem um die Gaseinspeisung, den effizienten und nachhaltigen Energiepflanzenanbau sowie technische Verbesserungen im Anlagenbau. Mit dem Wachstum der Branche wächst auch die Forderung nach einem öko-

logisch führenden Forschungsinstitute und Unternehmen innerhalb der Branche verfolgen deshalb das Ziel, eine neue Generation hocheffizienter Wärmespeicher zu entwickeln. Durch den Einsatz leistungsfähiger und effizienter thermischer Solaranlagen wird es möglich sein den Wärme- und Kältebedarf von „Solar-Aktiven-Gebäuden“ vollständig durch Solarenergie zu decken.

Im Rahmen der Messe findet vom 7. bis zum 11. Juni 2010 die Intersolar Europe Conference statt. Für Entscheider, Hersteller, Planer, Zulieferer und Händler aus der Solarthermiebranche setzen Messe und Konferenz wichtige Impulse und dienen als internationale Informations- und Kommunikationsplattform.

Themenblöcke

Die Intersolar Europe Conference ist in drei Themenblöcke gegliedert. Neben Photovoltaik und Solarthermie wird 2010 auch das Thema Concentrating Solar Thermal beleuchtet. Der neue Themenschwerpunkt konzentriert sich auf die industrielle Nutzung von Prozesswärme aus konzentriertem Sonnenlicht, wie beispielsweise in Solarthermischen Kraftwerken.

Das umfangreiche Programm informiert die Teilnehmer über die aktuellsten Trends und Entwicklungen der Solarwirtschaft – von den neuesten Technologien über die internationalen Märkte bis hin zu Finanzierungsfragen und internationalen politischen Rahmenbedingungen. Ein zusätzlicher Schwerpunkt widmet sich der Fertigung von Photovoltaik-Modulen und -Zellen. Die Konferenz beleuchtet die weltweiten Rohstoffmärkte der Branche und ihre Zwischenprodukte ebenso wie die Themen Anlagenbau und Fertigungstechnik. Damit bildet die Konferenz inhaltlich die gesamte Wertschöpfungskette der Solartechnik ab. **DK**

Elektroautos:

Deutschland verschläft Entwicklung

Die Bemühungen deutscher Automobilhersteller um energiesparende und umweltfreundliche Antriebe gehen dem Allgemeinen Deutschen Automobil-Club längst nicht weit genug. Obwohl bereits Mercedes die S-Klasse als Hybrid-Variante vorgestellt und Volkswagen sogar Luxus-Geländewagen mit dem kombinierten Antriebsystem realisiert hat, müsse der Rückstand zur Konkurrenz aufgeholt werden, meint ADAC-Präsident Peter Meyer. Insider Ferdinand Dudenhöffer weist gegenüber pressetext mehrmals auf Infrastrukturfizite hin.

Deutsche Hybride nur „Feigenblätter“

Gegenüber dem Berliner Tagesspiegel bezeichnet Meyer die Hybridmodelle beider deutscher Marktplayer lediglich als „Feigenblätter“. Dem Fachmann nach hätte der Massenmarkt nichts davon. Außerdem hätten die Hersteller die Entwicklung „verschlafen“. „Die Deutschen bauen die Hybridtechnik nur in teure Autos ein, da der Preisaufschlag deren Käufer kaum schmerzt“, sagt Meyer. In kompakten, ohnehin bereits spritsparenden Kleinwagen wie einem Opel Corsa oder einem VW Polo sei man entwicklungsbezogen noch nicht weit und noch immer zu teuer. □



Otmar Zisler und Max Binder ermitteln am Modell Energie-sparpotenziale eines Einfamilienhauses. Bild: osr

„Energiesparfüchse“ werden immer mehr

E.ON Bayern Vertrieb startet Energiespar-Tour zu 200 Stationen im Freistaat

Regensburg. (osr) „Durch unübersehbare Klimaveränderungen, Umweltstudien und die damit verbundenen öffentlichen Diskussionen spüren wir seit einiger Zeit ein deutlich wachsendes Interesse am Energiesparen. Die Menschen haben verstanden, dass ihr Verhalten Einfluss auf die Entwicklung unserer Umwelt und unseres Klimas hat.“ Mit dieser Aussage gaben die beiden Geschäftsführer von E.ON Bayern Vertrieb, Max Binder und Otmar Zisler, den Startschuss für die Energiespartour 2010, auf der bei 200 Terminen im Freistaat bis zu 200.000 Menschen zum sparsamen Umgang mit Energie bewegt werden sollen.

Ein Schlüssel zur Lösung drängender Umweltprobleme liege im effizienten Umgang mit Energie. „Dazu müssen alle ihren Beitrag leisten“, begründete Max Binder das Engagement der E.ON Bayern Vertrieb. Die Energiespar-Potenziale sind laut Binder gewaltig. Ein Großteil dieser Potenziale liege in der Verhaltensweise der Menschen. „Um diese zu ändern, bedarf es intensiver Beratung. Dem dient auch unsere Energiespartour“, so Binder. Das Unternehmen setzt vier modern ausgestattete Energiemobile ein – immer mit an Bord sind qualifizierte Energiefachberater.

Abläufe optimieren

Den Industrie- und Gewerbetunden stehe E.ON Bayern Vertrieb nicht nur bei der Beschaffung ihrer Energie zur Seite, sondern trage mit seinem Know-how dazu bei, deren innerbetriebliche Abläufe im Hinblick auf den Energiebedarf zu optimieren. Binder wörtlich: „Wenn man alle Sparmöglichkeiten ausreizt, schlummern in einzelnen Industriebetrieben Einsparpotenziale von bis zu 30 Prozent.“ Ein „leuchtendes Projekt“ in dieser Hinsicht sei die Münchner Allianz Arena. Ein Effizienzgutachten hat bei diesem neuen Stadion ein Sparpotenzial von einer Million Kilowattstunden im Jahr zu Tage gefördert.

„Die Erfolge im letzten Jahr machen uns Mut, die Tour in diesem

E.ON Bayern:

BayernLB finanziert neue Firmenzentrale in Regensburg

Die BayernLB finanziert den Bau des neuen Verwaltungsgebäudes für E.ON Bayern in Regensburg mit einem Darlehen von rund 40 Mio. Euro. Sie begleitet dabei einen von der Real I.S. AG aufgelegten geschlossenen Immobilienfonds. Die Real I.S., ein Tochterunternehmen der BayernLB, teilt sich darüber hinaus gemeinsam mit der Fay Projects GmbH aus Frankfurt am Main die Rolle des Generalübernehmers.

Das Objekt mit Büro- und Nutzflächen von rund 28.000 m² wurde von der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen mit dem Vorzertifikat in Gold ausgezeichnet und ist damit in Ostbayern das erste Objekt mit diesem Gütesiegel. Der Bereich Immobilien der BayernLB sieht das neue Markt-

Jahr fortzusetzen“, sagte Otmar Zisler, der für Privat- und Geschäftskunden zuständig ist. Erreichen wolle man insbesondere auch Kinder und Jugendliche mit eigens entwickelten Lernkonzepten. Wie eine Studie ergeben hat, verursachen sie im Durchschnitt 157 Euro Stromkosten pro Jahr. „Wir müssen die kommenden Generationen früh für den effizienten Umgang mit Energie sensibilisieren.“

Neben der gesellschaftlichen Relevanz spielt beim Energiesparen auch die Kundenbindung eine wichtige Rolle. „In allen Segmenten erwarten die Kunden heute eine fundierte Beratung“, betonten die Geschäftsführer. Energiesparen sei ein erfolgreicher Weg, um Kosten zu senken, den E.ON Bayern Vertrieb zusätzlich mit speziellen neuen Tarifen begleitet.

Interaktive Stationen

Im Energiemobil kann man schwarz auf weiß ablesen, wie ein durchschnittlicher Haushalt bis zu 150 Euro im Jahr sparen kann. Professionelle Energieberater stehen mit Rat und nützlichen Tipps bereit. An interaktiven Stationen können Besucher interessante Einblicke in die facettenreichen Einsparpotenziale im Haushalt gewinnen und zum Abschluss erhalten sie kostenlose Informationspakete.

Orte und Termine der Energiespar-Tour unter www.eon-energiesparen.de □

Klimaschutzaktion „Schwaben sparen CO2“:

Lechwerke ziehen erfolgreiche Bilanz

In neun Tagen 21.000 Glühlampen gegen effiziente Energiesparlampen getauscht

Die Lechwerke (LEW) haben bei einem Pressetermin in Königsbrunn Bilanz zu ihrer Klimaschutzkampagne gezogen. Umweltstaatssekretärin Melanie Huml stellte zusammen mit LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning den aktuellen Stand der Tauschaktion mit dem Namen „Schwaben sparen CO2“ vor. Bei dem Termin am Königsbrunner Rathausplatz war auch der Erste Bürgermeister von Königsbrunn, Ludwig Fröhlich, anwesend. Die Kampagne wird in Kooperation mit der Firma OSRAM durchgeführt.

„Wir waren schon beim Start der Aktion davon überzeugt, dass die Schwaben mit gutem Beispiel vorweg gehen. Dass sich in so kurzer Zeit so viele Bürger der Region bei dem Lampentausch beteiligt haben, freut mich sehr. Die Aktion ist ein voller Erfolg und zeigt, dass die Menschen CO2 sparen möchten“, erklärte LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning.

Umweltstaatssekretärin Melanie Huml: „Bis zum Jahr 2020 wollen wir in Bayern den jährlichen CO2-Ausstoß auf deutlich unter 6 Tonnen pro Person senken, bis 2030 auf unter 5 Ton-

nen. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn alle mitmachen. Dieses regionale Umweltprojekt leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und motiviert die Menschen zum sorgsamsten Umgang mit Energie.“ Alle 21.000 Lampen waren ausgegeben worden. Die Aktion hat das Ziel zur Einsparung von 10 Millionen Kilogramm CO2 bereits nach neun „Tauschtagen“ erreicht.

Wetteinsatz eingelöst

Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Kampagne hatte LEW-Vorstandsmitglied Wa-

ning eine Wette formuliert. Wenn es gelingen würde, innerhalb der nächsten Wochen durch den Austausch alter Glühlampen 10 Millionen Kilogramm CO2 einzusparen, so würden die Lechwerke weitere 21.000 Lampen zu den selben Bedingungen in die Tauschaktion einbringen. Waning hat den Wetteinsatz nunmehr eingelöst. Damit geht die LEW-Umweltaktion in die Verlängerung und gilt seit heute für weitere 21.000 Lampen. Sie läuft so lange, bis alle Energiesparlampen ausgegeben wurden.

Verlängerte Aktion

„Mit der Verlängerung der Aktion erhalten die Bewohner unserer Region weiter die Möglichkeit, Energie zu sparen, finanziell zu profitieren und dabei die Umwelt zu schonen“, so LEW-Vorstandsmitglied Paul

Waning zur Aufstockung des Volumens.

Bei der Verlängerungsaktion gibt es eine Änderung zu den Tauschorten. In den LEW-Kundenforen, wo bisher hauptsächlich getauscht werden konnte, bieten die Lechwerke ab sofort keinen Tausch mehr an. Dies deshalb, weil LEW die versprochenen Tauschmöglichkeiten in den Regionen noch einlösen möchten, in denen das Unternehmen nicht mit Kundenforen vertreten ist. Getauscht werden kann ab sofort nur noch bei den angekündigten Tauschmobilen. Die Details dazu gibt es über Anzeigen in regionalen Tageszeitungen, via Radiospots oder unter www.schwaben-sparen-co2.de.

An der Aktion kann jeder Bürger teilnehmen. Pro Haushalt können bis zu fünf Glühlampen getauscht werden. Der Teilnehmer tauscht gebrauchte Glühlampen gegen Energiesparlampen. Dabei ist lediglich eine Schutzgebühr von 1,- Euro pro Energiesparlampe zu zahlen. Je getauschter Energiesparlampe spart man ca. 10,- bis 12,- Euro gegenüber dem normalen Kaufpreis. Der Erlös aus der Schutzgebühr wird am Ende der Aktion für eine regionale und gemeinnützige Initiative gespendet.



Zogen eine erfolgreiche Bilanz zur LEW-Umweltaktion (v. l.): Umweltstaatssekretärin Melanie Huml, LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning und Ludwig Fröhlich, Erster Bürgermeister der Stadt Königsbrunn.



Cubus-Spiegelrasterleuchten von Regiolux mit elektronischen Vorschaltgeräten und Leuchtmitteln der EU-Effizienzklasse A sorgen in Kombination mit einer tageslichtabhängigen Beleuchtungssteuerung für optimales Licht und mindestens 60 Prozent weniger Stromverbrauch. Foto: Gemeinde Edelsfeld



Die neue Photovoltaik-Anlage wird am 20. März eingeweiht.

Evangelische Dankeskirche München-Milbertshofen:

Sauberer Strom vom Kirchendach

Die bayernweit größte Photovoltaik-Anlage auf einer kirchlichen Einrichtung steht in Milbertshofen. Die Anlage wurde Ende 2009 auf den Dächern der Evangelischen Dankeskirche und ihres Kindergartens installiert und liefert unter optimalen Bedingungen, also bei wolkenlosem Himmel und günstigster Sonneneinstrahlung, eine Leistung von 56 KWp Strom. Damit liegt das Projekt in Milbertshofen vor dem bisherigen Spitzenreiter, der Philippus-Kirche in Bamberg.

Der auf der Dankeskirche und dem Kindergartendach produzierte Strom wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist, mit den Stadtwerken München wurde ein entsprechender Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen. Der saubere Strom vom Kirchendach spart pro Jahr 47.000 Kilogramm des schädlichen Klimagases CO2 ein, auf die Laufzeit gerechnet also fast 1.000 Tonnen. Damit reduziert die Anlage die CO2-Fracht in gleichem Maß wie ein sechs Hektar großer Wald mit 2.400 hohen Fichten.

Die Anlage hat rund 170.000 Euro gekostet, die die Gemeinde

der Dankeskirche mit Hilfe eines Darlehens der Landeskirche aufbringen konnte. Dem Preis gegenüber stehen für die Gemeinde Einnahmen aus der Stromabgabe ans Netz, die nach der gesetzlich festgelegten Einspeisegebühr abgerechnet werden und sich im Jahr auf voraussichtlich 20.000 Euro belaufen.

Die neue Anlage wird am 20. März mit einem Festgottesdienst in der Dankeskirche, Keferloherstrasse 70, eingeweiht. Anschließend wird die Photovoltaik-Anlage einem interessierten Publikum genauer erläutert.

Kommunale Energiebeauftragte in Regensburg

Mehr als 200 kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich zu dem Jahreskongress der kommunalen Energiebeauftragten in Regensburg, der vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Zusammenarbeit mit der Stadt Regensburg, dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages, dem Deutschen Landkreistag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund organisiert wurde.

Da das größte Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz und damit zur Reduzierung von CO2-Emissionen im Gebäudebestand der Kommunen besteht, wurde das Thema „Energiemanagement im Gebäudebestand“ für den diesjährigen Fachkongress ausgewählt.

Energiebericht 2010 des Landkreises Rosenheim:

Erfolg erneuerbarer Energien

Wie der Energiebericht 2010 für den Landkreis Rosenheim ausweist, ist die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in der Region im vergangenen Jahr deutlich ausgebaut worden. Entscheidenden Anteil an dieser positiven Entwicklung hat der Ausbau der Photovoltaik-Anlagen.

Fast 52 Millionen Kilowattstunden Strom wurden 2009 durch die Nutzung der Sonnenenergie erzeugt, mehr als doppelt so viel wie noch 2008. In 44 der 46 Landkreisgemeinden wurde die Zahl der Photovoltaikanlagen ausgebaut. Spitzenreiter sind hier Kolbermoor und Nußdorf. Innerhalb eines Jahres konnte dort die mit Hilfe der Sonne erzeugte Strommenge vervierfacht werden.

Nutzung von Biomasse

Zuwachsraten weist der Energiebericht auch bei der Nutzung von Biomasse aus. Mittlerweile sind im Landkreis 85 Anlagen in Betrieb, 2008 waren es noch 53 Biogasanlagen. Einen Rückgang beim Stromertrag gab es im Unterschied dazu bei der Wasserkraft. Im Wesentlichen erklärt sich dieser durch die Baumaßnahme am „Brucker Wehr“ im Gemeindebereich von Bruckmühl.

Strom wird im Landkreis Rosenheim zudem durch Deponie- und Klärgase gewonnen und die einzige bekannte Windkraftanlage in Riedering steuerte knapp 3.900 Kilowattstunden zur Jahresbilanz bei. Insgesamt weist der Energiebericht einen Stromertrag aus erneuerbaren Energien von mehr als 267 Millionen Kilowattstunden aus. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Plus von mehr als 30 Millionen Kilowattstunden.

Gestiegener Anteil

Die vielfältigen Aktivitäten machen sich in der Energiebilanz bemerkbar. Nach Angaben des Rosenheimer Solarfördervereins stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Stromaufkommen von 2008 auf 2009 um 2,9 Prozent auf jetzt 23,5 Prozent an. Nicht berücksichtigt ist hier der von den Inn-Wasserkraftwerken erzeugte Strom.

Auch der Landkreis selbst leistet seinen Beitrag zum Erfolg

der erneuerbaren Energien. Die monatlichen Energieberatungstage für Bürger, Unternehmen und Kommunen werden sehr gut angenommen. Ein „Energiewegweiser“ wird erstellt und ein „Energiepreis des Landkreises“ ist in Planung. Das Landratsamt und alle weiteren Liegenschaften des Landkreises werden mit 100 Prozent Ökostrom beliefert und die Dächer der Umkleehalle und des Garagengebäudes der Landkreismüllabfuhr werden für eine Photovoltaikanlage zur Verfügung gestellt. Um Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren, unterstützt der Landkreis das 50:50 Energieeinsparprojekt an den Landkreisschulen.

Planungen

Künftig wird die Bedeutung des ökologisch erzeugten Stroms weiter zunehmen. Wie aus dem Energiebericht hervorgeht, soll neben weiteren Photovoltaik-Anlagen unter anderem ein Bürgerheizkraftwerk in Bad Endorf und ein Blockheizkraftwerk für das Klärwerk in Bruckmühl geplant oder verwirklicht werden. Ein halbes Dutzend Gemeinden überlegen eine kommunale Nahwärmeversorgung und mehr als zehn Gemeinden sowie der Landkreis nutzen das Konjunkturpaket II der Bundesregierung, um Kindergärten, Schulen oder Sporthallen energetisch zu sanieren.

Passivhäuser

Der Landkreis genehmigte im vergangenen Jahr weitere 49 Erdwärmesondenanlagen und 45 Grundwasserwärmepumpen. Die Zahl der Anlagen im Bereich oberflächennaher Geothermie sowie Wärmepumpen stieg seit 2003 auf mehr als 720 an. Immer populärer werden auch die Passivhäuser. Nach Auskunft des Vereins Passivhauskreis Rosenheim verdoppelte sich ihre Zahl innerhalb eines Jahres von 30 auf 60.

Energieeffiziente Beleuchtung für Grundschule in Edelsfeld

Die Sebastian-Kneipp-Grundschule der Gemeinde Edelsfeld im Oberpfälzer Landkreis Amberg-Weizsach erhielt im Zuge umfassender Sanierungsmaßnahmen eine komplett neue Innenbeleuchtung. Bürgermeister Hans-Jürgen Strehl ist begeistert: „Die moderne Beleuchtung bedeutet für unsere Schüler nicht nur optimierte Lernbedingungen, sondern wir sparen dadurch sogar mindestens 60 Prozent der damit verbundenen Stromkosten“.

Diese bei der Vorplanung errechnete hohe Einsparung durch eine energieeffiziente Beleuchtung brachte ihn auf die Idee, Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms für Kommunen und andere Einrichtungen des Umweltministeriums zu beantragen. Mit Erfolg: Die 25 Prozent Förderzuschuss konnte die Gemeinde natürlich gut gebrauchen.

Individuelles Konzept

In Zusammenarbeit mit Elektro Bär aus Edelsfeld hatte Bernhard Jilke, Projektberater „Energieoptimierte Lichtsysteme“ bei Regiolux, ein auf die Schule abgestimmtes Beleuchtungskonzept erarbeitet. Der Leuchtenhersteller mit besonderer Kompetenz in Sachen Energieoptimierung und in der bedarfsgerechten Beleuchtung von Schulen verfügt über ein breites Spektrum an Leuchten, die sich speziell für die Anforderungen in Schulen eignen. Denn mindestens ebenso wichtig wie die Energieoptimierung und damit Senkung der CO2-Emissionen sowie der Betriebskosten ist der erzielte ergonomische Aspekt. Die neue Beleuchtung bringt einen hohen Sehkomfort, das flimmer- und flackerfreie Licht verbessert das Konzentrationsvermögen und trägt zum Wohlbefinden der Schüler bei.

In der Edelsfelder Grundschule kamen hochwertige cubus-Spiegelrasterleuchten von Regiolux mit dimmbaren elektronischen Vorschaltgeräten und Leuchtmitteln der EU-Effizienzklasse A zum Einsatz. Benannt nach ihrer zurückhaltend kubischen Form, gibt es die Leuchte als Decken-, Pendel- und Einbauvariante. In allen Räumen wurde die direkt strahlende Deckenleuchte cubus RSADC (1/35W) verwendet, die

rundum entblendet und somit für Bildschirmarbeitsplätze nach DIN EN 12464-1 geeignet ist. Die Variante cubus RSADAC (1/54W) ist direkt asymmetrisch strahlend und wurde als separate Tafelbeleuchtung eingesetzt. Schließlich müssen Beleuchtungsstärken von 300 Lux in Unterrichtsräumen erreicht werden, im Tafelbereich sind es sogar mindestens 500 Lux. Zusätzlich sind alle Schulräume jetzt mit einer tageslichtabhängigen Beleuchtungssteuerung versehen. Es wird also nur so viel Licht erzeugt, wie tatsächlich auch benötigt wird.

Ausgewogene Lichtverteilung

Bei der Sanierungsmaßnahme mussten in einigen Klassenräumen die Lichtbänder versetzt werden, um eine möglichst ausgewogene Lichtverteilung zu erzielen. Zur umfassenden Beleuchtungsberatung durch Regiolux im Vorfeld gehörte auch, dass die einzelnen Maßnahmen aufgelistet wurden, die im Zuge der Sanierung durchzuführen waren. Diese Vorplanung ist gleichzeitig die Voraussetzung, damit ein Antrag auf Fördermittel gestellt werden kann. Basis für die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen ist die vom Bundesumweltministerium erlassene „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative“.

Die Richtlinie und das Merkblatt „Klimaschutztechnologien bei der Stromnutzung“ mit weiteren Informationen über den hier relevanten Förderbaustein bietet die Homepage der „Servicestelle Kommunaler Klimaschutz“ www.kommunaler-klimaschutz.de. Infos über Lichtkonzepte für Schulen gibt es unter www.regiolux.de.

Einsparpotenzial von 50 Prozent

Von Dipl.-Geogr. Martin Behrends, Bayern Facility Management GmbH (BayernFM)

Jedes Engagement in Bezug auf Energieeinsparung und den Ausbau der regenerativen Energien vor Ort ist eine Investition in die Wirtschaftskraft der eigenen Region und damit in die eigene Zukunft. Die aktuellen Ergebnisse von „RealisBench® 2009“ zeigen: Zahlreiche Kommunen gestalten diesen Optimierungsprozess bereits aktiv und erfolgreich.

Die bundesweit 175.000 kommunalen Immobilien können einen entscheidenden Beitrag zur Haushaltentlastung und gleichzeitig zum Klimaschutz leisten. So sind beispielsweise die Einsparpotenziale bei Schulen sehr hoch. Sie summieren sich – hochgerechnet für alle 37.000 Schulen bundesweit – bei den Stromkosten auf mindestens 250 Mio. Euro und bei der Heizenergie auf über eine Milliarde Euro pro Jahr. Dies zeigt, welche Potenziale vorhanden sind und welchen Stellhebel die Kommunen mit der Optimierung ihres Gebäudebestandes in der Hand halten.

Transparenz als erster Schritt

Doch bei welchen Gebäuden sollen die begrenzten eigenen Ressourcen eingesetzt werden? Welche Maßnahmen sind am wirtschaftlichsten, entlasten gleichzeitig das Klima und werden zudem gefördert? Antworten auf diese Fragen liefert das Projekt „RealisBench® für die öffentliche Hand“ der BayernFM, das von cgmunich GmbH und connect AG unterstützt wird. Ziel des Projektes ist es, Transparenz zu schaffen und die eigenen Stärken und Schwächen zu erkennen. Denn erst ein neutraler Vergleich mit anderen Kommunen liefert die Grundlage für eine sachgerechte und politisch durchsetzbare Entscheidung.

Seit 2004 hat RealisBench® bundesweit mehr als 350 Kommunen mit 3.550 Gebäuden dabei unterstützt, die Themen Gebäudemanagement, Immobilienkosten, Ressourcenverbrauch, Betreiberverantwortung und Flächenverbrauch zu analysieren und zu optimieren.

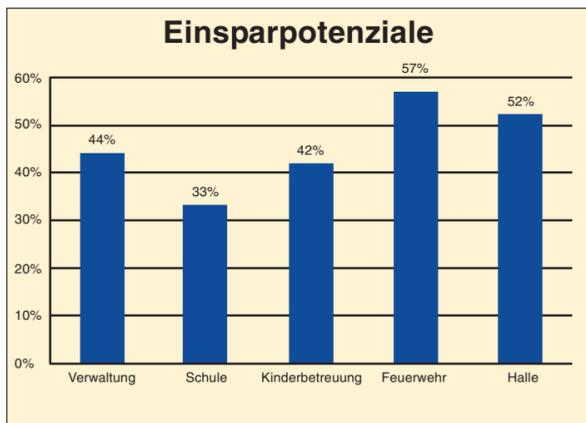
Potenziale aufgedeckt und gehoben

Die aktuellen Projektergebnisse zeigen, dass für die Immobilienkosten in Summe noch sehr hohe Potenziale von 33 bis 57 Prozent vorhanden sind.

Ein ähnliches Bild zeigt die Analyse des Heizenergieverbrauchs. Hier ist bei allen Nutzungsarten ein hohes Einsparpotenzial vorhanden. Verwaltungsgebäude verbrauchen beispielsweise 130 kWh und Schulen durchschnittlich über 100 kWh pro qm und Jahr. Einsparungen von bis zu 50 Prozent sind hier im Bestand durchaus realistisch. Eine Hebung dieser Potenziale

ist vor dem Hintergrund steigender Energiekosten vielerorts existenziell notwendig.

Die Potenziale zeigen aber nur die halbe Wahrheit. Seit 2004 haben die Teilnehmer ihre Immobilienkosten gleichzeitig im Durchschnitt um 12 Prozent gesenkt. Ebenfalls positiv sind die steigenden Instandhaltungskosten zu bewerten, die zeigen, dass



Durchschnittliche Einsparpotenziale bei den Nutzungskosten. (RealisBench® 2009)

Kompetenzzentrum Contracting nimmt Arbeit auf

dena berät Bund, Länder und Kommunen beim Energiesparen in Gebäuden

Um die großen Einsparpotenziale in den Liegenschaften der öffentlichen Hand zu erschließen, hat die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) im Auftrag des Bundesbauministeriums (BM-VBS) das Kompetenzzentrum Contracting für öffentliche Gebäude gegründet. Es bietet eine zentrale Plattform für Information, Beratung und Wissensaustausch rund um das innovative Energiesparmodell, bei dem ein privates Unternehmen für die Steigerung der Energieeffizienz der Gebäude sorgt.

Bundesminister Peter Ramsauer: „Mit dem neuen Kompetenzzentrum können Bund, Länder und Kommunen die CO₂-Emissionen ihrer Gebäude deutlich reduzieren und Energiekosten sparen. Dadurch wird die Haushaltskasse entlastet, das Klima geschützt und der Unternehmensstandort Deutschland gestärkt.“

Das Kompetenzzentrum steht Liegenschaftsbetreibern, Bauverwaltungen und Entscheidern aus Bund, Ländern und Kommunen bei allen Fragen zum Contracting zur Verfügung. Für die Liegenschaften des Bundes wird das Kompetenzzentrum auch konkrete Projekte betreuen. Für die potenziellen Anwender in Ländern und Kommunen wird ein bundesweites Experten- und Multiplika-

torennetzwerk aufgebaut. Regionale Akteure werden eingebunden und in ihrer Arbeit durch die Aktivitäten des Netzwerks unterstützt. Zentrale Ziele dieses Netzwerks sind die Weiterentwicklung der Contracting-Instrumente sowie der Wissens- und Erfahrungsaustausch.

„Die Gründung des Kompetenzzentrums ist ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden“, so der Vorsitzende der dena-Geschäftsführung Stephan Kohler. „In mehr als 30 erfolgreichen Projekten in Bundesgebäuden hat die dena gezeigt, dass durchschnittlich 38 Prozent der Energiekosten und 34 Prozent der CO₂-Emissionen eingespart werden können. Mit 300 Millionen Euro

jährlich sind die Einsparpotenziale durch Contracting in öffentlichen Liegenschaften sehr hoch.“

Durch Contracting können große Energie- und Kosteneinsparungen auch ohne zusätzliche Investitionen aus dem öffentlichen Haushalt erreicht werden: Ein privates Unternehmen plant, finanziert und realisiert Maßnahmen zur Verbesserung der Gebäudetechnik. Die beiden wichtigsten Modelle sind Energiespar- und Energieliefer-Contracting. Der Vorteil von Energiespar-Contracting besteht für den Besitzer in der Senkung des Energieverbrauchs und der Energiekosten für Wärme, Strom und Wasser in seinen Gebäuden. Das Energieliefer-Contracting eignet sich immer dann, wenn Energieversorgungsanlagen modernisiert oder im Rahmen von Umbaumaßnahmen neu aufgestellt werden müssen. Der Gebäudeeigentümer profitiert vom energieeffizienten Betrieb der technischen Anlagen und reduziert die CO₂-Emissionen seiner Gebäude. □

kommen. Die Folge ist ein erhöhtes Haftungsrisiko für die Verantwortlichen.

Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune

Wie sieht die Zukunftsvision aus? Im Spannungsfeld aus sinkenden Einnahmen, steigenden Kosten und ökologischen Herausforderungen ist der kommunale Immobilienbestand ein Schlüsselfaktor auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Eine konsequente Steuerung trägt zur Konsolidierung der Haushalte, zum Erhalt des öffentlichen Vermögens und gleichzeitig zum Klimaschutz bei. Immer mehr Kommunen und Regionen ergreifen diese Chance und verpflichten sich, ihren Energieverbrauch zu senken und den Energiebedarf aus heimischen Ressourcen zu decken – eine Investition in die eigene Region und damit in die eigene Zukunft.

Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen geht hier mit gutem Beispiel voran und verfolgt das Ziel, klimaneutral zu werden. Gemeinsam mit der BayernFM werden dazu in einem ersten Schritt aktuell sämtliche Schulen analysiert und ein Konzept zur energetischen Optimierung erarbeitet.

Zusätzliche Informationen: martin.behrends@bayernfm.de, Tel.: 089/442 33 3340. □



Bürgermeister Werner Hipelius (links) mit Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Rubach. □

Flutlichtanlage im Bamberger Fuchs-Park-Stadion:

Vertrag unterzeichnet

Schon in wenigen Monaten wird das Bamberger Fuchs-Park-Stadion über eine moderne Flutlichtanlage verfügen. Einen entsprechenden Vertrag über den Bau und Betrieb der Anlage unterzeichneten Bürgermeister Werner Hipelius und Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Rubach. Der Stadtrat hatte mit großer Mehrheit für den Vertragsabschluss gestimmt.

Die historische Sportstätte im Bamberger Osten war in den vergangenen Jahren von der Stadt Bamberg mit großem Aufwand saniert und modernisiert worden. Unter anderem entstand eine moderne, vielseitig nutzbare Haupttribüne mit 1.000 Sitzplätzen. „Mit der neuen Flutlichtanlage wird das Fuchs-Park-Stadion das modernste Stadion in ganz Oberfranken sein“, sagte der für Sport zuständige Bürgermeister Hipelius. Die Baumaßnahmen sollen bis zum Sommer 2010 beendet sein.

Der so genannte Contracting-Vertrag sieht vor, dass die Stadtwerke Bamberg im Auftrag der Stadt Bamberg die Beleuchtungsanlage errichtet und betreibt. Die Stadt zahlt dafür den Stadtwerken 25 Jahre lang jährlich 61.492 Euro. Darin sind die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten von 5.442 Euro bereits enthalten. Zudem reduziert sich der Betrag durch die finanzielle Beteiligung des 1. FC Eintracht Bamberg. Als künftiger Hauptnutzer der Anlage hat sich der Verein gegenüber der Stadt Bamberg verpflichtet, sich mit einem Betrag von 250.000 Euro an den Gesamtkosten der Anlage zu beteiligen.

DFB-Forderung erfüllt

Mit dem Flucht-Bau wird eine Forderung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) erfüllt. Dieser verlangt für Regionalliga-Spiele eine Anlage mit einer Mindestleuchtstärke von 500 Lux. Für Spiele der Regionalliga wird dies zwingend vorgeschrieben. In der laufenden Saison spielt die erste Mannschaft des 1. FC Eintracht Bamberg mit einer Ausnahme genehmigung im Fuchs-Park-Stadi-

on. Der DFB hat allerdings bei der Lizenzvergabe deutlich gemacht, dass diese nicht verlängert wird.

Ausstattung

Die Flutlichtanlage wird aus insgesamt vier Masten bestehen, die in den Kurven des Stadions errichtet werden. Die Masten auf der Haupttribünenseite werden über separat einschaltbare Zusatzleuchten zur Beleuchtung der 100-Meter-Bahn verfügen, um die Trainingsbedingungen für die Leichtathleten zu verbessern. Außerdem erhält der Zugang von der Pödeldorfer Straße zum Stehplatzbereich eine Wegbeleuchtung. Ferner wird die Sicherheitsbeleuchtung auf der Tribüne ergänzt. Die Leuchtstärke des Flutlichts kann bei Bedarf auf 800 Lux aufgerüstet werden.

Deutliche Aufwertung

„Mit dem modernisierten Stadion können in Bamberg künftig sportliche Großereignisse wie zum Beispiel Juniorenländerspiele stattfinden“, betonte Hipelius bei der Vertragsunterzeichnung. „Die Sportstadt Bamberg erfährt dadurch eine deutliche Aufwertung.“

Der Bürgermeister machte nochmals deutlich, dass angesichts der Haushaltslage eine Finanzierung aus städtischen Mitteln derzeit nicht möglich gewesen wäre. „Der Contracting-Vertrag ermöglicht uns, bei überschaubaren Kosten die Auflagen des DFB zu erfüllen.“ Außerdem habe man vorsorglich vereinbart, dass die Stadt jederzeit durch Ablösung der Restsumme die Zahlungsverpflichtungen beenden kann. □

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft



DSK-Fachtagung in Bayern

15. Juli 2010 in Nürnberg

Umgang mit dem Wandel

Demographischer Wandel, Klimawandel, Strukturwandel: Wie können Kommunen durch eine nachhaltige Stadtentwicklung mit diesen Herausforderungen umgehen?

Presseclub (NÜRNBERGER Akademie), Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
www.dsk-fachtagung.de Tel.: 0911 - 520 99 40 Mail: nuernberg@dsk-gmbh.de

Städterneuerung | Baugebietsentwicklung | Konversion | Städtebauliche Beratung | Projektentwicklung

Kostenplan 2010
Immobilienkosten senken
und das Klima schützen

- Bewirtschaften
- Bauen
- Beraten
- Benchmarking

Mit Beratungsleistungen für rund 350 Kommunen ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Hand

www.bayernfm.de

BayernFM
Bayern Facility Management GmbH

Outsourcing von Dienstleistungen und die neue VOL/A 2010

Nachlese zum Vergabenachmittag für öffentliche Auftraggeber

Vor kurzem informierte der VOL/A-Infonachmittag in München umfassend über die Neuerungen der VOL/A sowie über die praktischen Herausforderungen einer Ausschreibung von infrastrukturellen Service-Dienstleistungen wie Reinigung, Wäscherei und Catering. Eingeladen hatten HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK, Partnerschaft von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Attorney-at-law, und Neumann & Neumann Projekt- und Beratungs GmbH, Ausschreibungs- und Dienstleistungsspezialist aus Steingaden/Oberbayern.

Das Vergaberecht ist seit einigen Jahren kontinuierlich in der Überarbeitung. Aktuell geht die Reform der VOL/A in eine neue Runde. Die VOL/A 2010 wurde am 29. Dezember 2009 im Bundesanzeiger Nr.196a veröffentlicht: Sie bringt eine Reform innerhalb des Systems, d. h. das umstrittene Kaskadenprinzip bleibt. In Kraft treten wird sie erst mit Inkrafttreten der neuen Vergabeverordnung (VgV), die die Anwendung der VOL/A oberhalb der Schwellenwerte bestimmt, das heißt nach momentaner Einschätzung von Fachleuten frühestens zum 1. Mai 2010.

Vorbereitungsaufgaben

Bevor aber eine Dienstleistung ausgeschrieben wird, im Fall der öffentlichen Hand gemäß VOL/A, muss der Ausschreiber eine ganze Reihe von Hausaufgaben machen. Diese erläuterte Eva Neumann, Geschäftsführerin von Neumann & Neumann Projekt- und Beratungs GmbH, Steingaden, anhand des so genannten

Qualitätskreislaufes für infrastrukturelle Serviceleistungen:

Es gilt, den Ist-Zustand sowie den Soll-Zustand der zu beschaffenden Leistung zu definieren, die wichtigsten Eckdaten für die einzukaufenden Leistungen zu erheben und die Frage nach der künftigen Qualitätssicherung zu stellen. Von all diesen Daten und Anforderungen hängen letztlich die Kalkulation und die Sinnhaftigkeit eines Wirtschaftlichkeitsvergleichs ab, der auch für die Entscheidung zwischen Outsourcing und interner Leistungserbringung wesentlich ist. Auf der Suche nach dem Marktpreis wiederum müssen ähnliche Objekte verglichen werden: also die Reinigung von Kliniken, das Catering in einem Ministerium, die Wäscherei für Altenheime.

Für Gebäudereinigung, Wäscherei und Catering sind die Kalkulationsgrundlagen zum Teil die gleichen – u.a. Vertragsbedingungen, Leistungsverzeichnis, Preisblätter, Kalkulationsvorgaben – zum Teil unterschiedlich: Während etwa für die Gebäudereini-

gung die zu reinigenden Quadratmeterzahlen abhängig vom Gebäudealter, von den Reinigungsgruppen und -turni wichtig sind, ist bei der Ausschreibung der Wäscherei die Entscheidung für Lohn- bzw. Mietwäsche oder auch Inhouse-Leistung gefragt, die Beschäftigung mit Logistik und Transport, was etwa bei personalisierter Kleidung sehr aufwendig sein kann. Um einen Wirtschaftlichkeitsvergleich im Vorfeld der Ausschreibung anzustellen, stehen durchschnittliche Erfahrungswerte zur Verfügung, u.a. für die Wäscherei, so Eva Neumann.

Für das Outsourcing des Caterings wiederum ist u.a. zu definieren, wie viele Mitarbeiter ein Dienstleister in der Kantine einsetzen soll, wie der Speiseplan auszusehen hat, eventuell auch für den Fall von Events. Nötig sind eine Kalibrierungsliste, eine Einkaufsdefinition, der Wareneinsatz, also die Festlegung, wie viele Gramm von welchem Produkt in welcher Qualitätsstufe in welcher Zubereitungsart auf den Teller der Kantinenbesucher kommen sollen. Die Wareneinsatzpreise zuzüglich der Personal- und Betriebsnebenkosten sowie der Betriebsführungsgebühr ergibt letztlich die Kosten für die Kantine.

Generell gilt, so zusammenfassend Eva Neumann: Zu den Vorbereitungen einer Ausschreibung

von Leistungen gehört eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, also eine erste Einschätzung der Marktpreise, um Preise und Kalkulation in den abgegebenen Angeboten fundiert prüfen zu können. Voraussetzung dafür sind die erforderlichen fachlichen Unterlagen zu den Anforderungen, die Vorgaben für die Kalkulation, ein Kennzahlenvergleich sowie eine Budgetkontrolle.

Effizientere Verfahren durch VOL/A

Dr. Wolfgang Renner, LL.M., Rechtsanwalt und Partner bei Heuking Kühn Lüer Wojtek, erläuterte in seinem Vortrag zur VOL/A 2010, dass sie ganz im Zeichen der Steigerung von Effizienz und Praktikabilität von Vergabeverfahren stehe. Sie sei damit auch eine Reaktion darauf, dass die Rechtsprechung die Anforderungen an die Auftraggeber in den letzten Jahren stetig angehoben habe. Ob die zugleich angestrebte Vereinfachung und Vereinheitlichung allerdings durch die derzeit in der Schlussfassung befindlichen Veränderungen der VOL erreicht werden, wird von Praktikern durchaus angezweifelt.

Die Veränderungen betreffen beispielsweise die Begünstigungsklausel für Subunternehmer, die wegfällt – zulasten des oft als Subunternehmer eingesetzten Mittelstands – oder das „ungewöhnliche Wagnis“, auf das Auftragnehmer nicht mehr werden zurückgreifen können. Zu den Veröffentlichungspflichten kommt u.a. die zentrale Auffindbarkeit einer Ausschreibung via www.bund.de hinzu und die nachlaufende Veröffentlichung der erteilten Zuschläge. Bei der Losaufteilung werden die mittelständischen Interessen gestärkt, Redu-

zierung der Lose oder Verzicht auf Losaufteilung bleiben weiterhin möglich, betont Dr. Renner: als ausführlich und nachhaltig zu begründende Ausnahme.

Bietfragen, Bieterregeln, Nachfordern bei fehlenden Angaben: Insgesamt machte der Vortrag von Dr. Renner zur VOL/A 2010 deutlich, dass sich jeder Ausschreiber im Detail mit den Änderungen befassen müssen. Hinauszögern muss keiner eine Ausschreibung mit Blick auf den noch offenen Termin, zu dem die VOL/A 2010 in Kraft treten wird. Denn es gilt stets die Version, die gültig war zum Zeitpunkt der Ausschreibung.

Effizienz durch Einkaufskooperation

Ein weiteres Thema der Effizienz-, aber auch der Wirtschaftlichkeitssteigerung ist die gemeinsame Vergabe mehrerer öffentlicher Auftraggeber, die auch die Aufwände und Risiken von Vergabeverfahren auf mehrere Schultern verteilt. Hier kommt das Kartellrecht ins Spiel, so Dr. Reinhard Siegart, Rechtsanwalt und Partner bei Heuking Kühn Lüer Wojtek. Lange war klar: Das GWB mit seinen kartellrechtlichen Vorgaben erstreckt sich auch auf die öffentliche Hand, soweit sie eine unternehmerische Tätigkeit – unabhängig von der Rechtsform! – ausübt – einschließlich der Beschaffung. Die 7. GWB-Novelle passte das deutsche nun an das europäische Recht an. Und der EuGH unterstellt die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen NICHT dem Kartellrechtsverbot, wenn sie im Rahmen der Ausübung einer hoheitlichen Aufgabe erfolgt.

In Deutschland, so Dr. Siegart, zögere nun die öffentliche Hand, diese europäische Sichtweise für

sich zu nutzen, obwohl viele Experten, wie auch Dr. Siegart, für die Übernahme der EuGH-Auslegung votieren, da die 7. GWB-Novelle ja gerade die Anpassung an die europäische Rechtsprechung vornehmen sollte.

Generell gilt: Die Vorschriften über wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen gemäß § 101 AEUV § 1 GWB greifen, wenn beispielsweise Kommunen auf kooperative Beschaffung setzen, in welcher Form sie das auch immer tun. Denn dadurch wird der Nachfragewettbewerb eingeschränkt. Kommun haben nichts zu befürchten, wenn die gebündelte Beschaffung keinen Marktanteil von mehr als 15 Prozent erreicht, darüber hinaus muss gemäß EU-Rechtslage eine Begründung abgegeben werden. Keine Ausnahme vom Kartellrechtsverbot gibt es ganz klar, wenn mit 40 Prozent plus x Marktanteil eine marktbeherrschende Nachfrageposition erreicht wird.

Unabhängig von den Neuerungen des Vergaberechts und speziell der VOL/A bleibt festzuhalten: Schon jetzt ist es fast ein Ding der Unmöglichkeit, die VOL/A beispielsweise bei der Ausschreibung von Reinigungsdienstleistungen rechtssicher umzusetzen, weiß der Ausschreibungsspezialist Neumann & Neumann aus der Praxis. Der Beistand eines Rechtsanwalts mit entsprechendem fachlichem Schwerpunkt ist mittlerweile nahezu unverzichtbar, so Eva Neumann. Das ist der Hintergrund für die Zusammenarbeit von Neumann & Neumann mit Heuking Kühn Lüer Wojtek in München bei vielen Ausschreibungen im Auftrag der öffentlichen Hand, ebenso wie für den Vergabenachmittag zum „Outsourcing von Dienstleistungen nach der neuen VOL/A 2010“ im März 2010. □

Auftrag fürs schnelle Internet:

Neues Hochleistungs-Breitbandnetz in Hiltenfingen

LEW TelNet und M-net setzen Breitband-Projekt um

Bürger und Unternehmen in Hiltenfingen verfügen künftig über Höchstleistungsanschlüsse ans Internet: Bürgermeister Kornelius Griebel übergab den Auftrag für Bau und Betrieb eines Hochleistungs-Breitbandnetzes in der Gemeinde an die Geschäftsführer der Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet und M-net, die das Projekt gemeinsam umsetzen. Der Freistaat Bayern fördert das Projekt im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. An den Investitionen für den Aufbau des neuen Breitbandnetzes beteiligen sich außerdem die Gemeinde sowie die beiden beteiligten Unternehmen.

Für das Breitband-Projekt wird LEW TelNet in Hiltenfingen neue Glasfaserleitungen verlegen. Sie verbinden künftig an verschiedenen Punkten die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz der LEW TelNet. Die Bauarbeiten beginnen im Juni 2010. M-net investiert in technisches Equipment zur Realisierung der innovativen VDSL-Technik. Nach Abschluss der Arbeiten wird M-net in Hiltenfingen hochmoderne Internetzugänge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s – ein Vielfaches dessen, was ein Standard-DSL-Anschluss heute zu leisten vermag – sowie Telefoniedienste be-

reitstellen. Interessierte Bürger können sich schon jetzt unter der kostenlosen Telefonnummer 0800-9060902 für die Breitbandprodukte vormerken lassen.

„Bisher kamen Unternehmen und Haushalte in Hiltenfingen nur im Schnecken tempo ins Internet – das wird sich nun endlich ändern“, so Bürgermeister Kornelius Griebel. „Das ist auch für unsere Gemeinde eine wichtige Nachricht: Schließlich hängt die Standortattraktivität einer Kommune entscheidend von der Internetanbindung ab. Mit dem neuen Glasfasernetz verfügen wir über eine langfristig zukunftssichere Infrastruktur.“

Regierungspräsident Karl Mi-

chael Scheufele überreichte den Förderbescheid für das Projekt an Bürgermeister Griebel: „Die Breitbandtechnologie ist ein wesentliches Fundament für wirtschaftliches Wachstum – deshalb unterstützt der Freistaat Bayern speziell im ländlichen Raum die weitere Verbreitung schneller Internetverbindungen“, sagte der Regierungspräsident. LEW TelNet setzt in Hiltenfingen das dritte Breitband-Projekt in der Region um: „Mit unserem Glasfasernetz verfügen wir über eine unabhängige, leistungsfähige Infrastruktur, über die wir nun auch ganze Gemeinden mit Höchstgeschwindigkeit ans Internet anbinden“, erklärte LEW TelNet-Geschäftsführerin Erna-Maria Trixl. „Diese Projekte zeigen, dass Netzbetreiber wie LEW TelNet und M-net das drängende Problem der Breitbandversorgung im ländlichen Raum lösen können.“

„Die künftig von uns bereit gestellten Internetzugänge mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s ermöglichen den Bürgern die innovative Nutzung jeglicher breitbandintensiver digitaler Dienste. Hierzu zählen beispielsweise ein äußerst schneller Musik-Download, Video-on-Demand oder auch die Durchführung von onlinebasierten Bildungsmaßnahmen“, erklärt Anton Gleich, Geschäftsführer von M-net. „Auch Freiberufler und Unternehmen können mittels des neuen Breitband-Internetzugangs entscheidende Wettbewerbsvorteile generieren.“ Die Erschließung der Gemeinde Hiltenfingen mit zukunftsfähigen Breitband-Internetanschlüssen reiht sich in ähnlich konzipierte Projekte ein, die von M-net bereits in Franken sowie im Allgäu, aber auch in München und Augsburg angegangen worden sind. □



V. l.: Anton Gleich (Geschäftsführer M-net), Erna-Maria Trixl (Geschäftsführerin LEW TelNet), Kornelius Griebel (Bürgermeister von Hiltenfingen) und Karl Michael Scheufele (Regierungspräsident der Regierung von Schwaben). □

Sparkassen-Finanzgruppe

Ihr Gratis-Ratgeber
zum Modernisieren und Energiesparen.
Online anfordern unter:
www.bayern-sparkt-energie.de

Wie viel Sparpotenzial steckt in Ihrem Eigenheim?

Jetzt modernisieren. Mit der Sparkassen-Baufinanzierung.

S

Senken Sie Ihre Energiekosten – zum Beispiel mit einer günstig finanzierten Modernisierung. Zusammen mit unserem Partner LBS beraten wir Sie gern und stehen Ihnen auch bei allen anderen Fragen rund um riestergefordertes Wohneigentum und Bausparen kompetent zur Seite. Mehr Infos in Ihrer Geschäftsstelle oder unter www.bayern-sparkt-energie.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:

Den Laden im Dorf lassen

In immer mehr Dörfern werden dank privater Initiativen wieder Dorfläden gegründet. „Diese Initiativen schließen die Lücken, die der Strukturwandel in den dörflichen Alltag gerissen hat. Egal ob für Jung oder Alt, Dorfläden dienen nicht nur als Einkaufsstätten, sondern sind ein sozialer Mittelpunkt des Dorfes, oft der einzige“, so Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten.

Bestehende Dorfläden sehen sich aber immer wieder mit Problemen konfrontiert. „Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ lautete daher das Seminar der Schule der Dorf- und Landentwicklung, das speziell für aktive Geschäftsführer und leitende Angestellte der Dorfläden angeboten wird. Vertreter von Dorfläden aus ganz Bayern trafen sich kürzlich in Hurlach, Landkreis Landsberg, zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterbildung.

Neue Ideen sammeln

Wie kann mein Dorfladen langfristig attraktiv bleiben? Wie muss er organisiert werden, um seine Existenz zu festigen? Diesen Fragen wurde im Seminar nachgegangen. So wurden neue Ideen, wie Regalpatenschaften im Dorfladen Windach, die Erstellung eines Geschenkkorbs mit regionalen Produkten in Jedesheim oder der Bücherverkauf im Dorfladen Hurlach mit großem Interesse den anderen Teilnehmern vorgestellt. Sowohl „Neulinge“, deren Eröffnung noch bevorsteht, als auch erfahrene Dorflädenleiter konnten sich hierbei Anregungen für ihre eigenen Läden holen.

Trend zu regionalen Produkten

„Die Vermarktung regionaler Produkte wird immer wichtiger“, meint Seminarleiter Wolfgang Gröll. Dienten früher die Dorfläden besonders der Nahversorgung, so sind die neueren Dorfläden vor allem auch auf Regionalisierung polarisiert. Denn diese Angebote stellen einzigartige Verkaufsargumente gegenüber den großen Supermärkten dar. Hierbei wird auch der Preis der Ware für die Kunden uninteressanter. Viel wurde über Öffentlichkeitsarbeit und Werbung diskutiert. Bei aller Konkurrenz, steter Tropfen höhlt den Stein, das gilt auch für die Werbung im Dorfladen.

Dass regionale Produkte immer gefragter werden, bewies am Nachmittag die Exkursion zum Schererhof in Schmiechen. Seit 1992 werden dort Nudeln mit Eiern aus der Selbstproduktion hergestellt. Was damals mit dem Verkauf vor der Haustüre begann, hat bis heute ein wesentlich größeres Ausmaß angenommen. Acht Teilzeittjobs sind bis heute auf dem Hof entstanden. Im heutigen Dorfladen findet man nun verschiedenste Nudelsorten - von Dinkel- bis Zimtnudeln. Auch selbstgemachte Liköre, Pesto und Marmeladen werden dort zum Verkauf angeboten und sogar deutschlandweit verkauft.

Verpflichtung zur betrieblichen Eigenkontrolle

Herr Walter Eberl vom Landratsamt Landsberg und Herr Ahlborn, Schädlingsbekämpfer, informierten am zweiten Tag des Seminars über Hygiene und Lebensmittelüberwachung im Dorfladen. Denn jeder Dorfladen ist zur betrieblichen Eigenkontrolle verpflichtet. Darunter fallen Reinigungs- und Desinfektionspläne der Räume, Temperaturkontrollen, Wareneingangskontrollen und Schädlingsbekämpfung.

len und Schädlingsbekämpfung.

Produkte mit Seele

„Wir machen das selbst“ – dieses Markenkonzept stellte Gunnar Matysiak den Teilnehmern vor. „Der Kunde erwartet ein besonderes Einkaufserlebnis“, so der Referent. Dies setzen viele Läden schon um und ist besonders für die Dorfläden überlebenswichtig. Die Marke „Wir machen das selbst“ gibt anonymen Produkten eine Seele. Auf dem Etikett werden Geschichten über Erzeuger und Herstellung der Produkte erzählt. Das bindet den Kunden an das Produkt und verstärkt die Kundentreue.

„Store Check“ im Dorfladen Hurlach

Den Abschluss des Seminars bildete der Store-Check des Dorfladens in Hurlach. In den verschiedensten Kategorien, von

Wasserburger Ensemble am Brucktor:

Aufwändige Sanierung

Seit dem Jahre 1338 steht am südlichen Zugang zur Stadt Wasserburg am Inn die Wehranlage, das viel fotografierte Ensemble am Brucktor, das früher die Salzfuhrwerke passierten. Heute durchqueren täglich zahlreiche Autos dieses „Nadelöhr“. Früher war im Brucktor das Heiliggeist-Spital für Kranke und Alte untergebracht. In den zurückliegenden drei Jahren hat man den rechten Flügel des historischen Gebäudes, sowie das angrenzende Handwerkerhaus aufwändig für rund fünf Millionen Euro saniert. Die Regierung von Oberbayern schoss zwei Millionen Euro zu.

An der Ostseite des wehrhaften Bauwerks entstand im 14. Jahrhundert das ehemalige Zeug- und Stadthaus mit Geschützen, Wachstube, Bedienungsanlage für die ehemalige Zugbrücke und Speicherböden. Nach dem Ankauf des Gebäudes für die Heiliggeist-Spitalstiftung und der Aufstockung 1892 erhielt die ehemals wehrhafte Front zum Inn ihr heutiges Gesicht.

Seit dem Jahre 2001 gehört das Gebäude wieder der Stadt Wasserburg, die nun eine denkmalgerechte, sehr aufwändige Sanierung mit statischer Entlastung des Erdgeschossgewölbes durchführen ließ. Fast 20 Jahre dauerten die Untersuchungen und Planungen für die künftige Nutzung des historischen Gebäudekomplexes. So entstanden sechs moderne Wohnungen, inklusive Senioren-WG, neun Atelierräume für Kunsthandwerker und Künstler sowie eine Präsentations- und Verkaufsfläche im Erdgeschoss.

Städtebaulicher Wert

Das Ferstlhaus und das Pensionat II sind Gebäude von hohem städtebaulichem Wert. Das so genannte Ferstlhaus, auf Seite der Bruckgasse stadteinwärts, entstand gleichzeitig mit dem Stadthaus auf der gegenüberliegenden Spitalkirche im 14. Jahrhundert. Aus dieser Zeit stammen vermutlich das zentrale Kellergewölbe auf Mittelstütze und Teile des Umfassungsgebäudes aus Mischmauerwerk. In Auf- und Grundriss geht das heutige viergeschossige Drittel und Handwerkerhaus mit seinen ebenerdigen Werkstattgewölben und der Stockwerksauftei-



Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL, prüft die Frische der Ware beim Store-Check in Hurlach.

Obst-Auslage bis Eingangsbereich, wurde der Dorfladen von den anderen Teilnehmern genau unter die Lupe genommen. „Hurlach hat den schönsten Dorfladen, den ich kenne“, sagte begeistert eine Teilnehmerin. Gelobt wurden besonders die große Bewegungsfreiheit und die behindertengerechte Gestaltung. Zudem sind die Waren sehr übersichtlich angeordnet. Der Laden vermittelt einen sehr gepflegten Eindruck. Der Dorfladen Hurlach wird von

der SDL mit dem Prädikat „herausragend“ ausgezeichnet

Auch für Bürgermeister Wilhelm Böhm ist der Dorfladen ein voller Erfolg. „Er ist zum Aushängeschild der Gemeinde geworden. Es ist ein richtiges Wir-Gefühl durch den Dorfladen entstanden“, erzählt er stolz. Am Ende des Seminars bedankten sich alle Teilnehmer spontan beim Veranstalter für die Tagung, die vielen Tipps, wertvollen Impulse und Ideen.

Sprache macht Spaß

Der Landkreis Fürstenfeldbruck fördert die Sprachkompetenz der Jüngsten

Schon ab dem ersten Lebensjahr beginnt ein Kind die Fähigkeit zu entwickeln, die es eines Tages für das Lesen und Schreiben brauchen wird. Die Familie und Kindertagesstätten sind daher die wichtigsten Lernorte für das Kind, um sich ganz spielerisch mit der Sprache vertraut zu machen. Der Landkreis Fürstenfeldbruck beteiligt sich daher im Rahmen des Literacy-Monats unter anderem am Weltgeschichtentag und am UNESCO-Welttag des Buches. Die landesweite Aktion zum Thema Sprache geht vom Bayerischen Familienministerium aus.

Eröffnet werden die Aktionstage am Freitag, den 16.04. mit einem Familiennachmittag im Landratsamt Fürstenfeldbruck mit einem attraktiven Programm: Bilderbuchkino der Stadtbibliothek, Lesung des bekannten Kinderbuchautors Sepp Raith, Infos und Tipps mit einer Buchausstellung, Angebote des Spielverleihs „SpielplusSchlau“, Kurzvorträge und Ausstellung zum Sprachberaterprojekt oder dem Projekt „Lesepaten“ der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstenfeldbruck und vieles mehr.

Anregungen zur Sprachförderung

Mit dabei sind zahlreiche Auführungen unserer Jüngsten aus Kindertagesstätten im Landkreis. Die stv. Landrätin Gisela Schneid überreicht im Rahmen der Veranstaltung einigen Kindertageseinrichtungen das Zertifikat der Bayerischen Staatsregierung. Kurzum finden Familien Anregungen, mit denen sie ihre Kinder im Bereich der Sprachentwicklung unterstützen können, und die Kinder selbst haben Spaß beim Besuch

der verschiedenen Aktionen.

Der Fachbereich „Kindertagesstättenaufsicht“ im Landratsamt Fürstenfeldbruck präsentiert gemeinsam mit den Kindertagesstätten, Gemeinden und Büchereien ein tolles Programm: Eltern und Kinder können ab 16. April 2010 viele Aktionen im Landkreis Fürstenfeldbruck besuchen und so auch z.B. einen Einblick in die hervorragende Arbeit der Kindertagesstätten gewinnen. Folgende Kindertageseinrichtungen öffnen ihre Türen für Besucher: Kindergarten Krümelkiste, Egenhofen; Kindergarten Pustelblume, Kinderkrippe Zwergenhäusl, Hort Mitte alle in Fürstenfeldbruck; Kinderhaus Abenteuerland in Germering; Naturkindergarten Gernlinden; Gemeindekindergarten Flohkiste, Zachäus Kindergarten, Kindergarten St. Maria, Integrationskindergarten Villa Kunterbunt alle in Gröbenzell und Kinderhaus St. Ulrich in Moorenweis.

Weitere Informationen und das genaue Programm sowie Öffnungszeiten etc. gibt es unter www.lra-ffb.de/Aktuell.

Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg:

„Gemeinsam gesund“

Prall gefüllt mit Information und Unterhaltung waren auch heuer wieder die Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg. Modernste Diagnose- und Therapieverfahren standen ebenso auf dem Programm wie Diskussionsrunden mit renommierten Experten. Ein bunter Strauss Unterhaltung und Live-Übertragungen des Bayerischen Rundfunks mit Dr. Marianne Koch ergänzten die zweitägige Veranstaltung.

Stolz ist man im Landkreis Landshut laut Landrat Josef Eppeneder auf das hohe Niveau der flächendeckenden und damit heimatnahen medizinischen Versorgung durch die drei Kreiskliniken unter dem Dach des Landshuter Kommunalunternehmens für medizinische Versorgung (LaKUMed). Unter dem Motto „Gemeinsam gesund“ gaben Mediziner und weitere Fachkräfte aus allen drei Kliniken Auskunft zu einer Fülle von wichtigen medizinischen Themen wie Schlaganfall, Herzrhythmus-Störungen, Schilddrüsen-Erkrankungen, gefälschte Arzneimittel, Schmerztherapie, Heilpflanzenkunde und Schulter-Endoprothetik.

Dieser ebenso unkomplizierte wie unmittelbare Informationsaustausch ist einer der großen Pluspunkte der Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg. Wie der Schirmherr, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, in seinem Grußwort betonte, seien immer mehr Menschen bereit, für ihre Gesundheit aktiv und nachhaltig zu sorgen – auch finanziell. Dazu benötigten sie fachkundige Information und Beratung. Die Landkreis-Gesundheitstage böten diese zuverlässigen und zielführenden Informationen.

Aber auch ganz heiße Eisen wurden aus aktuellem Anlass angepackt: „Hospiz – Tod ein Teil des Lebens“ lautete der Titel einer Podiumsdiskussion. Hintergrund sind die Bestrebungen, endlich ein Hospiz im Landshuter Raum zu bauen. Der Landkreis Landshut stellt dafür ein Grundstück in Vilsbiburg zur Verfügung, der Kreistag hat sich für diesen Standort ausgesprochen. „Die Analyse zusammen mit Experten und Fachverbänden ergab, dass Vilsbiburg der geeignete Standort für ein niederbayerisches Hospiz ist. Dadurch kann zusätzlich auch der Bedarf aus den angrenzenden Landkreisen sehr gut abgedeckt werden“, betonte Landrat Eppeneder. Darüber hinaus bietet der Standort Vilsbiburg viele Vorteile: Durch LaKUMed stünden bereits Pflegekräfte mit palliativmedizinischer Zusatzausbildung sowie im Vilsbiburger Kompetenzzentrum für Gesundheitsberufe speziell weitergebildete niedergelassene Ärzte zur Verfügung.

Mit einem bunten Rahmenprogramm wurden die vielen Informations-, Diskussions- und Beratungsangebote aufgelockert und die Messe, an der diesmal mit über 50 Ausstellern so viele wie noch nie teilnahmen, noch attraktiver gestaltet: So begeisterte die Showtanzgruppe „New Dimension“ mit ihrem Auftritt ebenso wie die Sportler des TSV Vilsbiburg, die Kampfsport-Übungen und Turn-Vorführungen präsentierten. DK

lung auf Erneuerung im 15. und 16. Jahrhundert zurück.

Denkmalschutz an vorderster Stelle

Bei den Restaurierungs- und

Jos. Göllinger



Das Wasserburger Ensemble „Rote Brücke“ und Brucktor, ein beliebtes Fotomotiv, nach der Sanierung. Foto: Göllinger

Mittelfranken:

Wachstum und Beschäftigung als Schwerpunktthemen

Gerhard Lunz neuer KPV-Bezirksvorsitzender

Die KPV-Mittelfranken hat mit Gerhard Lunz einen neuen Bezirksvorsitzenden. Der 58-Jährige bringt mit seiner Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Büchenbach im Landkreis Roth und langjähriger KPV-Kreisvorsitzender eine umfassende kommunalpolitische Erfahrung mit.

Lunz folgt damit Brigitte Hengendorfer aus Markt Erlbach nach, die zu seiner Stellvertreterin gewählt wurde. Weitere Stellvertreter sind Werner Kundörfer aus Feucht und Dr. Manfred Scherzer aus Uttenreuth. Neben den Neuwahlen war die Diskussion des Leitbildes „Wachstum und Beschäftigung“ der Metropolregion Nürnberg ein Schwerpunktthema der Bezirks-

versammlung. Dr. Udo Raab, Leiter der Standortpolitik der IHK Nürnberg für Mittelfranken, stellte die Thesen vor (siehe Bericht S. 19).

Entwicklungsperspektiven

Mit einem ähnlichen Thema beschäftigt sich die CSU in Mittelfranken, wo der stellvertreten-

de Bezirksvorsitzende Christian von Dobschütz eine Arbeitsgruppe „Entwicklungsperspektiven für Mittelfranken“ leitet. In drei Themenkomplexen werden bis zum CSU-Bezirksparteitag im Herbst alle Fragen des ländlichen Raums einschließlich

Struktur- und Umweltpolitik behandelt. Ferner geht es um die Bildung, den demographischen Wandel und Soziales sowie wirtschaftliche Perspektiven, Tourismus, Kultur und Internationalisierung. KPV und CSU wollen hier eng zusammenarbeiten. pm

Förderung interkommunaler Zusammenarbeit:

Ausgewählte Best Practice Beispiele

Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Unterfranken sollen in Zukunft noch stärker kooperieren. Vielerorts wird in den Kommunen angesichts der begrenzten finanziellen Ressourcen und der demographischen Entwicklung auch bereits über eine deutliche Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit nachgedacht.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer unterstützt diese Bestrebungen: „Die gemeinsame Bewältigung kommunaler Aufgaben kann einen wichtigen Beitrag leisten, um den 305 oftmals kleinen Gemeinden im Regierungsbezirk Unterfranken finanzielle Spielräume und damit ihre Eigenständigkeit zu erhalten“, so Beinhofer.

Positive Erfahrungen

Um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es über die klassischen Formen der Zusammenarbeit hinaus gibt, welche Vorteile dabei für die Gemeinden entstehen und wie die einzelnen Modelle erfolgreich verwirklicht wurden, hat die Regierung von Unterfranken jetzt eine Sammlung von Best-Practice-Beispielen aus Unterfranken und ganz Bayern erstellt. Aufgeteilt in verschiedene Rubriken - von der „Abwasserentsorgung und Wasserversorgung“, dem „Bauhof“, der „Kinder-/Jugendarbeit“ bis zu den „Senioren“ - sind zahlreiche positive Beispiele erfolgreicher interkommunaler Zusammenarbeit mit Ansprechpartnern und weiterführenden Informationen dargestellt. Rund ein Dutzend unterfränkischer Beispiele geben bereits einen Überblick über regional erfolgreiche Kooperationen. Die Internetsammlung wird laufend erweitert und ausgebaut.

Zu den nennenswerten Beispielen interkommunaler Zusammenarbeit zählen die Bauhof-Kooperationen bei der NES-Allianz (Landkreis Rhön-Grabfeld). Die 13 Mitgliedsgemeinden der NES-Allianz arbeiten im Bereich der Bauhöfe insbesondere bei der gemeinsamen Nutzung von Geräten und Maschinen sowie bei der Beschaffung von Verbrauchsmaterial zusammen. Auf der Basis ausgewerteter Frage- bzw. Erfassungsbögen werden unter den Bauhöfen Geräte und Maschinen gegen Gebühr ausgetauscht - teilweise mit Personal, d. h. spezielle Arbeiten werden vollständig vom Bauhof einer anderen Gemeinde erledigt.

Zusammenschluss

Außerdem wird Verbrauchsmaterial wie Streusalz oder Kaltasphalt gemeinsam beschafft. Hierzu fragt ein Mitarbeiter der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale bzw. Heustreu die benötigten Mengen bei den Gemeinden ab und erledigt zentral die Bestellung. Auslieferung und Rechnungsstellung erfolgen an die jeweilige Gemeinde ohne Berechnung von Frachtgebühren. Lediglich bei der Bestellung von Streusalz in kleineren Mengen stimmen sich die Gemeinden in der Weise ab, dass gemeinsam eine komplette LKW-Ladung erreicht wird, die an einem zentralen Ort angeliefert wird. Zudem wurde eine verbesserte Rabattvereinbarung mit einem Fachhändler für Werkstattbedarf etc. geschlossen, aufgrund derer die Gemeinden Rückvergütungen je nach Umsatzvolumen erhalten.

Ein weiteres Beispiel: Klärschlammverwertung RegioKomm Hesselberg. 15 Kommunen gründeten dieses gemeinsame Kommunalunternehmen (gKU), das sich als Mehrheitsgesellschafter mit 51 Prozent neben der

SÜWAG Wasser GmbH an der Hesselberg Service GmbH beteiligte. Zur nachhaltigen und wirtschaftlichen Verwertung des Klärschlammes aus über 30 Kläranlagen wird der Klärschlamm getrocknet und als Brennstoff in einem Zementwerk verwendet. Die Trocknung erfolgt mittels Wärme aus einer Biogasanlage in Kombination mit Solarwärme.

Der Landkreis Haßberge wiederum hat mit allen kreisangehörigen Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften eine Zweckvereinbarung zum Betrieb eines kommunalen Behördennetzes „LISBET“ durch ein Landkreis-Service-Center (LSC) vereinbart. Durch die zentral im Landratsamt zur Verfügung gestellte Infrastruktur (Netzwerk-, Server-, Daten-, und Sicherheitstechnik) wird den angeschlossenen Gebietskörperschaften der Zugang zum Internet, zum Bayerischen Behördennetz, zum „Virtuellen Marktplatz Bayern“ (VMB) sowie zu einer landkreisweiten Datenbank ermöglicht. Außerdem bietet das Behördennetz die Basis für den gemeinsamen Ausbau von eGovernment und den internen Datenaustausch bzw. die interne Kommunikation. Künftig soll das Behördennetz auch in den Bereichen mobile Arbeitsplätze/Heimarbeitplätze, Geografisches Informationssystem (GIS), Rechtsdatenbank und elektronische Unterschrift genutzt werden.

Fahrzeugbeschaffung

Eine Zweckvereinbarung über ein gemeinsames Fahrzeugbeschaffungskonzept für elf Feuerwehren haben wiederum acht Gemeinden aus dem Oberen Kahlgrund im Landkreis Aschaffenburg geschlossen. Das Konzept beinhaltet einen auf 27 Jahre angelegten Beschaffungsplan, der eine auf die Einsatzplanung optimal abgestimmte Ausstattung des Bezirks mit Feuerwehrfahrzeugen vorsieht. Die beteiligten Gemeinden erstatten der jeweils beschaffenden Gemeinde die Beschaffungskosten im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen.

Im Landkreis Bad Kissingen wurde die Datenbank des Landesamts für Umwelt für ein kommunales Flächenmanagement erstmals landkreisweit zum Einsatz gebracht. Zunächst wurden die Innenentwicklungspotenziale (Baulücken, leerstehende Hofstellen, Brachflächen) sowie der künftige Flächenbedarf mit Hilfe der Datenbank erfasst. Anschließend wurden und werden die betroffenen Grundstückseigentümer schriftlich befragt, um das tatsächliche Aktivierungspotenzial zu erfassen.

Neben der Datenbank bietet das Projekt weitere konkrete Unterstützungen für Kommunen und Informationen für die Bürger. So werden die Ergebnisse der Datenbank auch kartographisch ausgewertet; in einer Handreichung für Verwaltungen werden zukunftsorientierte Handlungsschritte wie bauplanerische Möglichkeiten, Förderungen, Vorteile und Vergleichsberechnungen zum „Bauen im Innerort“ ermittelt und dargestellt. Eine neue Image- und Informationsbroschüre sowie eine Wanderausstellung informieren die Bürger.

Die Stadesamts- und EDV-



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Mitte) gab im Beisein von Regierungsdirektorin Dr. Adelheid Hüttlinger den Startschuss für die neue Internetsammlung „Interkommunale Zusammenarbeit“. Um die Einpflege und die weitere Betreuung kümmert sich Peter Müller (rechts).

Kooperation der Gemeinden Arnbruck und Drachselsried im Bayerischen Wald wiederum erstreckt sich auf die Bereiche Person standswesen und IT-Systembetreuung. Die Gemeinde Arnbruck hat im Wege der kleinen Übertragung des Standesamts an die Gemeinde Drachselsried abgegeben. Im Gegenzug erledigt Arnbruck die gesamte EDV-Systembetreuung. Eine Erstattung von Personalkosten findet nicht statt, nachdem der Personalaufwand für das Person standswesen und die IT-Systembetreuung in etwa gleich sind. Die Sachkosten werden hingegen erstattet.

Einkaufsgemeinschaft

Ein weiteres Beispiel funktionierender interkommunaler Zusammenarbeit ist die aus zehn Kommunen bestehende Einkaufsgemeinschaft für Streusalz und Kopierpapier im Landkreis Rottal-Inn. Die Kooperation beinhaltet mehrmals jährlich durchgeführte Sammelbestellungen.

Die beteiligten Kommunen melden ihren Bedarf zentral beim Markt Arnstorf per E-Mail an. Die Angebotseinholung und Auftragserteilung erfolgt über

Stadt Bayreuth:

Zuschlag für Pilotprojekt

„BIG - Gesundheitsförderung durch Bewegung und Integration“

Die Stadt Bayreuth ist als eine von fünf bayerischen Kommunen ausgewählt worden, das Projekt „BIG - Gesundheitsförderung durch Bewegung und Integration in Bayern“ umzusetzen. Den Zuschlag gab's vom Institut für Sportwissenschaft und Sport der Universität Erlangen-Nürnberg im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit erhalten.

Insgesamt haben sich 30 Städte und Gemeinden im Freistaat für die Umsetzung des gesundheitsfördernden Integrationsprojektes beworben. Bayreuth, so die Begründung für den Zuschlag, biete mit seinen Ansätzen und Wirkungsebenen der sozialen Stadtentwicklung und des städtischen Integrationskonzeptes beste Voraussetzungen für den BIG-Ansatz.

Die Stadt Bayreuth hat sich Anfang Januar dieses Jahres auf der Basis einer Ausschreibung des Instituts für Sportwissenschaft und Sport der Universität Erlangen-Nürnberg um die Realisierung des Pilotprojektes beworben. Es geht neue Wege bei der Gesundheitsförderung und wird vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit gefördert.

BIG - das Kürzel steht für Bewegung als Investition in Gesundheit - fördert die körperliche Aktivität von Frauen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu deren Gesundheit. Es richtet sich an Frauen in schwierigen Lebenslagen, wie Sozialhilfe-/Hartz-IV-Empfängerinnen oder Frauen mit Migrationshintergrund.

diese zentrale Stelle. Der Markt Arnstorf verlangt dafür keine Kostenbeteiligung, da der Mehraufwand unbedeutend ist. Der Abruf der Teilkontingente beim Salz erfolgt durch die jeweilige Kommune, die auch eine eigene Rechnung erhält. Beim Papier erfolgen Lieferung und Rechnungsstellung ebenfalls an die einzelne Gemeinde.

Tagesmutterkonzept

„Kindersonnenwinkel“ heißt schließlich ein erfolgreiches Tagesmutterkonzept im Landkreis Dachau. Zusammen mit neun Partnergemeinden hat das Amt für Jugend und Familie dieses Betreuungskonzept umgesetzt. Die Leitung des „Kindersonnenwinkels“ kümmert sich um die Gewinnung von Tagesmüttern und deren laufende Qualifizierung. Sie führt Eltern und geeignete Tagesmütter zusammen, vermittelt bei Problemen und übernimmt die Organisation (Betreuungsverträge, Vergütung etc.). Üblicherweise werden die Kinder am Heimatort betreut; falls die Betreuungsperson vor Ort ausfallen sollte, kann die „Zentrale“ des „Kindersonnenwinkels“ mit fest angestelltem Fachpersonal genutzt werden.

Interessengemeinschaft „Bauernland Inn-Salzach“:

Neues Schaufenster der Region

Die landwirtschaftlich geprägte Struktur der Region Inn-Salzach bietet Gästen wie Einheimischen eine breite Palette an Erholungsangeboten. Urlaubs- und Reitbetriebe sind genauso zu finden wie kulinarische und gastronomische Angebote oder Erlebniseinrichtungen wie der Wildpark in Oberreith. Um die vielfältigen ländlichen und landwirtschaftlichen Angebote künftig stärker miteinander zu vernetzen und sich dadurch ganzheitlich zu profilieren, wurde nunmehr die Interessengemeinschaft „Bauernland Inn-Salzach e. V.“ gegründet.

Unter dem Motto „Bauernland entdecken, Bauernland erleben, Bauernland genießen“ wollen die landwirtschaftlichen Anbieter die Wahrnehmung innerhalb und außerhalb der Region verbessern und eine gemeinsame Außendarstellung entwickeln. Unterstützt werden sie dabei von den Landkreisen Mühldorf und Altötting, dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Töging, dem Mühldorfer Netz e.V. und den BBV Kreisverbänden Mühldorf und Altötting.

Zahlreiche Unterstützung

Um den Verein „Bauernland Inn-Salzach“ als Interessengemeinschaft dauerhaft zu etablieren, benötigt sie möglichst zahlreiche Unterstützung der landwirtschaftlichen Angebote aus der Region. Wie Mühldorfs Landrat Georg Huber betonte, „ist die Gründung des ‚Bauern-

lands Inn-Salzach‘ eine gute und ernsthafte Initiative, sie kann aber nur mit Leben gefüllt und weiterentwickelt werden, wenn sich die Anbieter von Landtourismus auch tatkräftig daran beteiligen“. Huber zeigte sich überzeugt, „dass aus dieser Gemeinschaft ein enormer Mehrwert für den Tourismus in der gesamten Region entstehen kann“.

Konkrete Maßnahmen

In den kommenden Wochen wird der Verein konkrete Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Projektmanagement vorbereiten und durchführen. Nach der endgültigen Genehmigung des Förderantrages durch die Förderstelle am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Töging kann mit dem Projektstart für den Frühsommer 2010 gerechnet werden.

Wer den Schellunter zog, bekam das Land

Reit im Winkl wurde vor 850 Jahren erstmals urkundlich erwähnt.

Durch einen Zufall soll Reit im Winkl, wo die Grenzen von Salzburg, Tirol und Bayern zusammenstoßen, bayerisch geworden sein. Bei einer Landaufteilung zwischen den Landesherren von Tirol, Bayern und Salzburg hatte man diesen Ort „im Winkl“ fast vergessen.

Die Zuteilung löste man auf ungewöhnliche Weise. Nach einer Sage war aus einem Kartenspiel der Schellunter zu ziehen. Wer ihn erwischte, sollte das Land im Winkl bekommen. Dies ist zwar nicht urkundlich festgehalten, dafür aber eine Schenkungsurkunde von 1160, die ein Otto von Rute als Zeuge beglaubigt hatte. Aus dem Namen „Rute“ ging dann das „Dorf im Winkl“, Reit im Winkl hervor.

Schneesicherheit als wichtiger Faktor

Der 850 Jahre alte Grenzort hat keine hervorragenden historischen Merkmale. Entdeckt wurde Reit im Winkl vor rund 160 Jahren von König Maximilian II. von Bayern, der in diesem damals noch wenig bekannten Gebirgsort weilte und sehr begeistert war. Durch diesen Besuch des Monarchen folgten bald andere prominente Gäste. Unter anderem kamen dann Mitglieder einer Künstlerkolonie vom Chiemsee zu einem Besuch nach Reit im Winkl. Doch erst nach dem 2. Weltkrieg

wurde dieses Gebirgsdorf wegen seiner Schneesicherheit als Wintersportparadies entdeckt, aber auch als schöner Ort zu jeder Jahreszeit, weithin bekannt. Gaststätten, Hotels und Pensionen sowie original erhaltene Häuser ergeben ein geschlossenes Ortsbild. Mit Sportplätzen, Schwimmbad und Langlaufloipen bietet Reit im Winkl dem Feriengast alles, was das Herz begehrt. Bekannt ist der Ort auch durch seine prominenten Bürger: die Jodler-Königin und Volksmusiksängerin Maria Hellwig sowie die Spitzensportlerfamilie Mittermaier-Neureuther.

Geografisch ist das Dorf in einen „Winkl“ gedrängt. Man erreicht es entweder von Tirol aus über Kössen oder über die Alpenstraße über Unterwössen oder Ruhpolding-Seegatter. Verkehrsgünstig gesehen ist der Ort nicht ungünstig gelegen. Ab 1923 gab es sogar eine einspurige Waldbahn von Ruhpolding nach Reit im Winkl. 1931 hatte man dann diese Bahn wieder stillgelegt, sie war unrentabel.

Jos. Göllinger



Reit im Winkl: Langläufer, Skifahrer und Wanderer finden hier ideale Bedingungen. Foto: Göllinger

Landkreis Günzburg:

Klimaschutzkonzept

Die Gemeinden Wildpoldsried und Bad Grönenbach im Allgäu waren das Ziel einer Informationsfahrt zum Thema „Energie- und Klimaschutzkonzept“. Günzburgs Landrat Hubert Hafner hatte dazu Bürgermeister, Kreisräte, Mitarbeiter der Verwaltungen und Mitglieder von AGENDA-Arbeitskreisen eingeladen. Sie nutzten die Gelegenheit sich vor Ort über die Ergebnisse eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes zu informieren. Das Gezeigte kann sich sehen lassen.

So wurden in Wildpoldsried (Oberallgäu) im Jahr 2009 bereits über 350 % des gesamten Stromverbrauchs regenerativ erzeugt, berichtete Bürgermeister Arno Zengerle. Für ihren Einsatz und Erfolg für den Umweltschutz wurde die Gemeinde bereits mehrfach ausgezeichnet.

Zuletzt wurde sie Klimaschutzkommune 2009 der deutschen Umwelthilfe und Preissträger des Deutschen Solarpreises 2009.

In Bad Grönenbach (Unterallgäu) wurde 2008 ein Energieteam aus engagierten Bürgern und Gemeindevertretern gegründet. Neben geförderten Maßnahmen zur Energieeinsparung soll nun ein Baugebiet entstehen, das sich im besonderen Maße an ökologischen Zielen orientieren wird. „Ein Energiekonzept ko-

stet nicht nur Geld, es bringt auch Geld. Halten sie die Kaufkraft in der Region und geben sie diese nicht den Ölscheichs!“, so Bürgermeister Bernhard Kerler aus Bad Grönenbach.



Bürgermeister Bernhard Kerler (l.) begrüßt in Bad Grönenbach Landrat Hubert Hafner (r.) mit der Besuchergruppe aus dem Landkreis Günzburg.

Landkreis Aschaffenburg:

Schülerinnen im Chefsessel

Die Schülerinnen Jennifer Klein und Isabell Lehmann, beide besuchen die 11. Klasse des Maria-Ward Gymnasiums, verbrachten im Rahmen des Projekts „Schüler im Chefsessel“ einen spannenden Tag im Landratsamt.

Nach einer ersten Begrüßung von Herrn Landrat Dr. Reuter durften sie mit diesem an einem Besprechungstermin teilnehmen und erhielten viele Einblicke in die verschiedenen Führungspositionen. Darunter besonders in die Abteilungen Jugend und Soziales sowie Bauwesen. Sie wurden nicht nur in die theoretischen sondern auch in die anfallenden praktischen Aufgaben mit eingebunden. Dazu gehörten unter anderem die Prüfung von Bauprojekten vor Ort auf deren Recht-

mäßigkeit und im Anschluss die gemeinsame Diskussion über eine Problemlösung. Des weiteren wurden ihnen in der Abteilung für soziale Angelegenheiten interessante Fälle beispielhaft dargestellt.

Durch die vielen unterschiedlichen Aufgaben und Ereignisse wurde ihnen deutlich gemacht, dass ein Beruf im Landratsamt keinesfalls ein langweiliger, eintöniger, sondern im Gegenteil ein äußerst abwechslungsreicher und spannender Beruf ist.



Zur Aufgabe eines Landrates gehört auch, die Tageszeitung zu lesen, um sich über die Geschehnisse im Landkreis und der Region zu informieren. Von links: Landrat Dr. Ulrich Reuter, Isabell Lehmann, Jennifer Klein.

Cham als Vorzeigeregion dank Regionalmarketing

Dass Regionalmanagement einen Landkreis nach vorn bringen kann, dafür ist der Kreis Cham das beste Beispiel. Er gilt inzwischen sogar als Vorzeigeregion, denn es ist in zwanzig Jahren gelungen, aus der benachteiligten Grenzregion ein Pilotprojekt für andere Landkreise zu machen. Von der wundersamen Auferstehung („Wir kommen von ganz unten“) berichtet Dr. Alois Plöbl, der Vizepräsident der IHK Regensburg/Oberpfalz der „Bayerischen Gemeindezeitung“. Er gehört zu den rund 700 „Botschaftern des Landkreises Cham“.

Dr. Plöbl ist in erster Linie kein Handlungsreisender in Sachen Regionalmanagement, er verdient sein Geld als Geschäftsführer der „Rhanerbräu“ in Schönthal, aber er ist begeistert von dem, was in seinem Landkreis entstanden ist. „Vor 25 Jahren waren wir Schlusslicht in Deutschland und in Bayern“, schätzt er im Rückblick die Lage in seiner Heimat ein. Damals schrieb der „Spiegel“ vom „Arbeitslosigkeits-Kältepol in Deutschland“. Tatsächlich waren damals im Winter 48 Prozent ohne Arbeit. Die Situation war verheerend: kein Autobahnanschluss, hohe Abwanderung, Grenzland (75 Kilometer Grenzverlauf zur CSSR). In den Wintermonaten hat es noch bis vor 25 Jahren 30 Prozent Arbeitslose gegeben, im Sommer an die zehn Prozent.

Was Cham auf die Sprünge geholfen hat? Plöbl nennt dafür ein Netzwerk, das alle ins Boot nimmt – und Kommunalpolitiker, die erkennen, dass für den Mittelstand etwas getan werden muss. Das stärkste Instrument ist für ihn die „Aktion Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham“ mit der daraus entwickelten Dachmarke „Beste Aussichten – Landkreis Cham“. War früher die Textilindustrie die dominierende Branche, so ist die wirtschaftliche Struktur heute gekennzeichnet von einem Branchenmix mit dem Schwerpunkt Hightech. Dr. Plöbl stolz: „Wir

sind vom Hinterwäldler zum Technologiestandort geworden.“

Hohe Exportquote

Angesiedelt haben sich viele kleine Betriebe mit einer Exportquote von rund 50 Prozent. Heu-



Dr. Alois Plöbl aus Schönthal. Foto: Falk

te liegt im 129.000-Einwohner-Landkreis die Arbeitslosenquote bei sagenhaften 2,8 Prozent, seit drei Jahren gibt es keine Jugendarbeitslosigkeit mehr. Im Gegenteil: Der Arbeitskräftemangel wird jetzt als Nachteil

empfunden. Die aktuelle Feststellung des IHK-Vizepräsidenten: „Die Krise schlägt fast nicht auf den Arbeitsmarkt durch, wir haben immer noch mehr Stellen als Bewerber.“

Ausgewogenes Branchenverhältnis

Ein ausgewogenes Branchenverhältnis, das endogene Potenzial (Unternehmensgründungen), die Zusammenarbeit im Netzwerk und hoch motivierte Mitarbeiter sind für Plöbl die verlässlichen Säulen einer nach oben zeigenden Entwicklung im einstigen Armenhaus Bayerns. Er macht den Kommunalpolitikern in anderen Landkreisen Mut, das Regionalmanagement energisch anzugehen: „Es muss quasi als Querschnittsfunktion alle Bereiche durchdringen.“ Für ihn heißt das: „Weg von der klassischen Wirtschaftsförderung und hin zum Regionalmanagement.“ Für einen starken positiven Faktor in seinem Kreis hält der Brauereichef den 1993 gegründeten Aktionskreis, dem 350 Mitglieder angehören, darunter die meisten Gewerbetreibenden. Er ist die Plattform für jede Neuerung, die angestoßen wird.

Netzwerkbildung

Die Netzwerkbildung empfindet der Oberpfälzer als Nachhaltigkeitsgaranten. Und holzhammermäßig bläut er seinen kommunalpolitischen Kollegen ein: „Regionalmanagement ist mehr als eine leere Worthülse.“ In Cham hat sich ein Cluster „Mechatronik“ herausgebildet, in dem 12000 Menschen tätig sind. An die 30 Firmen sind verknüpft

und werden von den Fachhochschulen Deggendorf und Regensburg unterstützt. Bald gibt es den „Hochschul-Technologie-Campus“ der FH Deggendorf.

Clusterbildung

Aber die akademische Ausbildung ist nicht alles. Mit 16 Prozent hat Cham eine relativ geringe Abiturientenquote. Es gibt noch den Cluster „Forst-Holz“ und auch „Tourismus“. Plöbls Erkenntnis: „Wenn du Cluster hast, dann gibt's Geld.“ Mit dem Erfolg ist nach seiner Darstellung auch das Selbstbewusstsein der Menschen in der Region gestiegen: „Viele unserer Leute haben den Bayerwald unter Wert gesehen.“ Jetzt aber spürten immer mehr: „Wir sind auf der Überholspur.“

Botschafter des Landkreises

„Wir wollen was bewegen und wir können was bewegen“, sagt Dr. Plöbl, der zu den 700 „Botschaftern des Landkreises Cham“ gehört. Als solchen weist ihn seine Visitenkarte aus. Dass dies mehr als nur ein netter PR-Gag ist, das hat sich inzwischen vielfach bestätigt. wefa



Der „Mahnende Mühlstein“ zur Erinnerung an die Opfer sexueller Gewalt.

Kunst macht sichtbar

„Mahnender Mühlstein“ erinnert an Opfer sexueller Gewalt

Die bundesweite „Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen e.V.“ hat ein wanderndes Denkmal geschaffen, das den Opfern sexueller Gewalt und Grenzverletzung gewidmet ist. Das Denkmal in Form eines Mühlsteins macht vom 16. April bis zum 28. Mai Station in Bamberg und ist auf dem Maxplatz direkt vor dem Rathaus zu sehen.

Oberbürgermeister Andreas Starke und Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick werden gemeinsam den „Mahnenden Mühlstein“ enthüllen. In das Kunstwerk ist ein Satz aus dem Matthäusevangelium eingraviert: „Wer aber einem von diesen Kleinen, die an mich glauben, Ärgernis gibt, dem wäre es besser, wenn ihm ein Mühlstein an den Hals gehängt und er in die Tiefe des Meeres versenkt würde.“

Der Streifen erzählt die Lebensgeschichte von Waris Dirie, die in Somalia in ärmlichen Verhältnissen aufwächst.

Grausame Tradition

Als sie im Alter von 13 Jahren zwangsverheiratet werden soll, flieht sie nach London. Dort wird Waris Dirie zu einem der bestbezahlten Models der Welt. Doch bei allem Erfolg belastet Dirie die Erlebnisse ihrer Kindheit. Auf dem Höhepunkt ihrer Karriere erzählt sie in einem Interview von der grausamen Tradition der Frauenbeschneidung, deren Opfer sie selbst als kleines Mädchen wurde. Das Bekenntnis löst eine Welle von Mitgefühl und Protest aus und Dirie entschließt sich, ihr Leben dem Kampf gegen dieses Ritual zu widmen.

Weitere Informationen unter: www.stadt.bamberg.de

Appell an Zivilcourage

Die Botschaft des 1,4 Tonnen schweren Mahnenden Mühlsteins ist ein Appell an die Zivilcourage aller Bürgerinnen und Bürger, nicht wegzuschauen, wenn Mädchen und Jungen in Bedrängnis sind. „Der Mahnende Mühlstein ist ein Symbol für die Last, die die Opfer lebenslang mit sich tragen“, sagte der OB bei der Ankündigung der Aktion und fügte hinzu, dass die Verantwortung für einen wirksamen Schutz von Kindern bei den Erwachsenen liege. „Wegsehen bedeutet Täterschutz“, machte Starke deutlich.

Beeindruckende Installation

Zudem ist in der Zeit vom 16. April bis 7. Mai die Ausstellung „Vorsicht Mensch! – Kunst macht sichtbar“ in der Konzert- und Kongresshalle, Mußstraße 1, zu sehen. Auch hier geht es um das Thema sexueller Missbrauch. Die Karlsruher Künstler Georg Schweitzer und Nadja Stemmer haben das Thema in einer beeindruckenden Installation umgesetzt. Im Zentrum steht ein Kinderspielhaus, auf dem der Brief eines neunjährigen missbrauchten Mädchens an seine Mutter zu lesen ist – eingefräst in die Holzbretter des Häuschens. Im Haus selbst erkennt man die Illustration von „Rotkäppchen und der Wolf“.

„Hör-Station“

Die zweite künstlerische Arbeit ist die „Hör-Station“. Der Besucher hat dabei die Möglichkeit, durch die Wahl eines Klingelknopfes, wie er sich an jedem gewöhnlichen Wohnhaus befindet, eine Original-Stellungnahme der Beteiligten zum beschriebenen Fall zu hören. Auf der Außenseite des Würfels sind Metallnägeln angebracht, die die Worte „Angst“, „Rache“, „Schmerz“ und „Wut“ bilden. Die Ausstellung ist während der Veranstaltungen in der Konzert- und Kongresshalle oder nach Vereinbarung zu besichtigen.

„Wüstenblume“

Ferner wird am 28. April im Odeon-Kino, Luitpoldstraße 25,

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.deInternet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Allgäuer Solarmeisterschaft

Zweite Runde der Regionalwertung eingeläutet

Jetzt geht es in die entscheidende Phase für die Allgäuer Solarmeisterschaft 2010. Noch bis zum 1. Juni 2010 können die Allgäuer Städte und Gemeinden neu in die Wertung der Solarmeisterschaft einsteigen oder ihre Position verbessern. Im letzten Frühjahr hatten der Bund Naturschutz in Bayern und das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) erstmals die Allgäuer Solarmeisterschaft als eigenständige Allgäuer Regionalwertung der Solarbundesliga ausgerufen. In der Premiersaison beteiligten sich schon mehr als ein Drittel aller Allgäuer Gemeinden und Städte sowie alle kreisfreien Städte.

Neues Spiel – neues Glück: Jeder Quadratmeter Solarfläche bringt Städte oder Gemeinden Punkte und damit einen Schritt näher an die Meisterschale der Allgäuer Solarmeisterschaft. Die heiße Phase in der neuen Saison 2010 hat jetzt begonnen: Wer wird Allgäuer Solarmeister 2010? Werden die bisherigen Meister ihre Titel verteidigen können? Im Sommer fällt die Entscheidung. „In diesem Jahr rechnen wir mit einem noch spannenderen Rennen um Sonnenpunkte, wenn noch mehr Kommunen als im ersten Jahr mitmachen“, sagt eza!-Geschäftsführer Martin Sambale.

Ehrgeiz entfacht

„Eins haben wir in jedem Fall schon geschafft: Mit der Allgäuer Solarmeisterschaft haben wir den Ehrgeiz der Gemeinden entfacht“, bestätigt Thomas Frey vom Bund Naturschutz. Die Veranstalter, der Bund Naturschutz in Bayern e.V. und eza!, fordern alle Allgäuer Gemeinden und Städte des Allgäus auf, sich an der Meisterschaft zu beteiligen. Das funktioniert ganz unkompliziert: Sie melden ihre Sonnenflächen online. Dabei zählen sowohl Solarstrom (Photovoltaik) als auch Solarwärme (Solarthermie). Gewertet wird nach dem bewährten Punktesystem der Solarbundesliga: Wer am meisten Sonnenenergie

pro Einwohner nutzt, gewinnt. Der Meldeschluss für die Allgäuer Solarmeisterschaft ist der 1. Juni 2010.

Allgäuer Festwoche

Die Siebergemeinden und -städte werden von Bund Naturschutz und eza! in diesem Jahr bei der Meisterfeier auf der Allgäuer Festwoche der Öffentlichkeit präsentiert. Bedingung beim Melden ist, dass die ermittelten Daten glaubhaft belegt werden können.



Werden die Meister von 2009 am Ende wieder feiern? (v. l.): Reiner Friedl, Bürgermeister Rettenbach am Auerberg, Wilhelm Fischer, Bürgermeister Rettenbach, Bernhard Kerler, Bürgermeister Bad Grönenbach, Martin Sambale, eza!-Geschäftsführer, Thomas Breuer, Sonthofen, Thomas Frey, Bund Naturschutz in Bayern. Foto: eza!

Schätzungen gelten also nicht.

1521 Kommunen im Rennen

Die Solarbundesliga gibt es schon seit 2001 in Deutschland. Sie ist eine Initiative der Deutschen Umwelthilfe, der Fachzeitschrift Solarthemen, engagierter Privatleute und Sponsoren. Derzeit sind insgesamt deutschlandweit 1521 Städte und Gemeinden mit im Rennen. Darunter inzwischen 54 Kommunen aus dem Allgäu. „Das können noch immer mehr werden“, ermuntert Sambale.

Alle weiteren Informationen gibt es unter: www.allgaeu-solarmeisterschaft.de. Daneben können sie auch telefonisch erfragt werden: Beim Bund Naturschutz unter 0831/15111 oder bei eza! unter 0831/9602860.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Also Kinder, jetzt nach Ostern sehe ich wieder aus wie eine Presswurst. Wer in den nächsten zwei Wochen in meiner Gegenwart eine Leberkäsemmel isst oder Cola trinkt, ist gefeuert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, führte sich auf wie eine Mischung aus Duodezfürst und Manchester-Kapitalist, weil seine Waage nach Osterlamm und Nougateiern wieder eine dieser magischen Grenzen überschritten hatte.



aber nicht alle die Margarine ins Klo spülen und wieder sahnige Butter verzehren, kommt eine Einschränkung: Fett um Hüften und Po ist hui, Fett am Bauch ist pfui (physiologisch gesehen). Also steht mein Chef mit seiner Honoratioren-Wampe auf der kardiologischen Risiko-Liste ganz oben und ich werde mit meiner nur mühsam durch Jogging niedergehaltenen Anlage zur durch Fettgewebe verbreiterten Beckenansicht 100 Jahre alt? Wer's glaubt.

Dabei ist er gar nicht dick – er hat eher das, was man bei einem Mann eine stattliche Figur nennt. Überhaupt kann ich nichts mit Männern anfangen, die über ihre Figur lamentieren. Nachdem die ästhetische Konditionierung der mitteleuropäischen Menschheit weit vor dem Auftauchen des Gender-Gedankens abgeschlossen schien, hatten Männer lange Zeit eigentlich nie ein Figur-Problem. Der Mann wirkte

Maßhalten im Figurwahnsinn

„wohlgenährt“ und „fest“, er „stellt was dar“, wo eine Frau schon „pummelig“ und „fleischig“ „aus dem Leim gegangen“ ist.

Aber auch auf diesem Feld kommt die Gleichberechtigung voran. Bei den jüngeren Männern wird die Liebe zur Linie durch die Werbung geweckt und durch junge, selbstbewusste Frauen, die am Strand eher mal einem Waschbrettbauch nachschauen als einem Hamsterbäckchen. Bei den älteren Semestern sind es neben soziologischen Studien zur Korrelation von Leibesumfang und Lebensstandard vornehmlich die Gesundheitsratgeber, die neuerdings auch in seriösen Tageszeitungen ihre widersprüchlichen Botschaften verbreiten.

Die Soziologen sagen (grob verkürzt): Dicke sind doof, arm und asozial. Alle Gesundheitsratgeber sagen: Übergewicht ist der erste Schritt ins Grab. Wirklich alle? Oh nein, die Industrie der Ernährungsforscher, Fettleibigkeitsexperten und Adipositas-Professoren ist jederzeit in der Lage, interessengruppengerecht zu argumentieren. Neuester Gag: Am längsten leben nicht die Dünnen oder Maßvollen (laut Body-Mass-Index – BMI), sondern diejenigen, deren BMI ein wenig über dem Normalgewicht liegt – diejenigen also, die „etwas stämmiger gebaut sind“, wie es meine Mama von sich sagen würde. Damit wir jetzt

gewebe verbreiterten Beckenansicht 100 Jahre alt? Wer's glaubt.

Aber wer Gesundheitsratgeber liest, muss seine Ernährungsgewohnheiten sowieso wöchentlich umstellen. Einmal heißt es, man solle nur ballaststoffreiche Nahrung zu sich nehmen. Letzte Woche war die Rede davon, man müsse morgens deftig brotzeiteln, damit die Fettverbrennung über'n Tag ins Laufen kommt. Also weg mit dem Roggen-Wecken und dem Putenaufschnitt, her mit den Weißwürsten und dem Leberkäse zum ersten Frühstück. Dabei sollte man allerdings nach einer Studie auf keinen Fall das Bier weglassen, weil darin tolle Vitamine, Enzyme und weiß der Teufel was Gesundes drin sind, während einige Wochen vorher der Gerstensaft noch als Mittel des Selbstmords auf Raten verdammt wurde. Der eine sagt, Rotwein trinkende Frauen lebten gesund, die anderen behaupten das von Weißwein trinkenden Männern.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat wie ich den Überblick verloren. Deshalb haben wir beide einen heimlichen Pakt geschlossen: Wir essen, was uns schmeckt und trinken, worauf wir Lust haben – aber halt nur so viel, wie uns gut tut. Und wir sehen die Waage künftig nicht mehr als Instrument der Diktatur, sondern der Mahnung zum Maßhalten. Schließlich ist es noch nicht soweit, dass die Schrift „bitte nur eine Person auf die Waage stellen“ auftaucht, wenn er oder ich draufgehen. Ansonsten gilt, was der Schauspieler Gert Fröbe, der seine Filmkarriere als hungerhakenrücker Kriegsrückkehrer „Otto Normalverbraucher“ begann und dessen Wanst später sein Markenzeichen wurde, auf dem heutigen Kalenderblatt bemerkt: „Man ist niemals zu schwer für seine Größe, aber man ist oft zu klein für sein Gewicht.“

ihre Sabriula

Die Metropolregion als Riesen-Puzzle

Die Künstler Steffen Haas und Gunter Hansen zeichnen die Metropolregion München: „Es macht Spaß, so etwas Gigantisches zu illustrieren“

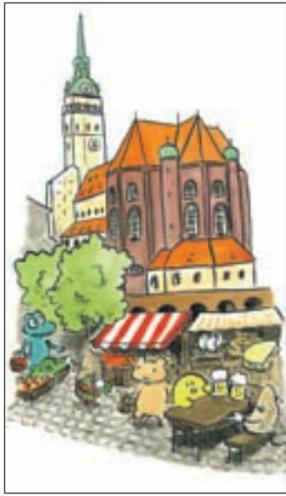
Zwei Küken und eine Maus sitzen am Chinesischen Turm im Englischen Garten, am Verkehrsknotenpunkt Buchloe im Ostallgäu stapft ein Saurier durch die Autoschlängen und im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen plaudert die Spargelkönigin mit zwei hochgewachsenen Spargelstangen: Charmant und spielerisch präsentieren die Künstler Steffen Haas und Gunter Hansen die Europäische Metropolregion München (EMM) auf einem Riesen-Puzzle in der Größe zwei mal zwei Meter. „Wir wollen die Europäische Metropolregion München bekannter machen – und zwar mit etwas, das die Leute erleben können und bei dem sie auch etwas zum Schmunzeln haben“, sagt Ralf Gabriel, Geschäftsführer der Münchner Kultur GmbH, der die Idee zu dem Puzzle hatte und für die EMM das Projekt leitet.

Die beiden Künstler Steffen Haas und Gunter Hansen arbeiten bereits seit 15 Jahren zusammen und sind bekannt für ihre beiden Markenzeichen: das Küken und die Maus. Das Riesenpuzzle ist die größte Illustration, die die beiden Künstler bisher gemacht haben. „Es macht sehr viel Spaß, so etwas Gigantisches zu illustrieren“, erzählt Steffen Haas. Die Fläche, die beide auf dem Puzzle darstellen, ist tatsächlich sehr groß: Die EMM reicht von Eichstätt im Norden bis Garmisch-Partenkirchen im Süden und von Augsburg im Westen bis nach Rottal-Inn im Osten. Auf einer Fläche von etwa 24.000 Quadratkilometern leben rund 5,5 Millionen Bürger – etwa jeder 15. Deutsche ist somit in der Metropolregion München zu Hause.

Einzigartige Landkarte

Seit einigen Wochen zeichnen Haas und Hansen an den einzelnen Teilen des Puzzles, die am Ende zusammen eine einzigartige Landkarte der EMM ergeben. Zuerst wurde die Land-

schaft mit Flüssen, Bergen, Wäldern und Verkehrslinien mit Tusche in schwarz-weiß gefertigt,



Der Viktualienmarkt. □

dann farbig coloriert. Darauf werden die einzelnen Motive platziert. Bisher haben die beiden Künstler 275 Illustrationen gezeichnet. Stephanie Stragies von

der Münchner Kultur GmbH hat dazu rund 1000 Bilder als Vorlage für die Künstler recherchiert. Die 24 Landkreise und die sechs kreisfreien Städte Augsburg, Ingolstadt, Kaufbeuren, Landshut, München und Rosenheim, die zur EMM gehören, werden mit ihren typischen Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten dargestellt. Auch bekannte Unternehmen haben die Möglichkeit, sich auf dem Puzzle zu präsentieren.

Detailgetreue Motive und Bilderbuchcharakter

In München ist zum Beispiel die Frauenkirche, der Viktualienmarkt und der Frauendom zu sehen, in Augsburg spaziert Bertolt Brecht durch die Stadt, im Landkreis Eichstätt machen Küken mit Rucksack eine Radtour im Naturpark Altmühltal und in Mühldorf zieht ein Schützen- und Trachtenumzug über den Stadtplatz. Die Künstler haben den Anspruch, die Motive detailgetreu zu zeichnen, gleichzeitig dem Puzzle aber einen illustrativen Bilderbuchcharakter zu geben, der auch Erwachsene schmunzeln lässt. Die Grenzen der 24 Landkreise entsprechen dabei den Umrissen der einzelnen Puzzle-teile. „Das Puzzle ist ein sehr schöner Auftrag, wenn man Bayern mag“, sagt der Münchner Gunter Hansen.

Besondere Herausforderung

Einige Motive wie die Allianz-Arena oder Schloss Neuschwanstein stellten die Zeichner dabei

vor besondere Herausforderungen und mussten mehrmals gezeichnet werden, bis Haas und Hansen damit zufrieden waren.

Gedanke der Region

Florian Thamm von der Münchner Kultur GmbH steht jetzt noch die Aufgabe bevor, die einzelnen Motive am Computer für den Druck im Großformat vorzubereiten. Dann wird das Puzzle auf Holz gedruckt und mit Hilfe moderner CNC-Technik in die einzelnen Teile gefräst. Am 15. Juli feiert das Riesen-Puzzle bei den „EMM-Wissenswelten“ an der Universität Augsburg Premiere. Künftig soll es bei vielen Veranstaltungen der EMM im Einsatz sein und den Gedanken der Metropolregion in die Öffentlichkeit transportieren. □

KPV Mittelfranken:

Nürnberger Land im Bezirksvorstand gut vertreten

Werner Kunddörfer bleibt stellvertretender KPV-Bezirksvorsitzender

Bei den Neuwahlen des Bezirksvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Mittelfranken wurden Vertreter aus dem Nürnberger Land in den Vorstand gewählt. Werner Kunddörfer bleibt stellvertretender KPV-Bezirksvorsitzender.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte die bisherige KPV-Bezirksvorsitzende Brigitte Hegendörfer die anwesenden Mitglieder und legte einen kurzen Rechenschaftsbericht ab. Dabei betonte sie, dass die kommunalpolitische Vereinigung in der CSU ihren Einfluss für das Wohl der Kommunen auch weiterhin einsetzen werde.

Zu einem interessanten Fachvortrag hatte die KPV Dr. Udo Raab von der IHK Nürnberg für Mittelfranken eingeladen, der die anwesenden Kommunalpolitiker über das Leitbild der Metropolregion informierte.

Neuwahlen

Bei den darauf folgenden Neuwahlen wurde Gerhard Lunz aus dem Landkreis Roth zum neuen KPV-Bezirksvorsitzenden gewählt (siehe Bericht S. 16). Aus dem Nürnberger Land sind folgende Vertreter im Bezirksvorstand vertreten: Kreisrat Werner Kunddörfer (stellv. Bezirksvorsitzender), Beisitzer: Stadträtin Christa Begert, Kreisrat Thomas Ritter, Kreisrat Andreas Kögel, Gemeinderat Roman Felber und Stadt- und Kreisrätin sowie KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl.

Hauptausschuss

In den KPV-Hauptausschuss in München, der mit Vertretern von Ministerien und Verbänden wichtige kommunalpolitische Themen bearbeitet, wurden Werner Kunddörfer und Andreas Kögel gewählt. □



Im Bild (v. l.): KPV-Bezirksvorsitzender Gerhard Lunz, KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl und die drei stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Dr. Scherzer, Brigitte Hegendörfer und Werner Kunddörfer (KPV-Ehrenkreisvorsitzender). □

Avantgarde bei Antidiskriminierung

Stadt Würzburg will einen Ombudsrat gegen Ausgrenzung jeder Art installieren

Mit dieser Maßnahme gehört die Stadt Würzburg laut Stefan Lutz-Simon vom „Bündnis für Zivilcourage“ in Sachen Antidiskriminierung zur Avantgarde: „Sie will auf unseren Vorschlag hin einen Ombudsrat einrichten, das ist bundesweit einmalig.“ Hinter den Kulissen wird seit über einem Jahr an diesem Ombudsrat gegen Diskriminierung gestrickt. Nun schickte die Stadt einen Satzungsentwurf an das Bündnis. Der wurde bei der Versammlung einstimmig angenommen.

Nicht wenige Mitglieder der 55 Unterstützerorganisationen des Bündnisses haben eigene Erfahrung mit Diskriminierung. Ausgrenzungen werden zum Beispiel dem Ausländerbeirat der Stadt gemeldet, dem Internationalen Islamischen Forum, dem schwul-lesbischen Vereinen „Tolaranzfabrik“ und „WuF“ sowie dem Verband binationaler Familien. Beim Sprecherrat des Bündnisses landen nicht selten Klagen darüber, dass Ausländer, zumal, Schwarze, in Diskotheken Schikanen über sich ergehen lassen müssen. Bisher hatte das Bündnis dagegen kaum eine Handhabe. Dies, hoffen die Mitglieder, soll sich durch den neuen „Ombudsrat gegen gesellschaftliche Diskriminierung und für Zivilcourage“ ändern.

Grundgesetz

Gemäß dem Grundgesetz darf niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder aufgrund einer Behinderung benachteiligt oder bevorzugt werden. Es geht also um die Würde eines jeden Menschen. „Die Menschenwürde zu achten und zu schützen, sowie Gleichberechtigung zu ge-

währleisten, ist nicht nur Verpflichtung jeglicher staatlicher Gewalt, sondern auch Verpflichtung für die Stadt Würzburg“, heißt es denn in dem vierseitigen, von den Juristen der Stadtverwaltung geprüften Entwurf.

Im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die öffentliche Antidiskriminierungsstellen schufen, setzt die Stadt Würzburg beim Kampf gegen Diskriminierung auf das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Der Ombudsrat soll aus fünf Personen bestehen, die dem Bündnis für Zivilcourage oder einer der 55 Unterstützerorganisationen angehören. Dieses vom Stadtrat zu bestätigende Quintett soll künftig Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger werden, die sich „durch Handeln, Duldung oder Unterlassung jeglicher Art, sei es durch juristische wie natürliche Personen, bzw. durch Träger der öffentlichen Gewalt“ in ihrer Menschenwürde diskriminiert fühlen.

Beiratsfunktion

Sämtliche Klagen darüber, dass sich ein Bürger der Stadt inhuman behandelt fühlt, sollen dokumentiert und dem Stadtrat einmal jährlich vorgetragen werden. Dem Ombudsrat soll „Beiratsfunktion“ zukommen, was be-

deutet, dass er das Recht hat, den Stadtrat bei seiner Arbeit zu beraten. Eine enge Kooperation wird es mit Jutta Berlinghof, der neuen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Würzburg, geben.

Großer Schritt nach Vorne

Für das „Bündnis für Zivilcourage“ bedeutet das Entgegenkommen der Stadt, einen Ombudsrat nach den Vorstellungen der Initiative zu gründen, einen großen Schritt nach vorne - der mit vielen Unwägbarkeiten verbunden ist. Noch lässt sich in keiner Weise abschätzen, wie viele Menschen sich an den Ombudsrat wenden werden. Zumal das Bewusstsein dafür, was Diskriminierung und was „normal“ ist, in Zeiten zunehmender, Spargründen geschuldeter Repressionen bei vielen Bürgern nicht sonderlich stark ausgeprägt ist. Offen ist schließlich auch noch die Frage, über welches Budget die ehrenamtlich agierenden Ombudratsmitglieder verfügen können. Im Satzungsentwurf ist lediglich davon die Rede, dass die Stadt ein Budget gewähren „kann“.

Präsentation

Der Satzungsentwurf soll nun den Mitgliedern der einzelnen Fraktionen im Würzburger Stadtrat präsentiert werden. Der Ombudsrat wird installiert, sowie das Papier im Stadtrat beschlossen und in der Tagespresse veröffentlicht ist.

Pat Christ



Lebhaft diskutiert wurde bei der Vollversammlung des Würzburger Bündnisses für Zivilcourage (von links: die Sprecher Stefan Lutz-Simon, Burkhard Hose und Natali Gonzales) der Satzungsentwurf der Stadt Würzburg über den neuen Ombudsrat. Foto: Pat Christ

Preis für den Landkreis Günzburg:

„Bündnis des Monats März 2010“

Von Amt zu Amt, von Behörde zu Behörde: Alleinerziehende und junge Familien, die auf der Suche nach Beratungs- und Unterstützungsleistungen sind, haben es im Alltag nicht immer leicht. Das Lokale Bündnis für Familie Landkreis Günzburg will diesen Umstand ändern und hat daher gemeinsam mit dem Landkreis Günzburg ein „Netzwerk für Alleinerziehende und junge Familien“ gestartet.

Dabei ist dieses Projekt nur eines von vielen, mit denen in der Region auf Familienfreundlichkeit gesetzt wird: Schon seit rund vier Jahren entwickelt das Lokale Bündnis für Familie Landkreis Günzburg immer wieder neue Ideen, mit denen sich die Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche ausbauen lassen. Für dieses Engagement wurde das Bündnis nun zum „Bündnis des Monats März 2010“ gewählt. Vergeben wird die Auszeichnung von der Servicestelle der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“, die das Bundesfamilienministerium 2004 ins Leben gerufen hat. **hj**

Zehn Jahre generalsaniertes Falkenhaus:

Ein Jubiläum mit vielen Gratulanten

Amelie Fried hat hier gelesen, aber auch Helge Schneider, Ulrich Wickert oder Wolfram Siebeck: Im Lesecafé der Würzburger Stadtbücherei. Das Lesecafé ist jedoch nur ein Teil der Würzburger Stadtbücherei, die vor zehn Jahren nach einer siebenjährigen Bauzeit neu eröffnet wurde. Denn neben der Stadtbücherei mit seinem Literaturcafé beherbergt das Falkenhaus mit dem Falkenhof auch die Confiserie Bossert, die Betreuungsstelle sowie die Aktenstelle der Stadt Würzburg.

Und die Stadtbücherei steht in der Gunst der Würzburger auch sehr hoch, was die Nutzerzahlen belegen: In den vergangenen zehn Jahren liehen 6,8 Millionen Besucher über 22 Millionen Medien aus. „Die Würzburger Stadt-

bücherei ist in Würzburg, aber auch in ganz Deutschland sehr anerkannt“, betonte Anja Flicker, Leiterin der Stadtbücherei, beim Jubiläum.

Das zeigte sich auch am Besucherstrom, den die Stadtbücherei an ihrem Jubiläumstag hatte. Allein 2700 Besucher kamen in die Bücherei – darunter viele Neukunden, die die Chance auf eine Jahreskarte zum halben Preis nutzen. Auch Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, der die Jubiläumstorte anschnitt, lobte die Bücherei: „Sie ist hervorragend geführt und mehrfach preisgekrönt.“ Auch die ständig steigenden Ausleihzahlen der Bücherei, die im Herzen der Stadt liegt, würden die hervorragende Arbeit unterstreichen.

Die Förderung von Lese- und Medienkompetenz in der Würzburger Stadtbücherei beginnt mit den „Bücherbabies“ bei den ganz Kleinen, setzt sich fort für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter mit dem „Leseausweis für Leseanfänger“, dem Schreib-



Seit Januar 2010 erhalten Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf den „Familientaler“ – einen Bildungsgutschein über 40 Euro, mit dem die Aufgeschlossenheit der Elternschaft gegenüber Familien- und Elternbildung gefördert werden soll. Landrat Hubert Hafner präsentiert hier den „Günzburger Familientaler“. Bild: **hj**

wettbewerb „Flup - der Bär“ sowie Bücherkisten und Führungen. Der „Referatecoach“ unterstützt Oberstufen-Schüler gezielt bei der Recherche für ihre Fach- und W-Seminar-Arbeiten. An Kunden aller Altersstufen richten sich die Schreibwerkstatt, das Erzählcafé und das Fortbildungsprogramm im Lernstudio. Die Stadtbücherei Würzburg zählte zu den Pionieren beim Einstieg in Internet-Angebote: Selbstverständlich kann man online im Medienangebot recherchieren, vormerken, verlängern und weitere Angebote nutzen. 10.000 e-Books, elektronische Audio- und Video-Dateien stehen in der Virtuellen Stadtbücherei zum Download zur Verfügung. Bürger, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, werden durch den ehrenamtlich arbeitenden mobilen Bücherdienst versorgt.

Gleichzeitig wurde sie mehrfach preisgekrönt: „Bibliothek des Jahres 2003“, „Bayern-Online-Preis“ sowie mehrfach erste Plätze im Bibliotheksranking „BIX“ der Bertelsmann Stiftung; auch die Auszeichnung „Bibliothek - Partner der Schulen“ speziell für das Angebot der Kinder- und Jugendbibliothek wurde der Stadtbücherei schon mehrmals verliehen.

„Wir wollen das Bewährte behalten, aber auch innovative neue Angebote einführen“, so Flicker: „Fordern Sie uns, nutzen Sie uns.“

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 29. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzien
- Kommunale Baupolitik
- Wasserversorgung und Wasserentsorgung
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau, Grünanlagen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Knödler
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert – weltweit!
Gmeiner
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: +49 (9604) 33267-0
info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG